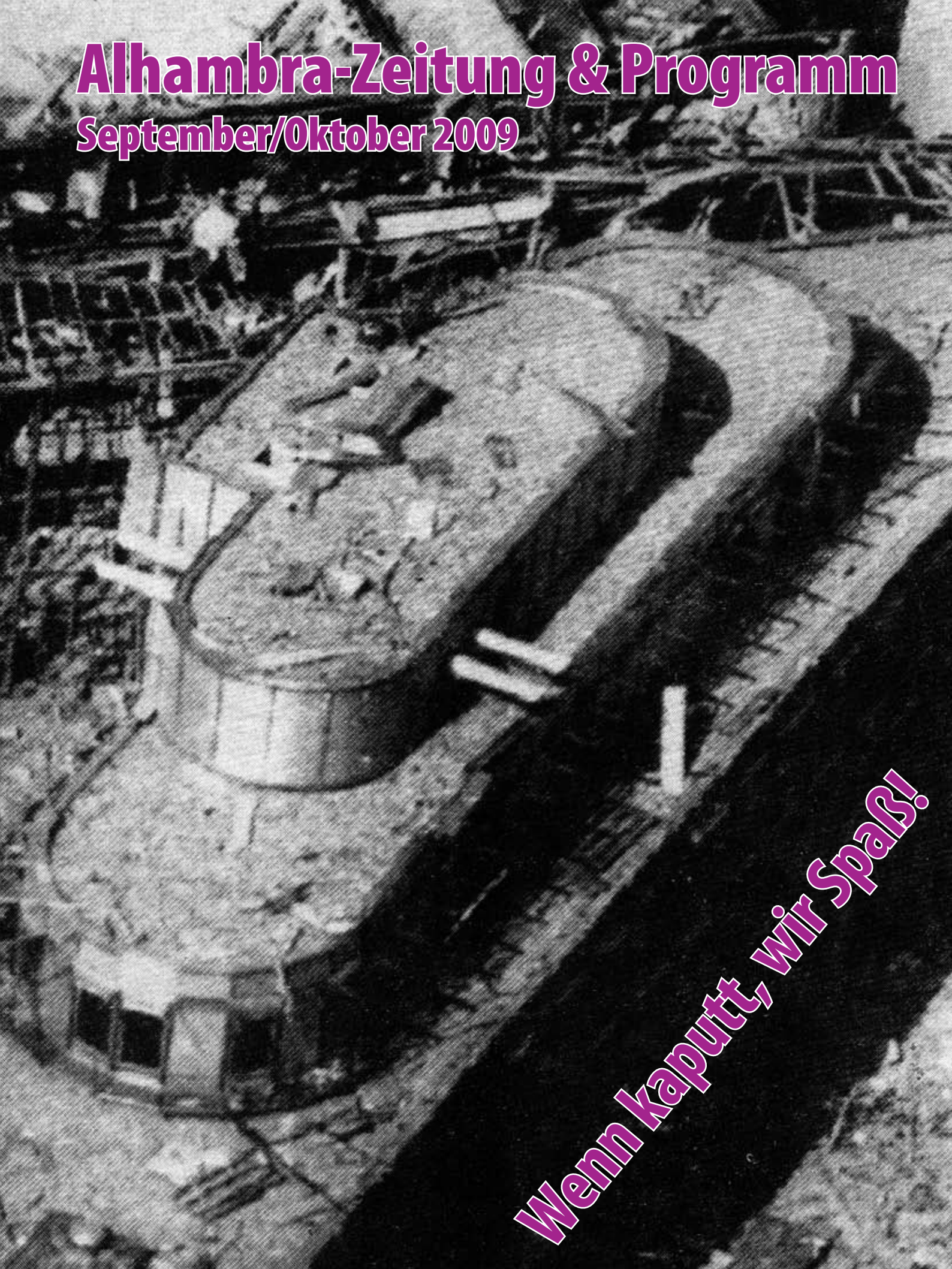
Alhambra-Zeitung & Programm

September/Oktober 2009



Wenn kaputt, wir Spaß!

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Editorial 1
Kurzmeldungen 2

schwerpunkt: knastkritik
Einleitung 6
Warum Knastkritik? 8
Der maskierte Rassismus 13
Weshalb wir für die Freiheit aller politischen und sozialen Gefangenen kämpfen 16
Aufstieg der selbstorganisierten Kämpfe von Gefangenen Europas im Jahr 2008 17
„Ich will selbst die Kontrolle über mich und mein Leben haben!" 19

antirassismus
Mythen der Migration 23
Große Unruhe, kleine Unruhe 28
Die Rückkehr der „Erdbeerpflücker" 30

internationalismus
Staatsstreich in Honduras 32
Die Militärregierung und das internationale Schweigen 34

repression
Freiheit für Mumia 36

ankündigungen
Wir zahlen nicht für eure Kriese?! 37

Der Titel zeigt den gesprengten Knast in Weiterstadt. Am 27. März 1993 sprengte das RAF-Kommando „Katharina Hammerschmidt" den gerade fertig gestellten Knast, der Wiederaufbau dauerte vier Jahre.

Editorial

Nach den Protesten gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg ist uns wieder einmal aufgefallen, dass sich ‚die Bewegung' oft darauf beschränkt den Eingeknasteten materielle Unterstützung zukommen zu lassen – eine breite politische Kampagne gegen die Inhaftierungen und Knast generell ist nicht in Sicht. Thema sind höchsten die Repressionen „draußen". Daraus ist bei uns der Wunsch entstanden uns wieder mehr dem Thema Knast zu widmen.

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe geht es daher um eine seit langem leise gewordene Kritik an der Institution Gefängnis, die gesellschaftliche Zustände von Herrschaft und sozialer Ungerechtigkeit zum Ausdruck bringt und reproduziert. Wir möchten damit einen (bescheidenen) Beitrag leisten eine Diskussion über den Umgang mit Knast bzw. über mögliche Grundlagen einer Anti-Knast-Praxis anzuschieben. Wir machen dies aus der Perspektive der so genannten „Freiheit" außerhalb der Knastmauern, lassen aber auch Stimmen von„drinnen" zu Wort kommen, z.B. aus dem Knast in Strasbourg (S. 19). Als Aufhänger für den Schwerpunkt findet ihr lesenswertes zu den Bedingungen im Oldenburger Knast (Kreyenbrück), der vorgibt einen „humanen Strafvollzug" zu leisten. Wie dieser in der Realität aussieht findet ihr in der Einleitung zum Schwerpunkt (S. 6). Davon ausgehend haben wir Texte zusammengestellt, die Grundlagen und Perspektiven einer fundamentalen Knastkritik formulieren. In den USA sind privatisierte Knäste und vor allem Ausbeutung von Arbeitskraft der Häftlinge ein seit Jahren boomender Industriezweig. Ein Text von Angela Davis über den „prison-industrial-complex" erklärt die Mechanismen dieser pervertierten Ausbeutungslogik in Knästen (S. 13).

Darüber hinaus fanden wir drei Artikel über transeuropäische Migrationsströme sehr lesenswert. Diese haben wir zu einem fast schon zweiten Schwerpunkt für Euch zusammengestellt. Die Artikel versuchen die Komplexität von globaler Arbeitsmigration zu erfassen. In „Mythen der Migration" (S. 23) wird westeuropäischer Wahrnehmung von Migration eine Absage erteilt, die in den Mainstream-Medien zumeist als schlaglichtartige Berichterstattung über boat people auftaucht. Darüber hinaus wird auch verdeutlicht, dass die in der Linken zum Schlagwort gewordene Bezeichnung der „Festung Europa" in zweierlei Hinsicht unzutreffend ist: Auf der einen Seite sind Illegalisierte auf dem Arbeitsmarkt erwünscht und notwendig und andererseits ist in Anbetracht des zunehmend militarisierten und territorial ausgeweiteten „Grenzschutzes" nicht mehr von Abschottung zu reden. In zwei Artikeln, die sich mit Migrationsbewegungen in China und Rumänien auseinandersetzen wird deutlich, dass die Absurdität des kapitalistischen Weltmarktes sehr große (Arbeits-)Migrationsbewegungen auslöst – zum Wohle der Herrschenden und des Kapitals.

Der Militärputsch Ende Juni in Honduras hat uns an die 1980er Jahre erinnert. Mit den beiden Artikeln (S. 32 und S. 34) haben wir versucht ein bisschen Licht ins Dunkel zu bringen. Sicher sind die Ereignisse inzwischen schon viel weiter. Dennoch liefern die beiden Texte Hintergrund und Überblick zum Putsch.

Die derzeitige Krise des Kapitalismus wird vor der anstehenden Bundestagswahl von den allermeisten Medien kleingeredet oder für überwunden erklärt. Es scheint so, als solle die deutsche Wirtschaft gesund geredet werden, gleichzeitig sollen die Folgen und Auswirkungen der Krise unter den Teppich fallen. Das Oldenburger Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise" fragt sich zurecht: „Milliarden Steuergelder sind in Banken und Konzerne gepumpt worden, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte sinken und die Große Koalition hat eine „Schuldenbremse" ins Grundgesetz geschrieben – was wird aus sozialen Leistungen, öffentlichen Einrichtungen und kommunaler Infrastruktur?". Wir fragen uns auch, wer am Ende die Zeche zu zahlen hat und befürchten irgendwie schon die Antwort zu wissen. Daher unterstützen wir den Aufruf für einen erneuten Aktionstag „Wir zahlen nicht für Eure Krise" am 17. September vor der ARGE in Oldenburg (S. 37).

Aber nicht nur die Krise bereitet uns Bauchschmerzen, sondern auch die bereits erwähnte Bundestagswahl. So richtig weiß sich die (radikale) Linke nicht zu entscheiden: Die einen – wie etwa das Bündnis „Wir haben keine Wahl!" – rufen zum Wahlboykott auf „…Allein die Vorstellung, dass uns überhaupt irgendjemand zu regieren hat, befremdet uns. Wählen zu gehen bedeutet, anstatt für die eigenen Interessen einzutreten, diese ureigenste Aufgabe an andere abzugeben. Unser Stimmzettel in der Wahlurne ist das ‚Ja!' zu unserer eigenen Entmündigung… Für uns ist darum klar, dass wir uns an der Wahl nicht beteiligen werden…", andere versuchen sich im taktischen „das kleinere Übel wählen", wovon ihnen aber spätestens nach der Wahl ordentlich schlecht wird und die meisten wissen gar nicht so genau was tun und machen es vom Wetter oder sonstwas abhängig ob sie wählen.

Uns fällt dazu auch keine Lösung ein und daher bleibt uns nichts, als euch trotz Wahlkampf, Krise und Schweinegrippe schöne Sommertage mit hoffentlich wenig Lohnarbeit oder Behördenstress zu wünschen und zu hoffen, dass ihr am Inhalt dieser Ausgabe gefallen findet.

Eure Alhambra-Redaktion

PS: Bitte beachtet auch unseren Aufruf zur Unterstützung für Mumia Abu-Jamal (S. 36). Bereits diesen Herbst kann ein mögliches Todesurteil an Mumia vollstreckt werden. Überlegt Euch was, werdet aktiv!

Aufstand in Ingelheimer Abschiebegefängnis
Ingelheim Am 13. Juli verbarrikadierten sich 22 Abschiebehäftlinge in einem Zellenblock des Abschiebegefängnises Ingelheim bei Mainz. Sie protestierten damit gegen eine für den selben Tag angesetzte Abschiebung. Bald darauf rückte ein Großaufgebot der Polizei an und versuchte mit den Besetzern zu „verhandeln". Spontan versammelten sich um die 60 Menschen vor dem Abschiebegefängnis um sich mit den aufständischen Abschiebehäftlingen zu solidarisieren.

Nach wenigen Stunden wurde die Besetzung des Zellentraktes gewaltsam durch das SEK beendet. Fünf Insassen verletzt.

Nach der Niederschlagung des Aufstands kam es am Abend in Mainz und Trier zu spontanen Solidaritätsdemonstrationen mit mehreren hundert Menschen.

Kreative Entschlossenheit gegen Naziaufmarsch in Bad Nenndorf
Bad Nenndorf Am 1. August demonstrierten 1 300 Menschen gegen den „Trauermarsch" der Neonaziszene, von denen sich etwa 400 dem Block des „Bündnis NS-Verherrlichung stoppen!" anschlossen. Bereits ab 6 Uhr morgens blockierten über hundert Antifaschist_innen u.a. mit einer Beton-Pyramide für gut sieben Stunden den zentralen Kundgebungsplatz der Nazis und verzögerten so deren Ablauf erheblich. Zwar konnten mithilfe brutaler Polizeieinsätze die 700 Faschos, darunter auch ein Häuflein Oldenburger Nazis von NPD und Resten der ehemaligen »Freien Kräfte«, ihren Weg laufen, aber sie erreichten weder ihre angestrebte Zahl von 800-1 000 Teilnehmer_innen, noch blieben sie auf ihrer Route (leider nur akustisch) ungestört.

Brutale Abschiebung trotz massiver Proteste
Kopenhagen/Dänemark In der Nacht auf den 13. August räumte ein Großaufgebot der dänischen Polizei eine Kirche in der sich seit Mai 60 irakische Flüchtlinge aufhielten um durch Kirchenasyl ihre drohende Abschiebung zu verhindern. Über 300 alarmierte Menschen sorgten mit Blockaden und Barrikaden zwar für eine Verzögerung von vier Stunden, konnten den Abtransport der Flüchtlinge allerdings nicht verhindern, da die Polizei Knüppel, Pfefferspray und Hunde gegen die Demonstrant_innen einsetzte. Auch mit den sich wehrenden Flüchtlingen wurde brutal umgegangen, sie wurden verhört und ins Abschiebelager gebracht. Als Reaktion auf die, auch in konservativen Kreisen kritisierte, Abschiebung kam es am Tag danach in Kopenhagen und vielen anderen dänischen Städten zu Demonstrationen gegen Abschiebung und für Bleiberecht. Allein in der Hauptstadt gingen laut Veranstalter_innen der Gruppe „Kirkeasyl", mehr als 25 000 Menschen auf die Strasse.

Gentrification meets racism in Moskau
Moskau/Russland Ende Juni wurde der Tscherkisow-Markt, der mit über 100 000 dort arbeitenden Menschen der größte in ganz Russland war, plötzlich geschlossen. Nicht nur den Verkäufer_innen von Waren und Dienstleistungen, sondern auch etwa fünf Millionen Händler_innen, die ihre Ware von dort bezogen, wurde so ihre Existenzgrundlage genommen. Vielen der überwiegend migrantischen ehemaligen Händler_innen droht nun die Ausweisung, über 400 wurden bis Anfang August schon abgeschoben. Da für einen legalen Aufenthalt ein Arbeitsvertrag notwendig ist, stehen insbesondere aus Kirgisistan, Tadschikistan und auch aus anderen Teilen Russlands kommende Händler_innen und Produzent_innen unter dem Druck unter immer schlechteren Bedingungen bei anderen Handelsfirmen zu arbeiten. Für chinesische Verkäufer_innen wird ein von der chinesischen Regierung mit

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

einer Milliarde US-Dollar unterstütztes Handelszentrum entstehen. Wo bislang der Tscherkisow-Markt steht plant die Moskauer Stadtregierung als Großprojekt den Wiederaufbau eines ehemaligen Stadions.

Freiraumkämpfe gehen weiter

Münster/Schweden Das im Juli 19 Tage lang besetzte ehemalige Stadtwerke-Gebäude wurde unmittelbar nach der Räumung abgerissen. Wie bereits die Schutthalden an der Grevener Straße und am Mittelhafen spiegelt dies eine Wohnungsbau- und Sozialpolitik wieder, die in den letzten zehn Jahren zu einer Halbierung der Zahl an Sozialwohnungen und einer erheblichen Mittelkürzung für sozial und kulturell tätige Initiativen und Vereine geführt hat. Die kurze Wiederbelebung der Stadtwerke-Gebäude durch Workshops, Konzerte, „Küche für alle", Plena und Arbeitsgruppen wurde von vielen interessierten Leuten genutzt und zeigte erneut die Notwendigkeit eines selbstverwalteten Zentrums in Münster. Mit Worten von ehemaligen Nutzer_innen: „Wir werden weiterhin für unkommerzielle Freiräume und gegen eine Politik kämpfen, die uns durch Kriminalisierung einzuschüchtern versucht und Leerstand lieber abreißt, als ihn einer kreativen Nutzung zu überlassen!"

In Schweden gab es im Juli eine ganze Reihe an Hausbesetzungen, von denen die meisten zwar von kurzer Dauer, aber eindrucksvoller Protest gegen Mietsteigerungen, Verdrängung und für selbstbestimmte Freiräume waren. Folgend auf ein Besetzungsfestival in Lund, das im Mai stattgefunden hatte, wurden bislang Häuser und sogar ein ehemaliges Hotel in Stockholm, Göteborg, Malmö, Östersund und Nyköping besetzt.

Veteranentreffen der Waffen-SS in Estland

Sinimäe/Nordostestland Am Wochenende um den 18. Juli fand in der Stadt Sinimäe, in der sich Denkmäler für die umgekommenen Soldaten der Wehrmacht und der Roten Armee befinden, alljährliche Treffen der Veteranen der Waffen-SS statt.

Dieses Jahr wurde das 65. Jubiläum der Kampfhandlungen gegen die Rote Armee bedacht, deswegen kamen mehr Teilnehmer als üblich – die Zahlen schwanken zwischen 400 - 1 500. Es trafen sich nicht nur ehemalige SS-Mitglieder aus Estland, auch Veteranen aus anderen europäischen Ländern wie Lettland, die Niederlande, Dänemark und Georgien sowie Sympathisanten derer nahmen an der Versammlung teil.

Antifaschist_innen aus Estland, Lettland und Finnland, die gegen das Veteranentreffen protestieren wollten wurden von der Polizei daran gehindert. Mehrere Antifaschist_innen aus Lettland wurden festgenommen und vom Grenzschutz des Landes verwiesen.

Selbstorganisierte Bankenenteignung im Spanischen Staat

Barcelona/Spanien Enric Duran, Aktivist aus Barcelona, enteignete im August 2005 überaus selbstorganisiert Kreditinstitute im Spanischen Staat: Mit Hilfe eines fingierten Arbeitsvertrags, der ein monatliches Gehalt von 2 200 Euro vortäuschte, erschlich sich Duran zahlreiche Kleinkredite bei 39 Banken und Kaufhäusern und konnte sich auf diese

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Weise insgesamt 492 000 Euro aneignen. Das Geld stellte er im Anschluss linken Projekten in Barcelona zur Verfügung. Nachdem Duran das Geld verteilt hatte und die Kredite nicht mehr bedienen konnte, setzte er sich ins Ausland ab – eine Strategie, die er sich von gescheiterten Banker_innen abgeschaut hat. Im Exil machte Duran seine politische Aktion öffentlich und rief zur Nachahmung auf. Anfang 2009 kehrte er nach Spanien zurück und gab zahlreiche Interviews über seine Aktion an interessierte spanische (Mainstream-) Medien. Erst nachdem sich die breite Öffentlichkeit für ihn zu interessieren begann und ihm – angesichts der Finanzkrise – durchaus Wohlwollen und Sympathie entgegengebrachte, stellten einige der enteigneten Banken Strafanzeige gegen ihn wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Mittlerweile sitzt Duran in Untersuchungshaft im Gefängnis; im spanischen Staat mobilisieren linke Gruppen zu einer Solidaritätskampagne und für die vollständige Enteignung aller Banken.

Besetzung des Atommülllagers Gorleben

Gorleben/Geesthacht/Emsland Während die Schrottreaktoren im niedersächsischen Emsland und im schleswig-holsteinischen Geesthacht (Krümmel) aufgrund wiederholter technischer Pannen erstmal vom Netz genommen wurden, folgten einige wendländische Anti-AKW-Aktivist_innen der Parole „Atomausstieg selber machen“: Am 28. Mai 2009 wurde bekannt, dass der Umbau des Salzstockes in Gorleben zum Atommüllendlager bereits in den 1980er Jahren betrieben wurde – von offizieller Seite wurde bis dato behauptet die Arbeiten im Salzstock Gorleben dienen lediglich der Erkundung des Salzstocks. Der in den 1980er Jahren amtierende niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatte damals bewusst auf Gorleben als atomares Endlager gesetzt – aufgrund der Nähe zur ungeliebten DDR. Am 29. Mai machten sich mehrere hundert Leute und etwa 20 Traktoren auf den Weg nach Gorleben, durchschnitten einige Zäune und gelangten bis zum Eingang des ehemaligen Bergwerkes. Dort machten sie sich ihrem Unmut über den strahlende n Inhalt Luft und zerstörten technische Anlagen im Eingangsbereich und hielten das Gelände anschließend für zwei Stunden besetzt. Die anwesenden Polizeibeamt_innen waren völlig überfordert und riefen panisch Verstärkung aus Lüneburg. Als diese Eintraf waren die Anti-AKW-Aktivist_innen samt Trecker genauso schnell wieder verschwunden, wie sie den Salzstock erstürmt hatten.

No Border Camp in Calais

Calais/Frankreich In der letzten Juniwoche fand in Calais (Nordfrankreich) ein internationales No Border Camp statt. Dieses Aktionscamp richtete sich gegen die zunehmende Repression gegen Flüchtlinge, die in Calais und Umgebung in selbst errichteten Hüttensiedlungen – den sogenannten ‚Jungles‘ von Calais – wohnen.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Mindestens 2 000 Flüchtlinge aus verschiedensten Ländern warten darauf, den Kanal nach England überqueren zu können. Doch wurden die Kontrollen in den letzten Monaten massiv verschärft und bereits mehrmals angekündigt, dass es noch in diesem Jahr zur Räumung der ‚Jungles' kommen soll. Außerdem haben Großbritannien und Frankreich vor ein paar Monaten vereinbart, ein Abschiebelager in Calais zu errichten. Während des No Border Camps, welches von bis zu 1 000 Aktivist_innen besucht wurde, fand eine große Demo für Bewegungsfreiheit und weitere öffentlichkeitswirksame Protestaktionen statt.

In den vergangenen Wochen nach dem No Border Camp hat die Repression in Calais noch mal stark zugenommen. Außerdem wird erwartet, dass die ‚Jungles' in naher Zukunft von der Polizei zerstört werden.

In verschiedenen Städten Europas sind in letzter Zeit Solidaritätsaktionen durchgeführt worden.

Flüchtlingshüttendorf in Patras geräumt

Patras/Griechenland Am Sonntag, den 12. Juli 2009 wurde von einem großen Polizeiaufgebot das seit zwölf Jahren bestehende provisorische Zelt- und Hüttendorf von Flüchtlingen und Migrant_innen in Patras geräumt. Der größte Teil wurde einfach abgefackelt, die restlichen Hütten zerstörten Bulldozer. Zahlreiche Leute ohne Papiere sind seitdem inhaftiert, 44 Minderjährige wurden in ein Auffanglager für minderjährige Flüchtlinge gebracht.

In dem Flüchtlingsdorf in Patras wohnten 1 000 bis 2 000 Leuten. Der Hafen in Patras stellt eine wichtige Verbindung nach Italien/Westeuropa dar. Jede Nacht versuchen Migrant_innen unbemerkt auf eine der Fähren nach Italien zu gelangen. Die wenigsten sind dabei erfolgreich, da die Überwachung und Repression durch die Polizei auf dem Hafengelände extrem hoch ist.

Im Zuge der Räumung gab einige direkte Solidaritätsaktionen in Patras und anderswo.

Ausspionieren von „Alltagssünden" als Marktlücke

Südkorea Eine Branche, die von aufgrund der Wirtschaftskrise zunehmend steigenden Erwerbslosenzahlen in Südkorea profitiert, besteht aus Firmen, die Menschen mit geringem oder keinem Einkommen zu Denunziant_innen ihrer Mitmenschen ausbildet. Ausgestattet mit versteckten Mini-Kameras melden und beweisen sie der Stadtverwaltung schwere Verbrechen, die sie in ihrem Alltag beobachten: Das Wegwerfen von Zigarettenkippen, die kostenlose Herausgabe von Plastiktüten im Supermarkt, die Nicht-Vergabe von Quittungen im Schreibwarenladen und ähnliche Alltagssünden. Ertappte Sünder_innen, zumeist also Passant_innen oder mehr oder weniger prekär Beschäftigte, müssen je nach Härte des Vergehens Bußgeld bezahlen. Auch die Entlohnung der Denunziant_innen hängt davon ab.

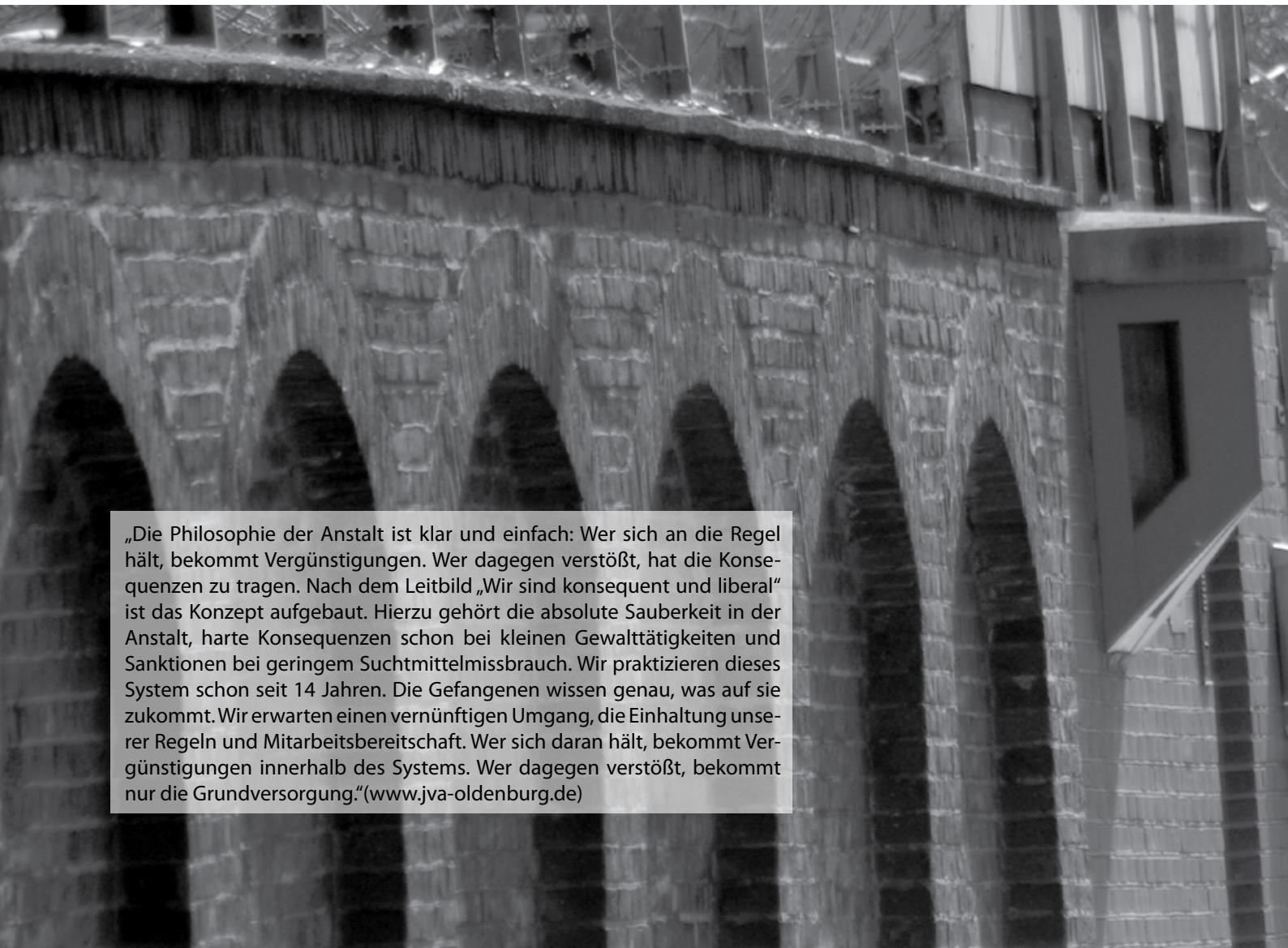
++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Einleitung zum Schwerpunkt

Der Oldenburger Knast in Kreyenbrück inszeniert sich selbst als moderne und humanitäre Strafvollzugsanstalt. Tatsächlich ist es so, dass der Oldenburger Knast nicht mehr viel mit kerkerähnlichen Verhältnissen zu tun hat. Statt miefigen, nassen Zellen aus Backstein erwartet einen klinische Reinheit – kombiniert mit modernster Überwachungs- und Disziplinierungstechnik. Statt Ketten und Schlägen sind die Gefangenen einem raffiniertem Belohnungs- und Bestrafungssystem unterworfen. Wer sich den strengen Regeln fügt und unterwirft, den erwarten eventuell kleine Belohnungen, wie mehr Besuchsrechte, das Recht auf mehr individuelle Habseligkeiten und eventuelle Haftzeitverkürzungen. Wer sich nicht an die Regeln hält, den erwarten Sanktionen bis hin zur Isolationshaft, in der Gefangene unter Umständen mehrere Tage mit Armen und Beinen an den Boden einer weißen, schallisolierten Zelle gefesselt werden. Diese „Humanität" ist in Wirklichkeit eine Perfektionierung der Disziplinierungs- und Unterwerfungsinstitution Knast – kurz: moderne Herrschaftssicherung, wie sie in allen Knästen der BRD praktiziert wird.

Anders als in den USA gibt es in Deutschland keine komplett privat betriebenen Knäste, obwohl public-privat-partnership (Mobilisierung privaten Kapitals zur Erfüllung staatlicher Aufgaben) auch im Knastsektor angekommen ist. Wie die Entwicklung hier weitergeht, oder ob sie Ausmaße wie in den USA annimmt, ist nicht abzusehen, klar ist aber, dass Unternehmen immer stärker davon profitieren, dass Leute im Knast sitzen.

Knast bleibt dennoch Knast. Strafvollzug ist heute wie damals ein Instrument des Staates zur Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme und zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Aus linksradikaler Perspektive ist es da verständlich, dass uns sich als politische Gefangene verstehende Inhaftierte, die für die Verände-

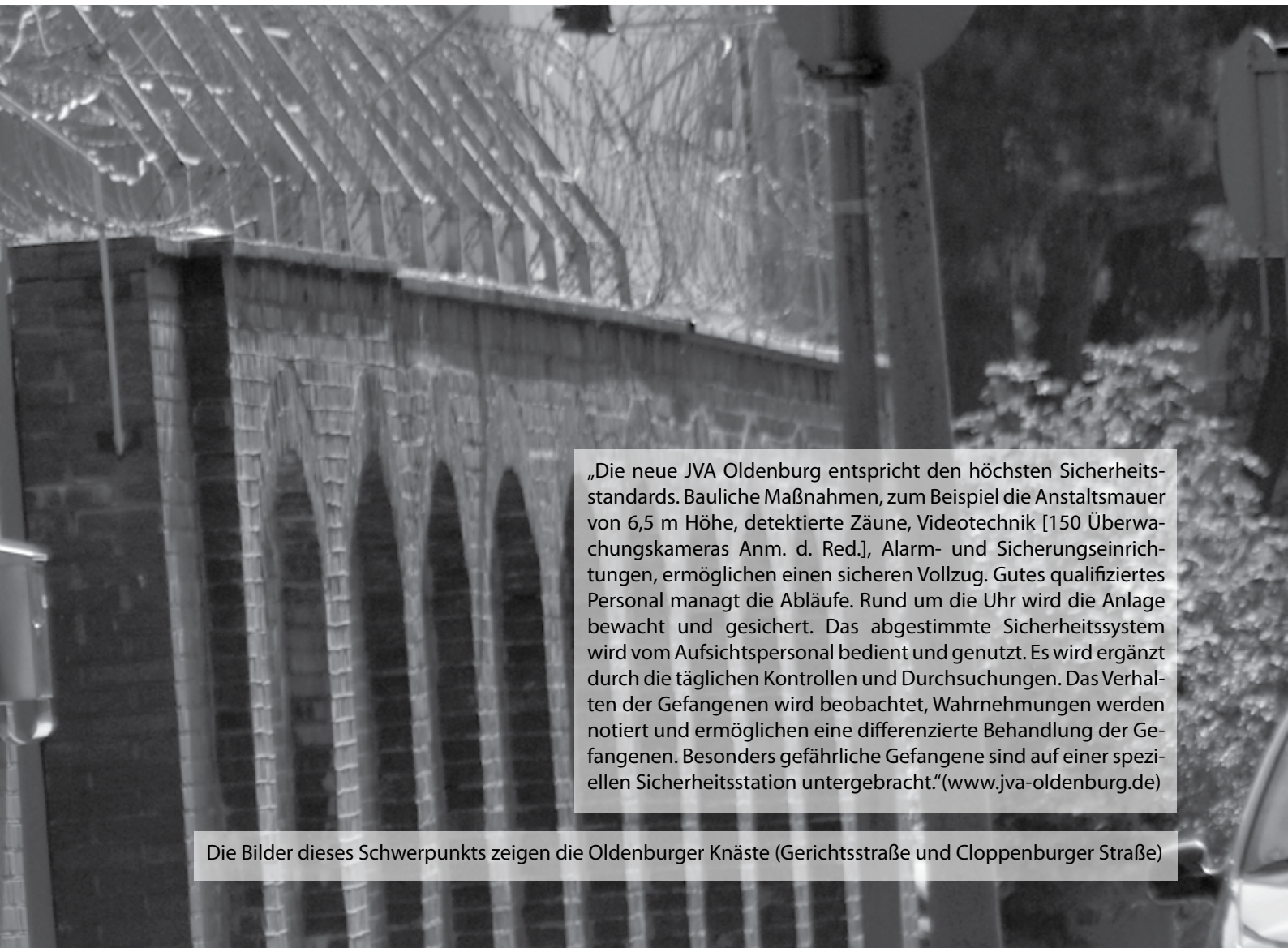


„Die Philosophie der Anstalt ist klar und einfach: Wer sich an die Regel hält, bekommt Vergünstigungen. Wer dagegen verstößt, hat die Konsequenzen zu tragen. Nach dem Leitbild „Wir sind konsequent und liberal" ist das Konzept aufgebaut. Hierzu gehört die absolute Sauberkeit in der Anstalt, harte Konsequenzen schon bei kleinen Gewalttätigkeiten und Sanktionen bei geringem Suchtmittelmissbrauch. Wir praktizieren dieses System schon seit 14 Jahren. Die Gefangenen wissen genau, was auf sie zukommt. Wir erwarten einen vernünftigen Umgang, die Einhaltung unserer Regeln und Mitarbeitsbereitschaft. Wer sich daran hält, bekommt Vergünstigungen innerhalb des Systems. Wer dagegen verstößt, bekommt nur die Grundversorgung."(www.jva-oldenburg.de)

rung gesellschaftlicher Verhältnisse in unserem Sinne eintreten, näher stehen. So ist es auch naheliegend, warum linke Knastarbeit hauptsächlich in konkreter Unterstützung eingeknasteter Genoss_innen besteht. Trotzdem ist das Thema Knast seit einigen Jahren in der bundesdeutschen radikalen Linken ein marginales Thema. Die Bandbreite der Forderungen bewegt sich zwar heute auch noch von „Freiheit für alle Gefangenen" über „Freiheit für alle politischen Gefangenen" bis zu „Freiheit für die_den Gefangene_n XY", dennoch haben tendenziell die beiden letzten Forderungen umfassendere Knastkritik in den Hintergrund gerückt.

Für die Entwicklung einer Perspektive für eine bessere Gesellschaft ist eine Auseinandersetzung mit dem Thema Knast und Strafen allgemein unumgänglich. Angesichts der permanenten Zunahme der Inhaftiertenzahlen ist die Formulierung einer linksradikalen Kritik am Gefängnissystem notwendiger denn je. Mit diesem Schwerpunkt wollen wir einen Anstoß dazu geben, auch wenn wir damit sicherlich keine fertigen Antworten liefern. Wir hätten Lust auf eine Fortsetzung der Debatte in den nächsten Ausgaben und freuen uns auf Einreichungen von Euch.

Knäste zu Baulücken!
Freiheit für alle Gefangenen!



„Die neue JVA Oldenburg entspricht den höchsten Sicherheitsstandards. Bauliche Maßnahmen, zum Beispiel die Anstaltsmauer von 6,5 m Höhe, detektierte Zäune, Videotechnik [150 Überwachungskameras Anm. d. Red.], Alarm- und Sicherungseinrichtungen, ermöglichen einen sicheren Vollzug. Gutes qualifiziertes Personal managt die Abläufe. Rund um die Uhr wird die Anlage bewacht und gesichert. Das abgestimmte Sicherheitssystem wird vom Aufsichtspersonal bedient und genutzt. Es wird ergänzt durch die täglichen Kontrollen und Durchsuchungen. Das Verhalten der Gefangenen wird beobachtet, Wahrnehmungen werden notiert und ermöglichen eine differenzierte Behandlung der Gefangenen. Besonders gefährliche Gefangene sind auf einer speziellen Sicherheitsstation untergebracht."(www.jva-oldenburg.de)

Die Bilder dieses Schwerpunkts zeigen die Oldenburger Knäste (Gerichtsstraße und Cloppenburger Straße)

"Es geht darum, für eine Gesellschaft einzustehen, die sich die Frage nach der Institution Knast nicht stellen wird."

Warum Knastkritik?

Selbstverständlichkeiten und Einsprüche zu Entstehungsgeschichte und Rechtfertigung des Gefängnisses.

von albert destinazero.

Die Institution Knast ist zu einem gesellschaftlichen Paradigma[1] geworden, dessen Selbstverständlichkeit unangreifbar erscheint. Vergessen bleibt dabei oft, dass es sich um ein durchaus modernes Phänomen handelt, das alles andere als selbstverständlich, sondern Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse ist und diese reproduziert. Daher ist unsere Auseinandersetzung mit dem Thema Knast eingebunden in die Formulierung einer Utopie von Herrschaftsfreiheit und steht nicht im luftleeren Raum.

(Nicht nur) innerhalb der radikalen Linken in der BRD hat sich die Auseinandersetzung mit dem Thema Knast in den letzten 30 Jahren stark gewandelt. War eine grundlegende Kritik an Knast als Institution in den 1970ern noch häufig Bestandteil radikaler Kritik, wurde sich seitdem immer weiter in eine Rückzugsposition begeben. Aus der Forderung nach einer Gesellschaft ohne Knäste bzw. der Diskussion um Ursachen von „Kriminalität" wurde die Forderung nach der Freiheit der politischen und sozialen Gefangenen, die der „eigenen" Gefangenen und schließlich (wie z.B. in einigen größeren Post-Gipfel-Verfahren) die „unschuldiger" Gefangener. Damit wurde Stück für Stück von der Analyse gesellschaftlicher Konflikte Abschied genommen. Knastkritik sieht sich heute häufig mit einer Argumentationsweise konfrontiert, die sich von einer bürgerlichen kaum unterscheidet.

Im Folgenden wollen wir in knapper Form aufzeigen, wo das moderne Knastsystem seine Wurzeln hat und warum es wie entstanden ist. Diese Annahmen sind eine Grundlage unserer Diskussion über Knast.

Die Notwendigkeit einer historischen Betrachtungsweise.

Die Entstehungsgeschichte der Institution Knast nachzuvollziehen, heißt, die historischen Prozesse und die Verfasstheit der Gesellschaft zu jener Zeit in den Blick zu nehmen. Der Knast ist eine durchaus moderne Erscheinung, die Entwicklung bis zur heutigen Institution hat sich seit dem 17. Jahrhundert im europäischen Raum in zwei Phasen vollzogen, deren Übergänge fließend sind. Wir halten sie für zentral für die Entstehung des modernen Strafvollzuges. Auch weit vor dem 17. Jahrhundert hat es Formen des Freiheitsentzugs wie die Klosterhaft gegeben. Der Umfang der nun vollzogenen Maßnahmen und die Art des Einsperrens ist jedoch als Grundlage der Entstehungsgeschichte moderner Verwahrungsinsitutionen zu sehen.

erste Phase: das 17. Jahrhundert. Umbrüche und „Antworten".

Im Laufe des 17. Jahrhunderts entstanden im europäischen Raum erstmals große Verwahrungsinstitutionen. Zentrale Form des Strafens bis dahin waren Leibesstrafen (u.a. „Marter"[2]), also auf den Körper direkt zugreifende Maßnahmen.[3] Diese wurden mit der Einführung der Verwahrungsinstitutionen zunächst nicht abgeschafft, das Einsperren wurde zu einer der möglichen Formen des Strafens. Michel Foucault nennt diesen Prozess „die große Einsperrung" und spricht von einer europäischen Dimension desselben.

In Frankreich wurden die geschaffenen Institutionen „Hospitäler" genannt, in den Niederlanden und Deutschland „Zuchthäuser". Eingesperrt wurden vor allem„Landstreicher, Bettler, Arbeitslose

und Diebe“[4]. Hiermit sind große Gruppen ungebundener, umherstreifender Menschen gemeint, die sich durch den Zusammenbruch des Feudalsystems im 16./17. Jahrhundert gebildet hatten. Durch das Einsperren war es einerseits möglich, sich der Präsenz dieser unerwünschten Personen zu entledigen, wie auch das Eigentum gegen ihre Angriffe / Aktionen zu sichern. Zudem ermöglichten die Verwahrungsinstiutionen eine Zuführung der Insass_innen zu Zwangsarbeit. Die Idee, der Bettel- und Armen-“Problematik“ nicht mehr wie vorher entweder mit karitativen Maßnahmen oder durch drakonische Strafandrohungen zu begegnen, sondern nunmehr auch durch das Prinzip der Zwangsarbeit, hängt auch mit einer Neubewertung der Arbeit im 16. Jahrhundert durch Humanismus und Reformation zusammen. Vorherrschend wurde die Ansicht, jede_r müsse sich bemühen, sein Leben durch Arbeit selbst zu meistern und Müßiggang zu vermeiden.[5] Die Arbeit in den Zuchthäusern gestaltete sich in den verschiedenen Orten unterschiedlich. Aufgaben waren beispielsweise die Herstellung diverser Gebrauchsgüter, das Spinnen von Garn, das „Wollekratzen“, Weben, Strickarbeiten oder das Raspeln von Farbholz.

Es handelte sich in dieser Zeit also in erster Linie um ein Ordnungsproblem, das es von herrschender Seite zu lösen galt. An Stelle des bewusst in der Öffentlichkeit stattfindenden „peinlichen Strafens“[6] verschwandt das Strafen mehr und mehr hinter die Mauern der Verwahrungsinstitutionen. Es änderte sich also auch die Art und Weise, durch die abgeschreckt wurde. Bisher hatte vor allem durch die unmittelbare Erfahrung einer Grausamkeit (und in Folge dessen das Reden darüber) eine vor bestimmten Handlungen abschreckende Wirkung mit sich gezogen. Mit der sinkenden unmittelbaren Wahrnehmung dieser Maßnahmen gewannen andere Formen der Diskursivierung an Bedeutung. Es bedurfte eines allgegenwärtigen Wissens über mögliche Sanktionen. Eine Möglichkeit zur Erzeugung dieses Wissens bestand darin, Verwahrungsinstiutionen in den Städten zu bauen und dafür sogar eine erhöhte Fluchtgefahr in Kauf zu nehmen. Heutzutage formiert sich Wissen wesentlich subtiler und ist weniger an die physischen Orte des Strafens gebunden. Beispielsweise Massenmedien und das Aufbauschen spektakulärer „Fälle“ sind es, die dazu beitragen, ein Bewusstsein über Strafe zu erzeugen.

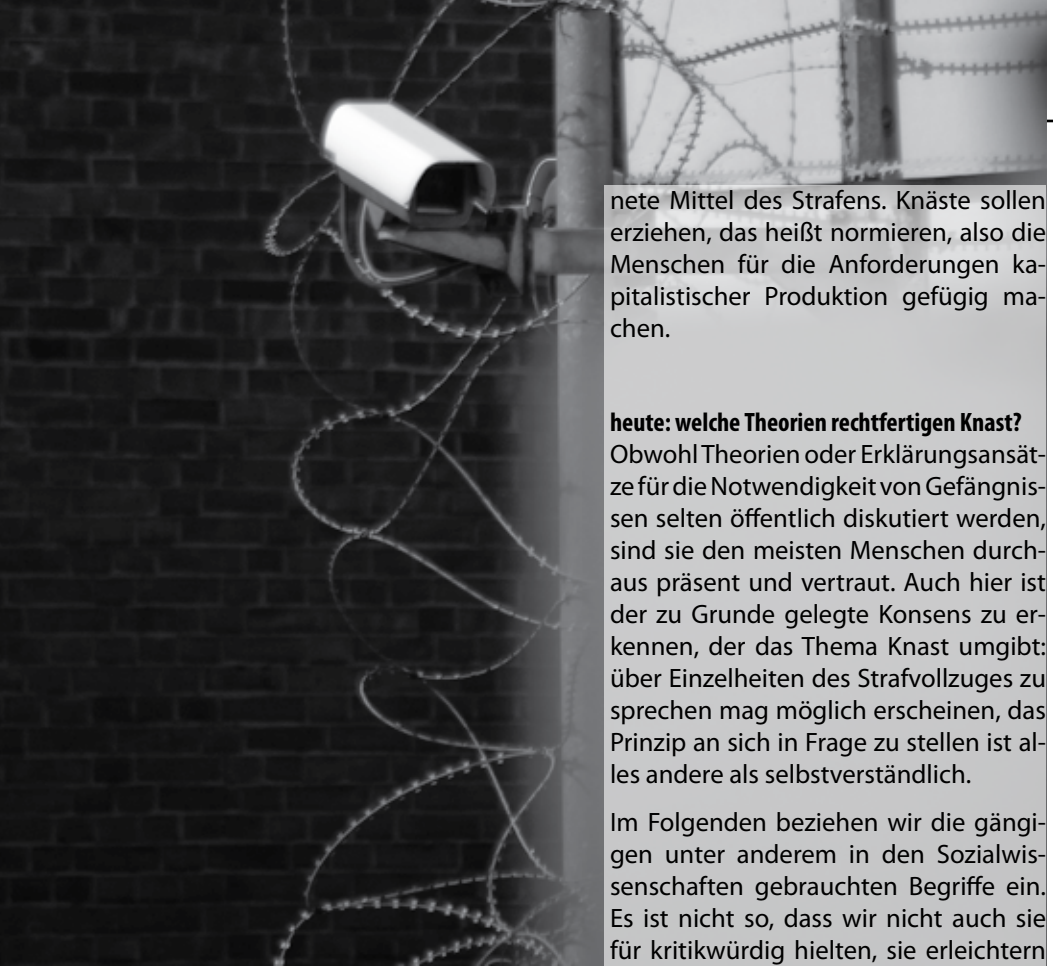
zweite Phase: 1750-1825. modernes Strafen.

Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bildeten sich in einem Zeitraum von nur 75 Jahren Gefängnisse für Straftäter_innen, die in ihrem Prinzip mit den heutigen vergleichbar sind. Die beschriebenen Zuchthäuser befanden sich zunehmend in einem Zerfallsprozess. Als psychisch krank geltende wurden zunehmend in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht. Es fand also auch eine Ausdifferenzierung der Zuordnung der Insass_innen in verschiedene Anstalten statt.

Ab diesem Zeitraum war das Einsperren nicht mehr nur eine ergänzende unter vielen, sondern wurde zu der zentral angewandten Strafform. Die Leibesstrafen wurden weitestgehend abgeschafft. Diese Entwicklung ist unmittelbar verknüpft mit der Herausbildung kapitalistischer Produktionsweise und industrieller Massen(fließband)produktion. Leibesstrafen mussten von nun an unangemessen und irrsinning erscheinen, da niemand ein Interesse an der Verstümmelung von Arbeiter_innen, die technisch feine Fließbandarbeit verrichten sollten, hatte.

Das nun entwickelte Gefängnissystem produzierte eine Form der Disziplin, die der für die Fließbandarbeit notwendigen glich: Im Gefängnis gab es eine peinlich genaue Ordnung, ein ebenso genaues Regelwerk und einen strikten Tagesrhythmus. Im Knast konnte getestet werden, ob der Mensch entsprechend den modernen Erfordernissen funktionierte. In dieser Phase ging es also unter anderem darum, der Unangepasstheit unter den Arbeiterinnen nachzukommen, sie zu normieren und somit funktionsfähig zu machen.

Bedeutend für das neue Prinzip des Strafens (in Abgrenzung zur Marter) ist die Entstehung von Nationalstaaten und einer bürgerlichen Rechtsauffassung. Erst wenn der Mensch die von der bürgerlichen Gesellschaft versprochene Freiheit zugeschrieben bekommt, kann ihm diese auch entzogen werden. Entsprechend der hohen Bedeutung, die der Freiheit zugemessen wird, wird der Freiheitsentzug zur angemessenen Bestrafung des bürgerlichen Rechtssubjekts. Mit dem Übergang zur Strafjustiz und einheitlicher Rechtsprechung wird die bislang vollzogene Rache des Souveräns[7] in das Strafen der gesellschaftlichen Institutionen gewandelt. Die Züchtigung funktioniert ohne Marter. Die Strafinstitutionen sollen erstmals auch bessernd und ändernd auf das Individuum wirken, die Strafe erhält also einen über sie hinaus reichenden Zweck. Der Körper verschwindet als



Subjekt der Strafe: Bestraft wird laut Foucault nun die „Seele". Es handelt sich also um eine neue Ökonomie des Strafens. Ihr Maß wird die „Menschlichkeit"[8]. Dies heißt nicht, dass der Körper nicht nach wie vor in Mitleidenschaft gezogen würde. Das Gefängnis wird mitnichten zu einem Raum frei von physischer Gewalt, diese ist ihm immanent, liegt seiner Logik zu Grunde. Viele Formen der modernen Gefängnisstrafe (z.B. Isolationshaft) bedeuten einen schweren Eingriff in die körperliche Unversehrtheit, dies ist jedoch nicht vorrangiges Ziel des Strafens.

Der / die Kriminelle macht sich in der Logik moderner Rechtsauffassung durch seine Tat zum Feind der gesamten Gesellschaft und „Verräter des Vaterlandes". Das Unrecht, das dem „Gesellschaftskörper" zugefügt wird besteht in Unordnung, in einer Vertragsverletzung. Dies schließt die Möglichkeit einer Wiederholung der Tat mit ein. Was überhaupt ein Gesetzesbruch ist, wird in der Zeit der Entwicklung des Strafgesetzes neu definiert.

Die Gesellschaft straft also durch Exklusion (Ausschluss) aus ihrer „Gemeinschaft". Da Freiheit als Teilhabe am Produktionsprozess verstanden wird, ist der Entzug dieser Freiheit das geeignete Mittel des Strafens. Knäste sollen erziehen, das heißt normieren, also die Menschen für die Anforderungen kapitalistischer Produktion gefügig machen.

heute: welche Theorien rechtfertigen Knast?

Obwohl Theorien oder Erklärungsansätze für die Notwendigkeit von Gefängnissen selten öffentlich diskutiert werden, sind sie den meisten Menschen durchaus präsent und vertraut. Auch hier ist der zu Grunde gelegte Konsens zu erkennen, der das Thema Knast umgibt: über Einzelheiten des Strafvollzuges zu sprechen mag möglich erscheinen, das Prinzip an sich in Frage zu stellen ist alles andere als selbstverständlich.

Im Folgenden beziehen wir die gängigen unter anderem in den Sozialwissenschaften gebrauchten Begriffe ein. Es ist nicht so, dass wir nicht auch sie für kritikwürdig hielten, sie erleichtern jedoch ein Sprechen über die sie enthaltenden Vorstellungen.

Grundsätzlich unterschieden werden absolute und relative Straftheorien. Absolute Straftheorien haben keinen Anspruch auf über sie hinausgehende Wirkungen, sondern sind eher Mittel zum Zweck. Es wird davon ausgegangen, dass begangenes Unrecht auf jeden Fall zu büßen sei, also unbedingt eine Vergeltung folgen müsse. Schuld müsse immer gesühnt werden. Relative Straftheorien hingegen zielen auf eine gesellschaftliche und individuelle Wirkung des Strafens ab. Strafe soll zukünftig strafbares Handeln verhindern. Sie werden meist in Generalprävention und Spezialprävention unterteilt. Die positive Generalprävention soll eine allgemeine Stärkung des Rechtsbewusstseins, eine „Einübung" in Rechtstreue bewirken. Durch das allgegenwärtige Bewusstsein nicht nur über Strafsanktionen, sondern auch über positive Werte und Moral gäbe es also eine integrative Wirkung. Menschen handelten also gar nicht erst „kriminell", da sie die Spielregeln der Gesellschaft verinnerlicht hätten. Die Rechtstreue wird zu einem kollektiven Gut, das sich pflegen lässt und über dessen vermeintliche Einhaltung mensch sich gegenseitig bestätigen kann.

Die negative Generalprävention geht von einer eher abschreckenden Wirkung aus. Es gäbe eine Form der Prävention durch psychologischen Zwang. Dieser Zwang richtet sich an potentielle Staftäte_innen. Wer sich also einer ihm / ihr drohenden Strafe bewusst sei, handele erst gar nicht „kriminell".

Die positive Spezialprävention verspricht eine bessernde und resozialisierende Wirkung von Strafe. Das Ideal der Resozialisierung war vor allem in den 1970ern bedeutend und ist verbunden mit der Pathologisierung[9] der Gefangenen. Wer einmal auf die „Schiefe Bahn" geraten sei, erhalte unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, das eigene Verhalten zu reflektieren und sich zu „bessern". Als geglückt empfundene Resozialisierung ist ausschlaggebend für eine Haftverkürzung oder eben – wie vor allem mit der „Sicherungsverwahrung" diskutiert und praktiziert – für eine Verlängerung der Haftzeit. Auch hier wird deutlich, dass es darum geht gemäß einer vorgestellten Norm den / die Einzelne_n zu erziehen.

Die negative Spezialprävention schließlich geht von einer individuellen Abschreckung und einer „Unschädlichmachung" des / der Kriminelle_n aus. Hier wird meist mit dem Schutz der Gesellschaft vor „kriminellen" Subjekten argumentiert. Das Einsperren der als kriminell Empfundenen sorge für Sicherheit. Vor allem aber sorgt die vermeintliche Gefahr vor noch nicht „Geschnappten" für Angst, die wiederum den Schrei nach mehr Haftstrafen lauter werden lässt.

wir und die anderen, einsprüche.

Bei den hier beschriebenen Erklärungen der gesellschaftlichen Notwendigkeit von Knästen ist von zentraler Bedeutung, wie sich die „Anderen", also die „Kriminellen" vorgestellt werden – genauer: wie sie konstruiert werden. Kriminell sind grundsätzlich die anderen, mensch selbst wähnt sich auf der richtigen Seite und solange dies gelingt, lässt sich auf die „Kriminellen" mit dem Finger zeigen als diejenigen, die das Schlechte, Böse verkörpern und somit dafür verantwortlich gemacht werden. Stets auf der richtigen Seite

zu stehen wird zu einer bedeutenden Aufgabe aller Bürger_innen. Dass es jedoch ziemlich kompliziert ist, in seinem Leben nicht „kriminell" zu werden und keine Gesetze zu überschreiten, wird hier vernachlässigt. Schwarzfahren, bei rot über die Ampel gehen, Filesharing & Raubkopien, Steuern hinterziehen, besoffene Schlägereien: All das gehört zum Alltag vieler Menschen und wird trotzdem nicht oder selten als „kriminell" eingeordnet. Zudem findet eine Diskussion der Ursachen von gesellschaftlichen Konflikten kaum statt. Vielmehr werden bestimmte als „kriminell" gebrandmarkte Handlungen aus dem Kontext gerissen, entpolitisiert und individualisiert.

Schuld sind die sich falsch Verhaltenden, die Frage nach den ihrem Verhalten zugrunde liegenden Strukturen bleibt aus. Somit wird nicht nur der Blick auf die „Anderen" gelenkt, sondern gleichzeitig die Diskussion um Macht- und Gewaltverhältnisse bewusst vermieden. Auch wir denken, dass handelnde Subjekte für ihr Verhalten verantwortlich sind (ansonsten betrachteten wir ja beispielsweise auch Nazis einfach als „Opfer der Verhältnisse"). Das Ausblenden des Verhaltens der restlichen Menschen, die an gesellschaftlichen Prozessen teil haben und diese mit gestalten jedoch ist fatal. Das Subjekt ist kein passives Objekt von Zwangszurichtung, sondern der Zwang bringt Individuen dazu, sich selbst als Subjekt zu konstituieren. Die Produzierung des „Zwangs" verläuft subtil und horizontal, ist also nicht von gedachten „Machteliten" o.ä. inszeniert oder denen „da unten" übergestülpt. Eine sich als radikal verstehende Kritik kommt an der Frage nach den Ursachen von „Kriminalität" nicht vorbei und muss sich zudem die Frage stellen, was denn eigentlich als „kriminell" gilt und was nicht. Auch die Frage, wer eigentlich im Knast sitzt, gibt Aufschluss über die gesellschaftlichen Verhältnisse bzw. die Vorstellung darüber, wer als kriminell angesehen wird. So haben über 90 Prozent der Delikte, die heute zu Haftstrafen führen direkt oder indirekt mit Eigentumsverhältnissen zu tun. Die größte Gruppe der Gefangenen sind User_innen illegalisierter Drogen.

Die Äußerung, es müsse nach alternativen Umgangsweisen mit Gewalt gesucht werden, setzt voraus, wir lebten in einer bis auf Einzelfälle gewaltfreien Gesellschaft. (Strukturelle) Gewaltformen, die jedoch integraler Bestandteil eben dieser Gesellschaft sind, werden hier ausgeklammert. Abschottung vor Flüchtlingen, Gewalt in der Familie, Polizeigewalt, Knast, Arbeitszwang sind nur einige Formen von gesellschatlich legitimierter Gewalt, teils in Gesetze gegossen, teils akzeptiert oder hingenommen. Von Gewaltfreiheit auf einer individualisierten Ebene zu sprechen ist unzureichend. Wer von „Alternativen" zur Gewalt spricht, muss von Alternativen zu dieser Gesellschaft sprechen. Die Frage danach, ob Knast ein angemessenes Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte sei, stellt sich in der Form für uns nicht. Vielmehr gehen wir davon aus, dass Knast Teil der Verhältnisse ist, die es zu überwinden gilt. Antworten auf Konflikte zu finden ist durchaus Aufgabe einer emanzipatorischen Bewegung, nicht jedoch derer, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Verhältnisse haben. Ziel kann es nicht sein, die Gefängnismauern einzureis-

sen, umstehende Gebäude und die Straße jedoch als solche zu erhalten. Es geht darum, für eine Gesellschaft einzustehen, die sich die Frage nach der Institution Knast nicht stellen wird. Es ist eher müßig, Einzelheiten eines verwirklichten utopischen Prozesses zu diskutieren, auch da wir viele der bestehenden Formen des Infragestellens der Integrität von Menschen als dieser Gesellschaft immanent betrachten. Eine ernst zu nehmende knastkritische Bewegung wird sich dieser Aufgabe jedoch stellen müssen. Da Knast hier und jetzt keine Lösung ist, sehen wir einem oft geäußerten Zwang zu Alternativen im hier und jetzt auch eher gelassen entgegen.

aktuelle Entwicklungen.

Der massive Neubau von Knästen zeigt, dass der Strafvollzug auch mit der Verfeinerung der sozialen Techniken zur Disziplin und Kontrolle keinesfalls weniger relevant geworden ist. Die Erklärungsansätze hierfür sind heterogen, die repressive Tendenz ist jedoch kaum zu leugnen. In den 1960er/70er Jahren war die Tendenz, Rehabilitation von Strafgefangenen, das Suchen nach Wegen der Zurück-/ Wiedereingliederung in den Vordergrund der Diskussion um Strafvollzug zu stellen zentral. Dies spiegelte sich unter anderem im Strafvollzugsgesetz von 1976 wider. Auch alternative Vollzugsformen wie der offene Vollzug wurden vermehrt diskutiert (letztes nicht zuletzt aus einer einfachen Kostenrechnung). Ohnehin ist es wichtig, das Problem nicht allein darin zu sehen, dass im Vollzugssystem etwas „falsch laufe". Gerade der „normale" Strafvollzug ist zerstörerisch und entwürdigend und somit abzulehnen. Es kann also auch nicht um eine Kritik der „Ineffizienz" des Knastes im Sinne der genannten Straftheorien gehen.

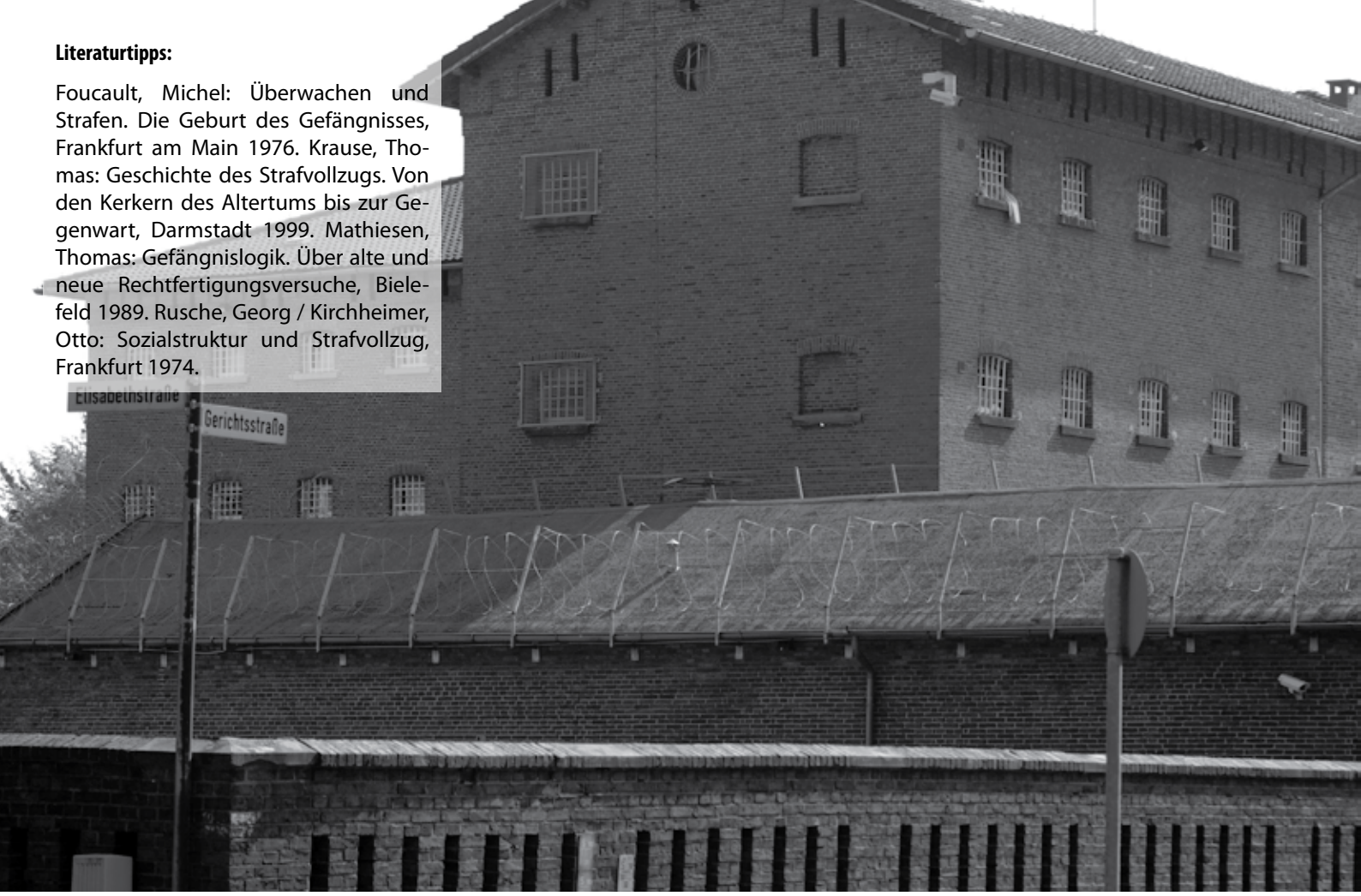
Die aktuelle repressive Tendenz wahr zu nehmen ist jedoch nicht unbedeutend. Die Umgestaltung der Knäste in private Unternehmen und die Aufwertung der Zwangsarbeit sind immense Veränderungen, die das Leben der Gefangenen massiv verändern.

Wir betrachten Knast als ein strategisches Feld politischer Auseinandersetzung. Gegen Knäste zu argumentieren, gegen sie einzutreten, ist in dieser Zeit eine ungeheure Provokation. Es ist an der Zeit, mit dieser Provokation zu beginnen!

Aus entfesselt 06/07 2009

Literaturtipps:

Foucault, Michel: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main 1976. Krause, Thomas: Geschichte des Strafvollzugs. Von den Kerkern des Altertums bis zur Gegenwart, Darmstadt 1999. Mathiesen, Thomas: Gefängnislogik. Über alte und neue Rechtfertigungsversuche, Bielefeld 1989. Rusche, Georg / Kirchheimer, Otto: Sozialstruktur und Strafvollzug, Frankfurt 1974.



Fußnoten:

[1]vorherrschendes Denkmuster, das einen allgemein anerkannten Konsens widerspiegelt

[2]Folter, Qual, Peinigung, siehe auch „peinliche Strafen"

[3]festgelegt wurde das peinliche Strafsystem z.B. durch die peinliche Habgerichtsordnung Kaiser Karls V. von 1532, das Strafrecht und Strafprozeßrecht in Deutschland erstmals auf eine reichseinheitliche Grundlage stellte. Freiheitsstrafen kommen in dieser nur als „ewiges Gefängnis", was der Todesstrafe gleichgestellt wird, und als Ersatzfreiheitsstrafe für die bei kleinem Diebstahl an sich verwirkte Geldbuße vor. Inwieweit die öffentliche Zwangsarbeitsstrafe zu dem System der Freiheitsstrafen gezählt werden kann, ist umstritten.

[4]siehe hierzu: Mathiesen, Thomas: Gefängnislogik. Über alte und neue Rechtfertigungsversuche, Bielefeld 1989, S. 9 ff.

[5]In ihrer Studie zur Geschichte der Strafe von 1200 bis 1900 entwickeln Georg Rusche und Otto Kirchheimer die umstrittene These, der Arbeitsmarkt reguliere die jeweilige Art des Strafvollzuges.

In Zeiten des Arbeitskräfteüberschusses würden die Strafen strenger, weil keine Arbeitskraft für produktive Tätigkeiten benötigt werde und weil die strengen Strafen einen wichtigen Abschreckungsmechanismus darstellten, um die Gruppen Arbeitsloser ruhig zu stellen. In Zeiten des Arbeitskräftedefizits dagegen würden die Strafen milder. Im Gegensatz zum 15. und 16. Jahrhundert sei das 17. Jahrhundert von einem Arbeitskräftedefizit gekennzeichnet. G. Rusche, O. Kirchheimer: Sozialstruktur und Strafvollzug, Frankfurt/Köln 1974.

[6]„peinliche Strafen" sind mittelalterliche Formen des Strafens. Körper- und Todesstrafen, die meist in der Öffentlichkeit (oft auf Marktplätzen) in bewusst gewählter Anwesenheit eines Publikums exekutiert wurden. Zu ihnen gehört beispielsweise das Abschneiden der Nase, das zudem eine deutliche und bleibende Brandmarkung des Opfers bedeutet. Die peinliche Strafe ist auch als ein politisches Ritual zu verstehen. Sie gehört auf ihre Weise zu den Zeremonien, in denen sich die Macht manifestiert. Sie ist eine differenzierte Produktion von Schmerzen, ein um die Brandmarkung der Opfer und die Kundgebung der strafenden Macht herum organisiertes Ritual.

[7]souveräne Macht ist in diesem Fall der König oder Fürst

[8]siehe dazu Foucault in „Überwachen und Strafen"

[9]Die Deutung von Verhaltensweisen, Empfindungen, Wahrnehmungen, Gedanken, Sozialen Verhältnissen oder zwischenmenschlichen Beziehungen als krankhaft.

Der maskierte Rassismus

Der industrielle Gefängniskomplex

von Angela Y. Davis

Das Gefängnis ist mittlerweile zu einer der ersten Antwort auf die sozialen Probleme geworden, die die Menschen in Armut bedrücken. Diese Probleme werden häufig verschleiert, indem sie bequemerweise unter der Überschrift „Kriminalität" zusammengefasst und kriminelles Verhalten dann automatisch Afro- und LatinoamerikanerInnen zugeordnet wird. Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, Geisteskrankheiten und Analphabetismus sind nur einige der Probleme, die aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwinden, sobald die Menschen, die mit ihnen konfrontiert sind, hinter Gittern verschwinden.

So gesehen haben Gefängnisse geradezu magische Kräfte.

Aber Gefängnisse lassen nicht Probleme verschwinden, sie lassen Menschen verschwinden. Und tatsächlich ist diese Praxis ein großes Geschäft geworden, immer mehr arme, immigrierte Menschen aus rassistisch marginalisierten Communities verschwinden zu lassen.

Hinter der scheinbaren Leichtigkeit eines Zaubertricks verbirgt sich allerdings ein enormer Arbeitsaufwand. Wenn Gefängnisse Menschen verschwinden lassen, um die Illusion zu vermitteln soziale Probleme könnten gelöst werden, müssen die Infrastrukturen in den Gefängnissen so ausgebaut werden, daß sie in der Lage sind, eine schnell ansteigende Bevölkerung von Gefangenen aufzunehmen. Güter und Dienstleistungen müssen geliefert werden, um die Gefängnisbevölkerung am Leben zu erhalten. Manchmal müssen die Menschen in den Gefängnissen beschäftigt werden und manchmal – speziell in den repressiven Hochsicherheitsgefängnissen – müssen sie praktisch von jeder sinnvollen Arbeit abgehalten werden. Diese Arbeit, die bisher immer eine hoheitliche Aufgabe des Staats war, wird jetzt auch von Privatunternehmen übernommen, deren Verbindungen zum Staat in dem Sektor, den man euphemistisch „Strafvollzug" nennt, verdächtig nach dem militärisch¬industriellen Komplex klingen. Die Dividenden, die durch die Investitionen in die Bestrafungsindustrie aufkommen, führen wie die der Investitionen in die Waffenindustrie nur zur Zerstörung. Wenn man die strukturellen Übereinstimmmungen und die Gewinnträchtigkeit der Verbindungen zwischen Regierung und den Unternehmen im Reich der militärischen Produktion und dem staatlichen Justizsystem berücksichtigt, kann das expandierende Strafvollzugsystem mit Recht als „industrieller Gefängniskomplex" bezeichnet werden.

Die Farbe der Gefangenschaft

Zur Zeit sind fast zwei Millionen Menschen in dem riesigen Netzwerk der US-Gefängnisse eingesperrt. Mehr als siebzig Prozent der Inhaftierten sind Afro- oder LatinoamerikanerInnen. Es wird selten zur Kenntnis genommen, daß die am schnellsten wachsende Gefangenengruppe schwarze Frauen sind und daß prozentual zum Bevölkerungsanteil die indigenen AmerikanerInnen die größte Gruppe stellen.

Annähernd fünf Millionen Menschen, einschließlich derjenigen auf Bewährung oder im Freigang, unterstehen direkt der Aufsicht des Justizwesens.

Elliott Currie drückt dies so aus:

„Das Gefängnis hat, wie nie zuvor in unserer Geschichte oder der jedes anderen demokratischen Industrielandes, eine bedrohliche Präsenz in unserer Gesellschaft erreicht. Direkt nach großen Kriegen ist die Masseninhaftierung zur Zeit das am sorgfältigsten durchgeführte Sozialprogramm der Regierung geworden."

Damit die Körper geliefert werden können, die für das gewinnorientierte Strafvollzugsystem bestimmt sind, beruht die politische Ökonomie der Gefängnisse auf rassi(sti)sch orientierten Annahmen über Kriminalität – z.B. solcher Bilder schwarzer Mütter, die Sozialhilfe bekommen und kriminelle Kinder großziehen – und auf rassistischen Mustern bei der Festnahme, der Verurteilung und den Strafmaßen. Die Körper von Afro- und Latinoamerikaner-Innen sind in diesem riesigen Experiment der Hauptrohstoff, um die sozialen Probleme unserer Zeit verschwinden zu lassen. Entkleidet man die Gefängnis"-lösung" aber ihrer magischen Aura, kommen Rassismus, Klassenvorurteile und die parasitäre Abschöpfung kapitalistischer Profite zum Vorschein. Das industrielle Gefängnissystem führt zur materiellen und moralischen Verarmung seiner Bevölkerung und verschlingt den sozialen Reichtum, der eigentlich gebraucht würde, um genau die Probleme angehen zu können, die zu der immer größer werdenden Zahl von Gefangenen geführt haben.

Da Gefängnisse immer mehr Platz auf der sozialen Landkarte einnehmen, werden andere Regierungsprogramme bis hin zu ihrer faktischen Abschaffung gekürzt, mit denen bisher versucht wurde, auf soziale Bedürfnisse einzugehen, wie z.B. die „Zeitlich Begrenzte Hilfe für Bedürftige Familien" (Temporary Assistance to Needy Families). Die Verschlechterung der Standards im staatlichen Bildungswesen sind direkt mit der Gefängnis"-lösung" verknüpft.

Wer macht Gewinn mit den Gefangenen?

Da sich Gefängnisse in der US-amerikanischen Gesellschaft immer weiter ausbreiten, hat sich das Privatkapital in die Bestrafungsindustrie miteingeschaltet. Und aufgrund ihres Gewinnpotentials werden Gefängnisse immer wichtiger für die amerikanische Wirtschaft. Wenn schon die Idee an sich irritierend ist, daß Bestrafung eine Quelle potentiell erstaunlicher Gewinne sein kann, dann ist die strategische Abhängigkeit von rassistischen Strukturen und Ideologien, um die Massenbestrafung profitabel und befriedigend zu bewerkstelligen, noch um vieles beunruhigender.

Die Privatisierung der Gefängnisse ist das offensichtlichste Beispiel für den augenblicklichen Trend des Kapitals hin zur Gefängnisindustrie. Während staatliche Gefängnisse die internationalen Menschenrechtsstandards oft grob mißachten, gilt dies für die privatgeführten Gefängnisse noch umso mehr. Im März diesen Jahres konstatierte die Corrections Corporation of America (CCA), das größte private Gefängnisunternehmen in den USA, daß in ihren 68 Einrichtungen in den USA, Puerto Rico, Großbritannien und Australien 54.944 Betten entweder schon unter Vertrag stünden oder in der Entwicklungsphase seien. Gemäß dem weltweiten Trend, Frauen verstärkt dem öffentlichen Bestrafungssystem zu unterwerfen, hat die CCA kürzlich ein Frauengefängnis in der Nähe von Melbourne eröffnet. Das zweitgrößte Gefängnisunternehmen in den USA, die Wackenhut Corrections Corporation, gab an,

Verträge für 46 Einrichtungen in Nordamerika, Großbritannien und Australien zu haben. Bei ihnen ständen insgesamt 30.424 Betten zur Verfügung, wie auch Verträge über den Gesundheits- und Sicherheitsdienst und den Transport der Gefangenen.

Die Börsenkurse der beiden Unternehmen zeigen steil nach oben. Im Vergleich zu 1996 sind die Gewinne von CCA 1997 von 293 Mio. auf 462 Mio. um 58 % gestiegen. Der Nettogewinn des Unternehmens stieg von 30,9 Mio. US-Dollar auf 53,9 Mio. US-Dollar. WCC konnte seine Gewinne von 138 Mio.1996 auf 210 Mio. 1997 steigern. Anders als in den staatlichen Gefängnissen beruhen diese riesigen Gewinne in den privatgeführten Gefängnissen darauf, daß keine Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden.

Der industrielle Gefängniskomplex

Aber private Gefängnisunternehmen sind nur der sichtbarste Teil der steigenden Privatisierung des Strafvollzugsystems. Für die Bauindustrie sind Regierungsaufträge für neue Gefängnisse immer wichtiger geworden. Technologien, die für das Militär z.B. von Unternehmen wie Westinghouse entwickelt worden sind, werden für den Einsatz bei der Polizei und dem Strafvollzugsystem angepriesen. Dazu kommt, daß Unternehmen, die mit dem Strafvollzugsbusiness nichts zu tun zu haben scheinen, sehr eng in die Ausweitung des industriellen Gefängniskomplex involviert sind. Wechsel auf Gefängnisneubauten sind eine der vielen Möglichkeiten profitabler Investitionen für führende Finanzhäuser wie z.B. Merrill Lynch. Die Telefongesellschaft MCI verlangt von den Gefangenen und ihren Familien astronomische Summen für die wertvollen Telefongespräche, die oft der einzige Kontakt mit der Außenwelt sind.

Viele Unternehmen, deren Produkte wir täglich konsumieren, haben erkannt, daß die Arbeitskraft in den Gefängnissen genauso profitabel sein kann, wie die Arbeitskraft aus der Dritten Welt. Beide Ausbeutungsformen führen zur Entlassung früher gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und viele von ihnen landen schließlich sogar im Gefängnis. Einige der Unternehmen, die auf Gefängnisarbeit zurückgreifen, sind IBM, Motorola, Compaq, Texas Instruments, Honeywell, Microsoft und Boeing. Aber nicht nur High-Tech-Unternehmen schöpfen den Profit der Gefängnisarbeit ab. Die Kaufhauskette Nordstrom verkauft Jeans, die in „gefängnisblau" angeboten werden, wie auch T-Shirts und Jacken, die aus Gefängnissen Oregons kommen. Der Werbeslogan für diese Kleider: „Drinnen gemacht, um draußen getragen zu werden". Die Gefangenen in Maryland prüfen Glasflaschen, die dann von Revlon und Pierre Cardin verkauft werden und Schulen in der ganzen Welt kaufen Diplomantenhüte und Umhänge, die von Gefangenen in South Carolina hergestellt wurden.

„Für Privatunternehmen", schreiben Eve Goldberg und Linda Evans (eine politische Gefangene in der Strafvollzugsanstalt Dublin in Kalifornien), „ist Gefängnisarbeit eine Goldader. Keine Streiks. Keine gewerkschaftliche Organisierung. Keine Krankenversicherungskosten, keine Arbeitlosenversicherung oder Ausgleichszahlungen für ArbeiterInnen. Keine Sprachbarrieren wie im Ausland. Neue riesige, schreckerregende Gefängnisfabriken werden auf tausenden von Hektar innerhalb der Anstaltsmauern gebaut. Gefangene erledigen die Datenerfassung für Chevron, übernehmen Telefonreservierungen für TWA, züchten Schweine, schaufeln Dünger, stellen Stromleiter her, Limousinen, Wasserbetten und Unterwäsche für Victoria's Secret – alles zu einem Bruchteil der Kosten der ‚freien Arbeit'."

Wer verschlingt den sozialen Reichtum?

Obwohl Gefängnisarbeit – die weit unter dem Minimallohn bezahlt wird – für die beteiligten Unternehmen sehr profitabel ist, produziert das Strafvollzugsystem insgesamt keinen Wohlstand. 1996 und 1997 gab die Regierung nur 8,7% des Gesamthaushalts für Universitäten und Fachhochschulen aus, während 9,6% für das Strafrechtssystem ausgegeben wurden. Jetzt, da Quoten für Minderheiten in Kalifornien für illegal erklärt worden sind, ist es offensichtlich, daß das Bildungswesen mehr und mehr nur für bestimmte Menschen reserviert ist, während das Gefängnissystem für andere reserviert bleibt.

Im Augenblick sind fünfmal so-viele afroamerikanische Männer im Gefängnis wie an Colleges oder Universitäten. Diese neue Segregation hat gefährliche Auswirkungen für das ganze Land. Indem als Kriminelle bezeichnete Menschen segregiert werden, verstärken und verdecken Gefängnisse gleichzeitig den strukturellen Rassismus der amerikanischen Wirtschaft. Behauptungen über geringe Arbeitslosenra-

ten – sogar in schwarzen Communities -machen nur dann Sinn, wenn davon ausgegangen wird, daß die große Zahl der Menschen hinter Gittern wirklich verschwunden ist und daher keinen legitimen Anspruch auf eine Arbeit hat. Die Zahl der eingesperrten latino-und afroamerikanischen Männer beläuft sich auf 2% des gesamten männlichen Arbeitskraftreservoirs. Der Kriminologe David Downes sagt: „Wenn man die Gefangenschaft als eine Art versteckte Arbeitslosigkeit ansieht, steigt die Arbeitlosenquote für Männer um ein Drittel auf 8%. Die Auswirkungen auf die Arbeitslosenrate unter afroamerikanischen Männern sind sogar noch größer, statt 11% steigt die Arbeitslosenrate auf 19%."

Die versteckte Agenda

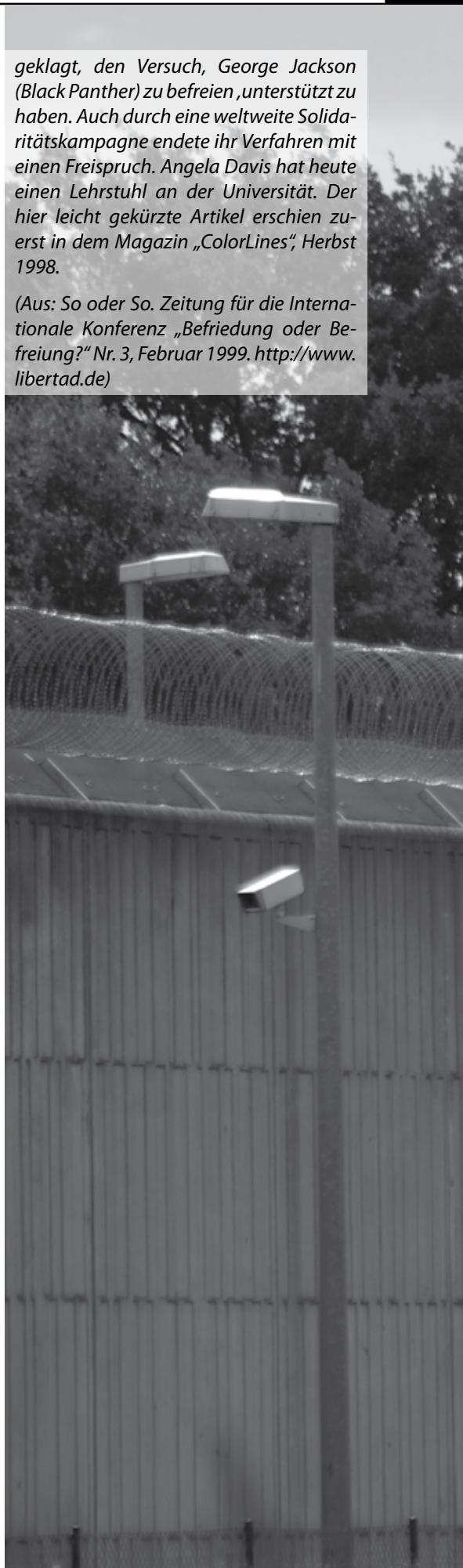
Massenhafte Gefängnisstrafen sind keine Lösung für Arbeitslosigkeit und auch keine Lösung für die große Bandbreite sozialer Probleme. Der Rassismus hat unsere Fähigkeit untergraben, eine öffentliche Diskussion über die falsche Ideologie zu beginnen, die die Gefängnisse als den Schlüssel zu größerer öffentlicher Sicherheit propagieren. Das Hauptaugenmerk der Regierung verschiebt sich zügig weg von Sozialhilfe hin zu sozialer Kontrolle. Afro- und Latinoamerikanische, indogene und viele asiatische Jugendliche werden als Vertreter von Gewalt und Drogendealer dargestellt, voll Neid auf die Güter, die sie nicht besitzen. Junge Afro- und Latinoamerikanerinnen werden der sexuellen Promiskuität geziehen und es wird ihnen unterstellt, sie produzieren ungehemmt Babies und Armut. Kriminalität und abweichendes Verhalten werden rassistisch aufgeladen. Die Überwachung wird auf die schwarzen Communities konzentriert, auf Einwanderer, Arbeitslosen, Schulabgänger ohne Abschluß, Obdachlosen und generell all diejenigen, die einen immer kleineren Anspruch auf die sozialen Ressourcen geltend machen können. Ihr Anspruch verringert sich, weil Polizei und Strafvollzugsystem diese Ressourcen zusehends verschlingen. Der industrielle Gefängniskomplex hat so einen Teufelskreis geschaffen, der die Armut derer vertieft, deren Verarmung durch Gefangenschaft angeblich „gelöst" wurde.

Der Schwerpunkt der Regierungspolitik hat sich von der Sozialhilfe auf Kriminalitätskontrolle verlagert. Der Rassismus vertieft sich immer mehr in den ökonomischen und ideologischen Strukturen der US-Gesellschaft. Während sie sich gegen die Quoten für Minderheiten und zweisprachige Schulerziehung aussprechen, verkünden konservative Kampagnenführer das Ende des Rassismus. Ihre Gegner behaupten, die Reste von Rassismus würden durch Dialog und Gesprächskreise beseitigt werden. Aber den industriellen Gefängniskomplex werden Gesprächskreise über „Rassenbeziehungen" nicht abschaffen können, da er doch den in die tieferen Gesellschaftsstrukturen eingewoben Rassismus nährt und von ihm lebt.

Im Kontext eines alles überschwemmenden Konservatismus markiert die Entstehung des industriellen Gefängniskomplexes eine neue historische Epoche, deren Gefahren ohne Beispiel sind. Dies gilt allerdings auch für die Chancen dieser Epoche. Wenn man sich die eindrucksvolle Zahl selbstorganisierter Projekte vergegenwärtigt, die weiterhin der Expansion der Bestrafungsindustrie widerstehen, sollte es doch auch möglich sein diese Kräfte für eine radikale, landesweit sichtbare Bewegungen zusammenzubringen, die eine antikapitalistische Kritik an dem industriellen Gefängniskomplex formulieren. Es sollte möglich sein, Bewegungen für die Menschenrechte der Gefangenen zu schaffen, ebenso wie überzeugend darzulegen, daß wir nicht neue Gefängnisse, sondern ein Gesundheitssystem, Wohnungen, Bildung, Drogenentzugsprogramme und Arbeitsplätze brauchen. Um eine demokratische Zukunft zu gewährleisten, ist es notwendig und auch möglich, die vielen und immer mehr werdenden Stränge des Widerstandes gegen den industriellen Gefängniskomplex zusammenzubringen, um eine machtvolle Bewegung für soziale Transformation zu schaffen.

Angela Davis, langjähriges Mitglied der KPdUSA, war Anfang der 70er Jahre angeklagt, den Versuch, George Jackson (Black Panther) zu befreien ,unterstützt zu haben. Auch durch eine weltweite Solidaritätskampagne endete ihr Verfahren mit einen Freispruch. Angela Davis hat heute einen Lehrstuhl an der Universität. Der hier leicht gekürzte Artikel erschien zuerst in dem Magazin „ColorLines", Herbst 1998.

(Aus: So oder So. Zeitung für die Internationale Konferenz „Befriedung oder Befreiung?" Nr. 3, Februar 1999. http://www.libertad.de)



Weshalb wir für die Freiheit aller politischen und sozialen Gefangenen kämpfen

aus Gefangenen-Info Nr. 347

In der Februar / März Ausgabe (Nr. 346) widmeten wir uns im Rahmen des 18. März – dem Kampftag der politischen Gefangenen – dem Verhältnis von Klassenkampf und Repression, sowie der Rolle und dem Verhältnis der Gefangenen in den Knasten und der (Soli-) Bewegung draußen. Unseren Fokus legten wir hierbei auf Gefangene, die aus unseren Kämpfen kommen – den politischen Gefangenen. Wir streiften nur oberflächlich die allgemeine Funktion von Knast in der Klassengesellschaft und unser Verhältnis zu sozialen Gefangenen. Mit diesem Beitrag wollen wir ansatzweise versuchen diese Lücke zu schließen. Die Propagierung der Parole „Freiheit alle politischen und sozialen Gefangenen" setzt natürlich eine inhaltliche Klärung darüber voraus, was wir eigentlich damit meinen.

„Scheiße Kontrolleure ... nicht schon wieder Knast"

Wer kennt es nicht: Es ist nicht mal Ende des Monats und du hast keine Kohle mehr. Trotzdem musst du irgendwie dein Überleben sichern und dabei stehst du erstmal alleine da. Du brauchst was zu essen, zu trinken und irgendwie musst du dich auch fortbewegen, wenn du jeden Morgen an deiner lEuro Sklaventätigkeit erscheinen musst. Da werden ganz alltägliche Dinge zu einem Pokerspiel zwischen Überleben sichern und der Gefahr von den Hütern des Kapitals erwischt zu werden. Mit einem mittlerweile unübersichtlichen Stapel von Bußgeld- und Mahnbescheiden, Forderungseinzügen und Ankündigungen von Gerichtsvollziehern im Nacken machst du dich auf den Weg. Schnell den Griff ins Ladenregal, an der Schlange vor der Kasse vorbeidrängeln und ab zur Bahn. 1,60 Euro für eine Stecke? Macht 3,20 Euro hin und zurück. Ist gerade nicht drin. Du gehst rein in die Bahn und ergatterst dir einen Fensterplatz mit Blick auf die Haltestellen. Niemand ist zu sehen. Plötzlich ertönt eine Stimme einer Person in zivil „Zeigen sie ihre Fahrscheine"... Scheiße, das ist jetzt das 3. Mal...

Einige können sich wahrscheinlich nicht vorstellen, was für Konsequenzen dies nach sich ziehen kann. Für viele von uns bedeutet es für eine Weile hinter Gittern zu verschwinden. Der riesige Schuldenberg wird nicht mehr bezahlbar und das, was mensch als „Hilfestellung" kriegt ist die Scheiße abzusitzen. Was einsitzen wegen

„Schwarzfahren" angeht ist Berlin Plötzensee wohl ein Paradebeispiel. Dort sitzen circa ein Drittel aller Häftlinge wegen kostenloser Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ein. Jede/R von uns, welche/R schon mal im Knast gesessen hat, weiß weswegen da Leute einsitzen. Da triffst du Menschen, die wegen dem Diebstahl eines Toastbrotes und einem Glas Würstchen in Untersuchungshaft sitzen, weil sie keinen festen Wohnsitz haben und auf ihren Prozess warten. Unmengen an Gefangenen wegen Geldschulden, Diebstahl und anderen Kleinigkeiten. Doch möchten wir uns an diesen Beispielen nicht festbeisser Sie zeigen auf wie einfach es ist in den Knast zu kommen und welchen Sinn Knast in der kapitalistischen Klassengesellschaft tatsächlich hat. Verweisen die Hüter des Kapitals auf den Zweck der „Resozialisierung" ist es in der Realität ein Mittel der Herrschenden uns davon abtuhalten das zu nehmen was uns zusteht uni durch Enteignung uns das zu holen, was unser Überleben sichert.

Die absolute Mehrheit der Gefangenen sitzt wegen „Eigentumsdelikten" ein

Die Statistik über diejenigen von uns, welche hinter Gittern sitzen, spricht da eine klare Sprache. Die mit großen Abstand grbntums, ihrer Macht und Herrschaft, als auch die Privatisierung von Knasten, um an denen fürs Kapital „Überflüssigen" auch noch kräftig zu verdienen, wie in den USA bereits seit Jahrzehnten praktiziert.

Freiheit für alle sozialen und politischen Gefangenen

Die „Freiheit aller sozialen und politischen Gefangenen" zu erkämpfen ist innerhalb des Kapitalismus nicht möglich. Notwendig ist eine starke revolutionäre Bewegung, welche im Prozess der Zerschlagung des Kapitals die Gefangenen freikämpft. In diesem Kontext ist die Parole „Freiheit für alle sozialen und politischen Gefangenen" eine revolutionäre Losung, die erst mit dem revolutionären Prozess eingelöst werden kann. Denn dieses System braucht die repressiven Mittel wie Knast, wie wir die Luft zum Atmen, es könnte ohne diese gar nicht überleben. Diese Feststellung soll nun aber nicht heißen, dass wir den Kampf für unsere Leute hinter Gittern (sowohl aus unserer Klasse, als auch aus unseren Bewegungen) auf einen fortgeschrittenen Zeitpunkt im revolutionären Prozess vertagen sollten. Sondern vielmehr, dass wir einen langen Atem brauchen und der Kampf für die Freiheit aller sozialen und politischen Gefangenen unweigerlich mit der Organisierung des revolutionären Klassen kam pfes verbunden werden muss. Auch der Knast ist ein soziales Kampfterrain, in welchem in Permanenz Klassenkämpfe stattfinden. Nirgends ist unsere Klasse so konzentriert wie in den Gefängnissen.

Wir müssen eine gemeinsame Grundlage schaffen, durch welche es zum einen möglich wird die Klassenkämpfe innerhalb und außerhalb der Knäste miteinander zu verbinden. Zum anderen müssen diese Grundlagen uns dazu befähigen eine tatsächliche Verbesserung unserer Lebensbedingungen gemeinsam zu erzwingen. Der erste Schritt ist sicherlich sich mit der Situation und den Problemen innerhalb der Knäste auseinanderzusetzen und grundsätzlich die Thematik erstmal zur Kenntnis zu nehmen. Dies richtet sich vor allem an die Linke im Allgemeinen, wobei wir davon ausgehen, dass jener Teil der Linken, welcher aus unserer Klasse kommt,

mit der Problematik Knast vertraut sein dürfte. Es stellen sich jedoch Fragen ganz grundsätzlicher Natur: Wie können wir die Kämpfe der Gefangenen im Knast um besserer Lebensbedingungen und ihre Freiheit unterstützen? Wie können die Gefangenen die Klassenkämpfe draußen unterstützen? Wie müssen wir unsere Strukturen aufbauen, dass sie zum einen die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen innerhalb und außerhalb der Knäste berücksichtigen und zum anderen einen gemeinsamen Organisierungsprozess ermöglichen? Das sind Fragen, die für uns offen stehen und die wir nur gemeinsam mit euch, die in den Knasten sitzen, klären können. Wir hoffen auf eine längerfristige Diskussion, welche erstmal die Basis dafür ist die verschiedenen Überlegungen und Ansprüche zusammen zutragen.

Revolutionäre und kämpferische Grüße in die Kerker des Kapitals! Zusammen kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Freiheit für alle sozialen und politischen Gefangenen – weltweit! Organisieren wir uns!

Redaktion des Gefangenen Infos

Aufstieg der selbstorganisierten Kämpfe von Gefangenen Europas im Jahr 2008

von Anarchist Black Cross Berlin

Wenn wir zurückblickend das vergangene Jahr betrachten, können wir feststellen, dass selbstorganisierte Kämpfe seitens der Gefangenen stark zugenommen haben. In verschiedenen Ländern Europas ist zu beobachten, wie die Unzufriedenheit der Gefangenen zu einer Protestwelle wurde.

Im letzten August hat es den größten selbstorganisierten Kampf von denjenigen, die in deutschen Gefängnissen eingesperrt sind, gegeben. Über 500 Gefangene traten für eine Woche in den Hungerstreik, in Solidarität mit einer Mitgefangenen, Nadine Tribian, die verschiedenen Schikanen seitens der Knastleitung unterworfen war, sowie für bessere Bedingungen in den Knästen. Einen derartig großen und breiten Protest gab schon seit vielen Jahren nicht mehr und er zeigt, dass es auch im Knast möglich und notwendig ist weiterzukämpfen und kämpferische und solidarische Beziehungen gegen die Individualisierung und den Entsolidarisierungsprozess innerhalb der Gesellschaft und ihren Kerkern aufzubauen, anstatt sich der Abstumpfung der Alltäglichkeit der Einsperrung stumm zu unterwerfen.

Die Proteste wurden hauptsächlich von der lv.l., einem Gefangenenverein, und verschiedenen anarchistischen Gefangenen wie Gabriel Pombo da Silva und Jose Delgado (bekannt als die Aachen4 beziehungsweise 2) getragen. Unterstützung gab es auch von Gefangenen in anderen europäischen Knästen. Die Protestaktion wurde draußen von verschiedenen Seiten auf unterschiedliche Art und Weise unterstützt. Seitens des staatlichen Apparates und der Justizministerinnen wurde der Streik totgeschwiegen.

Im November ging es dann weiter, in den griechischen Knästen wurde ein massiver Hungerstreik organisiert, um gegen die unerträglichen Bedingungen zu protestieren und die Solidarität unter den Gefangenen zu stärken. Über 8000 Inhaftierte beteiligten sich an den Protesten, wozu erwähnt werden muss, dass die dortigen Knäste etwa 13.000 „Gäste“ haben. Durch die hohe Beteiligung und das daraus folgende Zeichen der Stärke kann dieser Protest als extrem erfolgreich bezeichnet werden. Auf der anderen Seite der Mauern trugen solidarische Menschen, vor allem Anarchistinnen, ihre flammende Unterstützung auf die Straße, um die Regierung daran zu erinnern, dass es welche gibt, die den Kampf der Gefangenen zu dem ihren machen.

Diese ganze Situation setzte die Regierung dermaßen unter Druck, dass ein Teil der Forderungen durchgesetzt werden konnte. Gefangene, die aufgrund kleinerer Delikte sitzen, sollen nach einem Drittel ihrer Haft entlassen werden, diejenigen mit ernsthaften Krankheiten kommen unter bestimmten Bedingungen frei. Die Untersuchungshaft soll von 18 Monaten auf zwölf verkürzt werden. Dies alles hat zur Folge, dass dem-

nächst mindestens 1500 Gefangene freikommen werden. Allerdings muss angemerkt werden, dass die Situation für den Großteil der Gefangenen unverändert bleibt. Für sie geht das Leiden weiter und Todesfälle bleiben weiterhin eine dramatische, fast tägliche Realität. Trotzdem haben die große Beteiligung und die vielfältige Unterstützung von draußen gezeigt, dass es möglich ist innerhalb eines Kampfes Teilerfolge zu erzielen. Dies bedeutet aber nicht, dass man sich damit zufrieden geben sollte, wobei auch die Gefangenen wissen, dass der Kampf nicht beendet wurde, sondern nur ein kleines Kapitel davon.

Seit dem 1. Dezember 2008 läuft in italienischen Knästen ein gestaffelter Hungerstreik gegen die lebenslängliche Strafe. In Italien ist es möglich, diese ab dem 26. Jahr zu revidieren, wobei allerdings den meisten Gefangenen diese Möglichkeit nicht zugestanden wird, aufgrund der Schwere ihrer Tat (vor allem bei Vereinigungsdelikten wie bewaffneter Kampf und so weiter) und/oder ihres Unwillens zur Kooperation mit den Behörden. Schon im Jahr davor traten über 700 Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik, allerdings blieb ihre Stimme ungehört und sie brachen nach einigen Wochen die Aktion ab. Dieses Mal wurde wieder die Aktionsform des Hungerstreiks gewählt, außerdem gab es eine gemeinsame Beschwerde an das Europäische Parlament über die rechtswidrige Situation innerhalb der Knäste. Am Eröffnungstag beteiligten sich alle, die sich zur Beteiligung entschlossen haben, jetzt befindet sich wöchentlich jeweils eine andere Region im Streik. Am 16. März, wieder ein Tag an dem sich alle beteiligten, endete der Protest vorerst. Über 1000 der insgesamt 1300 Lebenslänglichen sind involviert und erhalten Unterstützung von ihren Angehörigen und anderen solidarischen Menschen draußen. Auch in Italien wird die Solidarität hauptsächlich von den Anarchistinnen sowie einigen Vereinen getragen. Bis jetzt gab es unter anderem mehrere Kundgebungen vor Knästen. Trotz der Proteste schweigt der Staat, genauso wie die Presse und die „demokratischen" Verteidigerinnen des Rechtsstaates.

Die Proteste in diesen drei Ländern zeigen die Bereitschaft der Gefangenen, wieder kollektive Kämpfe zu organisieren, um sich gegen den Staat zur Wehr zu setzen und kollektive Gefühle zu entwickeln. Wie die Situation in Deutschland und Italien zeigt, lässt sich der Staatsapparat aber ohne einen entschlossenen Druck auf der Straße von den Protesten nicht beeindrucken: In Griechenland wurden gerade deshalb Teilerfolge durchgesetzt und nicht durch eine Skandalisierung durch die Medien oder die „Hilfe" der Politikerinnen. Es zeigt sich die Notwendigkeit den Druck zu erhöhen und mit den von Knast Betroffenen gemeinsam gegen die Existenz aller Zwangsanstalten vorzugehen. Denn Knast bleibt keine Lösung für soziale Konflikte, die von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen verursacht werden.

Solidarische Grüße an alle kämpfenden Gefangenen!

MEHR INFOS ZU AKTUELLEN KNASTKÄMPFEN:

www.abc-berlin.net

www.anarcores.blogspot.com (englisch/griechisch)

www.informacarcere.it (englisch)

Aus RoteHilfe 2/2009

"Ich will selbst die Kontrolle über mich und mein Leben haben!"

Eindrücke aus dem Knast

Wir dokumentieren hier einen persönlichen Bericht von einem Gefangenen im Knast in Frankreich. Er berichtet ohne Anspruch auf Vollständigkeit, von den Haftbedingungen, wie er sie erlebt, von der Wirkung der Überwachung, von besonderen Erlebnissen und von der Kraft gegenseitiger Hilfe und Solidarität.

Gottesdienst. Ein großer Raum, „Mehrzwecksaal" genannt, ohne Fenster und mit grauem Stoff an der Decke, den man kaum von dem vielen Staub unterscheiden kann. Dicke, eckige Lüftungsrohre gehen durch den Raum, aber den Lärm der Lüftungsanlage hat man schnell wieder vergessen. An den Wänden einige Stücke naiver Kunst, von Gefangenen gebaut, gebastelt oder gemalt – die bringen etwas Farbe in den Raum. Drei oder vier Stuhlreihen stehen im Halbkreis um den Altar. Etwa vierzig Gefangene sind da: Vorn links sitzen die älteren weißen Männer aus der sogenannten „ Kinderficker- Etage", dann die Schwarzen, die Russen, die Deutschen, die jugendlichen Elsässer. Die größte Gruppe der Gefangenen fehlt hier beim christlichen Gottesdienst: die überwiegend arabischstämmigen Banlieu-Bewohner. Es ist eine der wenigen Gelegenheiten, Gefangene aus anderen Abteilungen zu treffen. Da reicht die Zeit vor und nach dem Gottesdienst nicht zum Quatschen – die ganze Zeit gibt es viel Wichtigeres zu bereden, zumindest unter denen, die sich schon extra in die letzte Reihe setzen.

Die ersten Male habe ich mich noch über die Abwechslung gefreut: ein neuer Raum, andere Menschen, Französisch hören und dabei was lernen. Aber je mehr ich verstehe und je öfter ich in dem fensterlosen Raum mit den Neonröhren an den Wänden sitze, desto mehr kotzt mich alles an. Allein schon, dass ich hier sitzen und zuhören muss. Ich könnte ja auch in der Zelle bleiben, aber dort verbringe ich ja schon zwanzig Stunden am Tag.

Der Pastor sagt, das Gefängnis sei eine Probe, die Gott uns gestellt habe, und dass Gott uns in schweren Zeiten wie dieser am nächsten sei. Als wären es nicht Menschen gewesen, die uns hier hereingebracht haben: Vertreter der Justiz, die seit Sarkozy noch repressiver und rassistischer ist, und überhaupt eine Gesellschaft, der nichts Besseres einfällt, als zehntausende Menschen wegzusperren, statt sich mit wirklichen Problemen und Ursachen auseinander zu setzen.

Wenn ich so darüber grüble und mich ärgere, kann ich mich richtig hineinsteigern und tue damit sicher vielen Christen unrecht. Aber die Rolle der Kirche hier im Knast kann ich nur als Mittel zur Herrschaftssicherung verstehen – die Botschaft: Ihr müsst alles hinnehmen und für eine bessere Zeit beten. Gott will es so, dass ihr arm seid. Hauptsache, ihr tut nichts Verbotenes, auch wenn ihr sonst kaum Chancen habt.

Ich will selbst die Kontrolle über mich und mein Leben haben. Ich will weder von einer Justiz gerichtet, noch von einem Gott „auf die Probe gestellt" werden. Aber was sind denn hier die Möglichkeiten, das eigene Leben in die Hand zu nehmen? Hier, wo alles kontrolliert und Bewegung extrem eingeschränkt wird?

Hungerstreik? Führt wahrscheinlich zur Zwangsernährung und schwächt den Körper noch mehr, als es der Bewegungsmangel schon macht. Sogar die Kontrolle über den eigenen Körper könnte man dadurch noch verlieren.

Aufstand? In einem anderen Knast haben sich die Gefangenen neulich geweigert, nach dem Hofgang wieder in die Zellen zu gehen. Nach wenigen Stunden kamen die Spezialbullen von der Knastaufstands-Bekämpfungs-Einheit „Eris" und prügelten alle rein. Die angeblichen Anführer wurden verlegt oder kamen in den „Bunker" (d.h. Einzelhaft in einem feuchten Keller für eine bestimmte Zeit). Ausbruch? Mauern, Zäune, NATO-Draht, Kameras, Wachtürme – so viele Hindernisse, dass es aussichtslos erscheint…

Der Gottesdienst ist vorbei und ich schrecke hoch aus meinen Grübeleien. Wir quatschen noch ein bisschen, aber bald müssen wir raus. Auf dem Weg zurück in die Zelle gibt es vier Gittertü-

ren zu überwinden: Vor jeder Tür steht man eine Weile, manchmal muss man vor einer Kamera herumfuchteln, bis in einer unsichtbaren Zentrale jemand auf einen Knopf drückt und sich die Tür mit einem metallenen Knacken entriegelt. Auf der heimatlichen Etage wartet die Schließerin oder der Schließer des Tages und schließt uns ein. Am Anfang habe ich oft „Danke" gesagt, ohne darüber nachzudenken, als würde mir jemand aus Freundlichkeit die Tür aufhalten. So schnell war es „normal", eingeschlossen zu werden. Oder so sehr habe ich mir vielleicht eine gewisse „Normalität" gewünscht, die sich in so kleinen Gesten ausdrückt. Auf einer Augenhöhe sein, sich gleichberechtigt gegenüberstehen – Tür aufhalten – "Danke!"

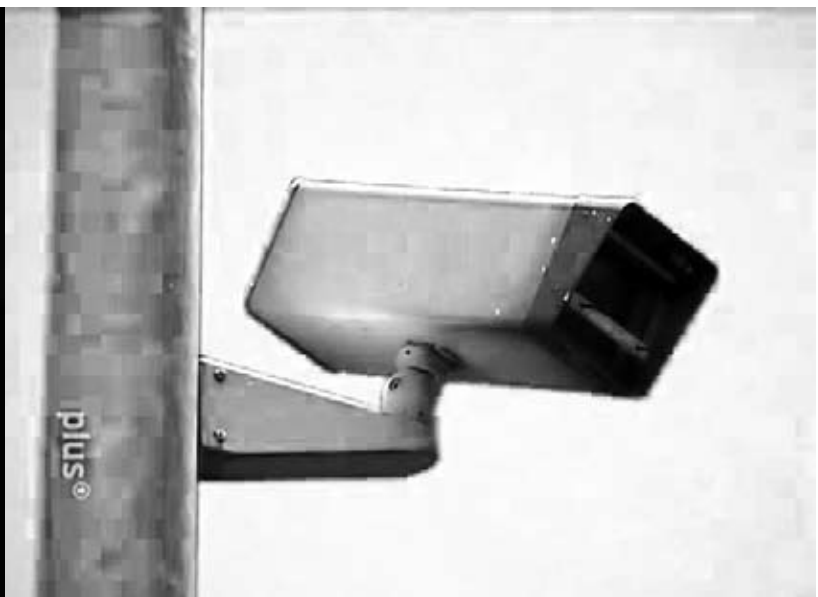
Wieder in der Zelle. Zwei Menschen auf acht Quadratmetern, zwanzig Stunden am Tag. Essen, Toilette, Sport, Lesen, Schreiben, Wäsche waschen, Schlafen, alles auf diesen acht Quadratmetern. Zwei Meter breit, vier Meter lang. In der Tür ist ein kleines Guckloch, in dem abends in regelmässigen Abständen ganz kurz das Auge eines Schließers auftaucht. Am anderen Ende der Zelle ist das Fenster, gross und breit, mit doppeltem Gitter. Ein grobes Gitter, ungefähr so, wie man es sich vorstellt. Davor ist noch ein feineres, engmaschiges Gitter, durch das man gerade so zwei Finger hindurchstecken kann. Wenn man zur Tür hereinkommt, sind rechts zwei Schränke, auf der linken Seite Waschbecken und Klo. Eine Wand aus Glassteinen schirmt die Toilette optisch ab vom Doppelstockbett aus Metall. Zwei kleine Tische, zwei Stühle, ein Fernseher. Mehr passt auch gar nicht in die Zelle.

Mein Mitbewohner ist nett, ich mag ihn sehr. Oft ist es schön, zu zweit zu sein. Gemeinsam essen, über Gott und die Welt reden, sich austauschen über Briefe und anderes, lästern über die Justiz oder rumblödeln… Aber zwanzig Stunden am Tag? Nur wenn wir beide im Bett liegen, sehen wir uns nicht, oder wenn einer von uns auf der Toilette sitzt. Jede Bewegung des anderen kriegt man mit. Man kann kaum weggucken, man muss sich fast schon beobachten. Nur selten bin ich mal allein, und nie länger als zwei Stunden. Dann merke ich erst wieder etwas, das ich sonst verdränge. Dass man sich des Alleinseins hier nie sicher sein kann. Ständig höre ich Schritte und Schlüsselklappern auf dem Flur oder das Klappern und Quietschen der Gittertür, die zum Treppenhaus führt. Unvermittelt steht ein Schließer in der Zelle, um das Gitter zu kontrollieren oder Briefe zu bringen. Man kann einen Zettel mit der Aufschrift „Toilette" unter der Tür hindurchschieben, dann kommt erst mal niemand rein, oder klopft wenigstens.

Natürlich denke ich über die Überwachung und Kontrolle nicht die ganze Zeit nach. Ich vergesse es einfach, verdränge es, es ist Alltag geworden, „Normalität" Es fühlt sich dann auch nicht besonders schlimm an, hier zu sein. Wahrscheinlich ist die Verdrängung ein wichtiger Selbstschutz – würde ich immer an die Überwachung denken, wäre ich vielleicht schon verrückt geworden.

Wie viele andere Menschen, die in Zwangsverhältnissen stecken, tröste auch ich mich damit, dass alles noch viel schlimmer sein könnte. Das stimmt ja auch, immerhin haben wir genug zu essen, ein Dach über dem Kopf, es ist mehr oder minder sauber, es gibt ein paar Aktivitäten, wie Sport und Schule,… Vielen Menschen auf der Welt geht es weitaus beschissener auch außerhalb von Knästen. Aber das ist natürlich kein Grund, sich mit schlechten Verhältnissen abzufinden.
Mit die schönsten Dinge sind die Briefe. Manchmal mit Bildern und Fotos, aber vor allem mit Geschichten, mit Infos, mit Fragen, oft voll Rückhalt, Vertrauen, Liebe. Das hilft sehr, genauso das Antworten. Zum Glück habe ich viele schöne Erinnerungen, viele Menschen, an die ich gern denke. Ideen für die Zukunft. Bücher und Zeitschriften sind auch sehr wichtig für mich: viele Anregungen und Ideen zum „Weltverändern", Bücher, die ich schon lange lesen wollte, und ein Thema, das erst hier interessant geworden ist: das Wegsperren von Menschen.

Ein Knacken im Lautsprecher über der Tür: „Für den Hofgang bitte Knopf drücken!" Manchmal ist die Stimme kaum zu verstehen, aber es gibt kaum andere Durchsagen. Einer von uns beiden springt auf und drückt auf den Knopf, draußen über der Tür geht eine rote Lampe an. Wir machen uns schnell fertig: Man weiß nicht, wie schnell sie kommen. Oft sitzen wir noch lange herum, bevor es wirklich los geht. Auf dem Flur müssen wir neben den Türen an der Wand warten. Nach ein paar Minuten heißt es „Los!". Händeschütteln auf



dem Gang mit Freunden und Bekannten: „Hallo, wie geht`s?"– „Geht so. Und dir?"– „Ja, wie immer halt. Normal."… Es geht in der Meute die Treppe hinunter, gefolgt von den Wächtern. Unten durch einen Metalldetektor und ins Freie. Zwischen Mauern mit Stacheldraht gehen wir durch einen Gang zu den Höfen. Links ist „unser" Hof. Wenn alle drin sind, wird die Tür abgeschlossen – erst nach etwa anderthalb Stunden geht sie wieder auf. Unser Hof hat eine Wiese, noch ist sie grün. Eine Runde auf dem Schotter dauert ungefähr hundertfünfzig Schritte: Fünfzig, fünfundzwanzig, fünfzig, fünfundzwanzig, dann wiederholt es sich. An der Seite steht ein Blechdach zum Schutz vor Sonne und Regen, gestützt auf Betonsäulen. Ein Wasserhahn an der Wand tropft immer.

Auf dem Weg zum Gulli ist etwas entstanden, das wir unser Feuchtbiotop nennen. Immerhin eine kleine Abwechslung: einmal pro Runde der Schritt über den kleinen Wasserlauf. Zeitungen fliegen umher oder vermodern langsam im Wasser. Mülleimer gibt es nicht.

Die Betonmauer rund um den Hof ist etwas über zwei Meter hoch, darauf sind noch mal knapp zwei Meter Zaun, mit einem Überhang zu unserer Seite. An diesem Überhang hängt sogenannter NATO-Draht, das sind Stacheldrahtrollen von etwa achtzig Zentimetern Durchmesser. Die Metallbänder darin stehen unter Spannung und sind besetzt mit kleinen Klingen und Widerhaken.

Auf drei Seiten überragt das Hauptgebäude des Knastes die Mauern. Ein fünfstockiger Betonklotz in Plattenbauweise, der vom Hof wie eine Festung aussieht. Über der Mauer an der vierten Seite des Hofes thront ein Wachturm. Oft klettern Gefangene soweit an der Mauer hoch, dass sie auf einen der anderen Höfe hinübergucken und -brüllen können. Der Wächter im Turm ignoriert das meistens, aber manchmal wird derjenige auch rausgeholt. Über den Höfen sind Drahtseile gespannt, um Befreiungen per Hubschrauber zu erschweren.

Manchmal ist es schön, den Himmel zu betrachten: vorbeiziehende Wolken, Sonne, ein paar Vögel. Wenn es mal regnet, dann ist das auch ein richtiges Erlebnis. Irgendwie eine Art Beweis dafür, dass wir noch auf der Welt sind. Wenn ich die Regentropfen spüre, merke ich, dass dieses seltsame Raumschiff, dieser von der Außenwelt abgeschnittene Knastkomplex, doch auf der Erde steht…

Wenn ich auf dem Hof herumgehe, kommt es mir vor, als wäre ich in ein Zeitloch gefallen, als ich hierherkam. Die ersten Tage vor drei Monaten scheinen eine Ewigkeit her zu sein. Andererseits hat sich seitdem kaum etwas geändert. Was passiert ist, das Wenige, das aus dem Alltag herausragt, lässt sich kaum zuordnen: Es könnte gestern gewesen sein, letzte Woche oder vor einem Monat. Und auch morgen, nächste Woche oder nächsten Monat wird nicht viel anderes passieren. Die einzelnen Tage vergehen meistens schnell, schnell ist auch wieder eine Woche um. Aber es ist nur eine von vielen, die schon vorbei sind und die noch kommen.

Auf dem Hof sind mal zwanzig Gefangene, mal vierzig. Sie stehen herum, rauchen, quatschen, sitzen unterm Blechdach oder auf der Wiese, spielen Schach oder Karten oder gehen im Kreis, die hundertfünfzig Schritte weit, immer rechts herum. Selten geht jemand in die andere Richtung, und auch nur, wenn nicht so viele andere unterwegs sind, damit man sich nicht ständig ausweichen muss.

Eine Gruppe, die in der Ecke stand, hat mich einmal darauf angesprochen: „Hier geht man so lang rum, du gehst falsch rum", erklärten sie mir. Ich konnte es kaum glauben. „Das ist gut für den Kopf, mal was anderes zu machen", versuchte ich zu erklären. Weiß aber nicht, ob sie es verstanden haben.

Plötzlich ist es mitten am Nachmittag ganz dunkel geworden in unserem Zimmer (so nenne ich die Zelle oft, um es mir selber schön zu reden). Wir sind im obersten Stockwerk und durch das Gitter kommt eigentlich eine Menge Licht. Aber diesmal ist es plötzlich dunkel. Riesige schwarze Wolken sind aufgezogen und mit einem Mal platzen sie. Der Regen prasselt auf den Hof und wird an die Mauern gepeitscht, es blitzt und donnert. Wir drücken die Nasen gegen das Gitter, um das Spektakel zu beobachten. Hunderte Zellenfenster schauen von drei Seiten auf den gleichen Hof. Jedes Fenster liegt in einer Art Nische – das lässt die Fassade so aussehen wie eine riesige Bienenwabe aus Beton. Durch diese Architektur sind die Fenster voneinander getrennt und man muss sehr laut brüllen, um sich von Fenster zu Fenster zu verständigen zu können.

Die Stimmen werden vom Echo verzerrt und erzeugen eine ganz eigenartige Atmosphäre. An diesem Nachmittag platzt nicht nur der Himmel und ein gewaltiges Gewitter bricht los. Es erhebt sich auch ein wildes Heulen aus dutzenden Kehlen, das immer stärker wird, immer mehr Gefangene steigen mit ein. Manche klingen wie Hirsche, Bären oder Wölfe, andere schreien „Ajajaj!", oder man kann sie einfach nicht beschreiben.

Unter anderen Umständen hätte ich vielleicht peinlich berührt beiseite geguckt, wenn ich jemanden so schreien gehört hätte. Aber diesmal würde ich am liebsten selber schreien, anschreien gegen das Gewitter und gegen den Knast. So vieles klingt da mit in diesem Gebrüll: Verzweiflung; Wut; Lust am Leben; der Wunsch, sich frei bewegen zu können; der Hass auf den Knast, auf die Justiz und auf alles, was uns hierher gebracht hat. Die Sehnsucht nach Menschen, die wir nicht sehen dürfen.

Vor allem spüre ich eine Verbundenheit. So ein Gefühl, mit all den anderen, die da schreien oder nur stumm lauschen, im selben Boot zu sitzen, das gleiche Schicksal zu teilen, Ähnliches zu fühlen. Der Regen prasselt und schlägt gegen die Mauern, Blitze zucken, Donner rollen, die Stimmen überschlagen sich, Menschen trommeln an die Gitter oder hämmern auf die Heizungsrohre…

Ein paar Freunde, mit denen man über fast alles reden kann, sind echt was wert, gerade hier im Knast. Immer dieselbe Handvoll Menschen kann einem auch mal auf den Keks gehen, das ist ja kein Wunder. Aber ohne Freunde hier wäre es schlimm, ich will es mir gar nicht vorstellen. Wir quatschen viel, machen zynische Witze über die Justiz und tauschen Neuigkeiten aus, spielen Doppelkopf, führen Smalltalk mit anderen Gefangenen und geben uns Süßigkeiten oder Briefmarken weiter. Manchmal reden wir auch über Pläne für die Zukunft, das macht Freude: Reisen, in die Berge oder ans Meer. Freundinnen und Freunde wiedertreffen. Durch die Stadt oder durch den Wald spazieren und immer weitergehen können – ohne Mauern, ohne Stacheldrahtrollen. Auch grössere Pläne kommen vor: Wie kann der Weg in eine Gesellschaft aussehen, in der Knäste überflüssig sind? In der Menschen ihre Interessen und Fähigkeiten ausleben und einbringen können und die Bedürfnisse von allen bestmöglich befriedigt werden? Eine Gesellschaft, in der Menschen ihr Leben selbst gestalten und mitbestimmen können, was um sie herum passiert? …

Einiges hätte ich noch zu erzählen, zum Beispiel vom ersten Mal auf dem Sportplatz, nach knapp einem Monat im Knast: weiter Blick, weiter Himmel, der mönströse Knastkomplex hundert Meter weit weg, am Rand Blumen und hohes Gras…

Oder von der Zwiespältigkeit der Besuche könnte ich erzählen: Freude und Aufregung, Verbindung nach draußen, Kraft und Mut, aber auch viel Sehnsucht, hinterher, wenn mir alles dort draußen noch weiter weg vorkommt, was für zwei Stunden plötzlich so nah war.

Wenn ich noch einmal lese, was ich geschrieben habe, merke ich, wie viel fehlt. Es ist ja auch klar, dass sich monatelanges Knastleben nicht auf wenigen Seiten vollständig beschreiben lässt. Meine Stimmung geht auf und ab und dabei ändern sich auch meine Gedanken und Einschätzungen. Mehr als ein paar kleine Einblicke in mein persönliches Erleben kann ich hier nicht geben. Vor allem bin ich mir nicht sicher, ob deutlich wird, wie wichtig gegenseitige Hilfe und Vertrauen sind und die Solidarität untereinander und von außen. Es ist gut und wichtig zu wissen, das ich hier nicht vergessen werde, das wir nicht allein sind. So unterstützt kann man schon einiges durchstehen.

Neulich beim Hofgang war da mal ein bunter Haufen Leute auf einem Dach gleich hinter der Knastmauer. Sie haben gewunken und gerufen, ein Transparent ausgerollt und Sprechchöre gebrüllt – es war Wahnsinn. Ich wusste gar nicht, was ich machen sollte, außer ein bisschen winken. Da waren plötzlich Menschen von draußen, gar nicht weit weg von uns und von allen drei Höfen auf dieser Seite des Knastes gut zu sehen. Auf dem Hof gerieten alle in Aufregung, brüllten herum und versuchten, das Transparent zu entziffern. Nach einer Viertelstunde war der Spuk schon wieder vorbei, die Leute auf dem Dach winkten ein letztes Mal und gingen nach Hause. Aber die Erinnerung daran ist noch lebendig.

von: breakout.blogsport.de

Mythen der Migration

„Menschlichkeit ist der wichtigste Eckstein modernen europäischen Grenzmanagements." *Frontex General Report 2008*

Es war Nacht in Mali, eine Januarnacht, als sich die Nachricht in Windeseile verbreitete. Zuerst blinkten die Displays der Mobiltelefone bei den Aktivisten in Bamako, der Hauptstadt am Niger, dann sprang die Meldung über in die Diaspora, wanderte als Shortmessage durch die überfüllten Wohnheime der afrikanischen Migranten in den Vorstädten von Paris. Keine Unterschrift!, lautete die Nachricht; wer sie erhielt, wusste, was gemeint war. Malis Regierung würde sich am nächsten Tag weigern, mit Frankreich eine sogenannte Einwanderungsvereinbarung zu unterzeichnen. Es ist die vierte Weigerung in Serie; die französische Delegation in Bamako wirft die unterschriftsreifen Dokumente zurück in ihre Koffer.

Auf dem Gebiet der internationalen Migration, ihrer Bekämpfung oder vermeintlichen Steuerung ist die Sicht selten klar; sie wird behindert durch Mythen, Legenden, falsche Annahmen, und obendrein sagen die herrschenden Worte, die Worte des Nordens, selten das, was sie meinen. Die Vereinbarung also, die in Bamako scheiterte, handelte nicht von Einwanderung, sondern von ihrer Verhinderung. Sie sollte Ausweisungen erleichtern und die moralische Verantwortung dafür auf die Seite der Malier abschieben. Die eigenen Bürger zurückzunehmen wie irrtümlich versandte Pakete, dagegen hatte Malis Zivilgesellschaft monatelang agitiert. Zuletzt fürchtete Präsident Amadou Toumani Touré, einst ein Geburtshelfer der Demokratie, den Gesichtsverlust im eigenen Land und bei den vielen Maliern im Ausland. In der globalen Migrationspolitik ist die malische Rochade eine Ausnahme. Es ist nicht üblich, den Ansinnen des Nordens die Stirn zu bieten; die afrikanischen Regierungen lavieren eher, reden im eigenen Land und im Norden oft mit zweierlei Zunge.

Sieben afrikanische Länder haben sich bereits auf bilaterale Vereinbarungen mit Frankreich eingelassen, darunter Tunesien, Senegal, Gabun, Benin und die Demokratische Republik Kongo. Auch das störrische Mali bleibt als "strategisches Teilstück" auf der Pariser Agenda, nicht zuletzt wegen des malischen Reisepasses: Er erlaubt in der Tradition westafrikanischer Freizügigkeit die visumfreie Einreise in zahlreiche Länder der Region, auch nach Algerien und Mauretanien, die als Transitländer gelten. Der malische Pass wird gern von Schleppern gefälscht, doch auch unverfälscht sind Freizügigkeit und Mobilität in Afrika das Letzte, was Europa gebrauchen kann.

Offener als andere Regierungen zeigt die französische bereits im Namen des federführenden Ministeriums die europäische Marschrichtung an: "Ministerium für Einwanderung, Entwicklungshilfe und nationale Identität". Die hergebrachte Gleichung des alten Kontinents, "wenig Einwanderung gleich viel nationale Identität", wird seit drei Jahren angereichert durch eine Mathematik subtiler Erpressung: Entwicklungshilfe als Lohn für Wohlverhalten, genauer gesagt: als Judaslohn für eine Kooperation, die weite Teile der Bevölkerungen des Südens als gegen ihre Interessen gerichtet empfinden.

Wie ein Symbol für leere Versprechen steht in Bamakos modernstem Stadtteil ein rosafarbenes Gebäude: ein Pilotprojekt der Europäischen Union, das erste "Zentrum für Information und Migrationsmanagement"(1) auf afrikanischem Boden. Völlig von der EU finanziert, handele es sich gleichwohl, so wird versichert, um eine "rein malische Einrichtung", deren Aufgabe indes in Brüssel definiert wurde: "Die legale Einwanderung nach Europa erleichtern, indem es die illegale Immigration eindämmt." Nicht jeder in Afrika ist mit dieser orwellschen Diktion vertraut; für einen Moment kam vor der Einweihung im Oktober 2008 das heitere Missverständnis auf, Brüssel eröffne ein Jobcenter in der Sahelzone.

Die griffige Formulierung von der Festung Europa ist ihrerseits zum Mythos erstarrt. Die Metapher hat sich überlebt, sie ist zu harmlos. Europa hat keineswegs defensiv seine Brücken hochgezogen. Was einst Grenzschutz hieß, ist heute territorial entgrenzt; das sogenannte integrierte Grenzmanagement findet weit im Vorfeld Europas statt. Wie Deutschlands Interessen bekanntlich am Hindukusch verteidigt werden, so werden Europas Grenzen am Niger und Kongo geschützt.

Die neue Migrationspolitik ist komplex, sie bietet neben polizeilich-militärischen Maßnahmen ein Instrumentarium für Belohnungen und Bestrafungen: Entwicklungsgelder, Entschuldung, Fischereiabkommen, kontingentierte Aufenthaltsgenehmigungen. Aus dem Versuch der Migrationssteuerung entwickelt sich eine neue globale Strukturpolitik, diktiert von den Interessen des Nordens. Ein bemerkenswert ambitioniertes Unterfangen zu einem Zeitpunkt, da sich gerade eine multipolare Welt herausbildet.

Nord- und Westafrika sind allmählich überzogen von einem schwer zu überblickenden Geflecht von Abkommen. Sie wurden bisher meist bilateral abgeschlossen von Italien, Spanien, Frankreich und eilen einer gemeinsamen EU-

Politik voraus. Dabei geht es längst nicht nur um klassische Abschiebung: Die sieht hässlich aus und funktioniert oft nicht.(2) Besser ist, es gar nicht so weit kommen zu lassen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex hat 2008 bei ihren sogenannten Hera-Operationen nach eigenen Angaben 5 969 Migranten, die zu den Kanarischen Inseln unterwegs waren, zurückgescheucht beziehungsweise eskortiert. Den Ablauf berichtet Frontex so: Aufgrund von Abkommen, die Spanien mit Senegal und mit Mauretanien geschlossen hat, seien die Boote der "would-be immigrants" ab einer bestimmten Distanz von der afrikanischen Küste "umgeleitet" worden. Verantwortlich dafür sei stets ein senegalesischer beziehungsweise mauretanischer Beamter an Bord des Frontex-Schiffs gewesen.(3)

Klarer gesagt: Afrikanische Bürger werden von ihren eigenen Staaten an der Ausreise gehindert, nicht nur auf See. Algerien hat in sein Strafrecht bereits das Delikt "illegale Ausreise" eingeführt. In Ägypten sitzen zahlreiche junge Leute im Gefängnis wegen des Versuchs "illegaler Ausreise" oder der Anstiftung dazu. Immer mehr Staaten werden gedrängt, ein Delikt einzuführen, das der Westen einst als Inbegriff des Unrechtsstaats geißelte: die "Republikflucht".

In Nord- und Westafrika führt diese Politik bereits zu tiefgreifenden Verwerfungen. Sie zielt auf die Abschaffung regionaler Reisefreiheit, kriminalisiert jahrhundertealte Traditionen von Arbeitswanderung und schürt Spannungen zwischen Staaten.

Dabei ist Afrika, trotz der dramatischen Bilder und der höchsten Zahl Verunglückter, keineswegs die wichtigste Quelle irregulärer Zuwanderung nach in Europa. Dieser Befund der International Organisation of Migration wird durch jüngste Zahlen von Frontex(4) gestützt. Im vergangenen Jahr wurden annähernd gleich viele irreguläre Grenzübertritte an der Seegrenze wie an der Landgrenze der EU entdeckt, und zwar besonders viele an den griechischen Grenzen mit der Türkei und mit Albanien. Und in Spanien, dem europäischen Land mit der vermutlich höchsten Quote irregulärer Arbeitskräfte, sind die meisten Migranten auch nicht aus Afrika gekommen, sondern mit einem Touristenvisum aus Lateinamerika.

Trotzdem hat die irreguläre Einwanderung nach Europa im öffentlichen Bewusstsein ein schwarzes Gesicht. Auf Lampedusa findet der Mythos von der großen Migrantenflut sein mediales

Abbild - den Notstand, den die immer weiträumi- gere Grenzverteidigung wissentlich herbeigeführt hat. Erst wurde die Gibraltar-Route verriegelt, dann die Überfahrt zu den Kanarischen Inseln so erschwert, dass die Migranten immer gefährlichere Routen in immer kleineren Booten wagten. Nun bleiben als Nadelöhr Italien und Malta.

Die Zukunft europäischer Flüchtlingspolitik im Mittelmeerraum ist fern der Kamerapulks zu besichtigen. Der arabische Norden Afrikas soll uns die Schwarzafrikaner vom Hals halten; Mauretanien, Marokko, Tunesien, Algerien, Libyen werden Europas Cordon sanitaire (Sicherheitsgürtel). Eine soziale Hierarchisierung nach einem altbekannten Farbmuster.

In Mauretanien ist dieses Farbmuster noch sehr gegenwärtig: Die Gesellschaft ist wie keine zweite in Afrika von den Traditionen der Sklaverei geprägt; zwischen den hellhäutigen Mauren und ihren (einheimischen) schwarzen Mitbürgern verläuft ein tiefer Graben. Gerade begann sich das zu ändern, mauretanische Menschenrechtler haben den Kampf gegen den hausgemachten Rassismus aufgenommen. Doch nun sind es die Europäer, die von den Mauretaniern verlangen, Jagd auf Schwarze zu machen. Wer schwarz ist, ist verdächtig, ein Migrant zu sein. Paradoxerweise ist die Einreise eines Schwarzafrikaners nach Mauretanien jedoch legal, als Gastarbeiter ist er sogar erwünscht.

Das riesige dünn besiedelte Mauretanien haben Afrikaner immer schon arbeitssuchend durchwandert. Transitland oder Zielland, das sind Kategorien der Migrationsbekämpfer; die Lebenswirklichkeit hält sich nicht daran. Im subsaharischen Afrika gelten 17 Millionen Menschen als Migranten, doch sind die meisten nicht unterwegs nach Europa. In Westafrika leben 7,5 Millionen Menschen in Ländern, in denen sie nicht geboren sind.(5) Viele Menschen zirkulieren für eine unbestimmte Dauer in einem bisher frei zugänglichen Territorium, sie folgen einer inneren "Migrationskarte", die sich aus den Berichten anderer Wanderarbeiter ständig aktualisiert. Es spricht viel für die Annahme, dass Europa die Summe solch millionenfacher Entscheidungen niemals wird "steuern" können.

Weil die globale Migration so komplex ist, wird die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise sie kaum nachhaltig reduzieren. Einige schätzfreudige Experten prophezeiten jüngst bereits ein Minus von 30 Prozent. Aber wer seit Jahren unterwegs ist, dreht nicht mitten in der Sahara um. Die Krise schickt Migranten dort nach Hause, wo Freizügigkeit noch möglich ist oder wo sie direkt vertrieben werden. Für viele andere wirkt hingegen der sogenannte Sperrklinken-Effekt: Wer weiß, dass er die Grenzbarriere kein zweites Mal wird überwinden kön-

nen, klammert sich um jeden Preis am Migrationsland fest. Mittlerweile nimmt auch die Weltbank an, die Transferzahlungen würden nicht in jenem Maße sinken wie zunächst prognostiziert.

Die moralisch wirkmächtigste aller Migrationslegenden trat über Jahre im schmucken Gewand der Humanität auf: Es gelte, die wahren Asylsuchenden zu erretten aus der Flut von Wirtschaftsflüchtlingen. Wer illegale Migration bekämpfe, helfe jenen, die als politisch Verfolgte wirklich des Schutzes bedürften. Das Gegenteil ist wahr. Die Bekämpfung der Zuwanderung hat Asylrecht und Flüchtlingsschutz vielerorts außer Kraft gesetzt.

Auf hoher See, so die Rechtsauffassung von Bundesinnenministerium und Frontex, fände die Genfer Flüchtlingskonvention per se keine Anwendung. Boote im Mittelmeer können deshalb pauschal gestoppt und zum Ansteuern einer Nicht-EU-Küste gezwungen werden. Wer in einem wackligen Boot sitzt, ist per Definition kein Asylbewerber.

Die meisten derer, die auf Malta ankommen, beantragen Asyl. Das sind vor allem Eritreer und Somalier. Dennoch werden auf Malta alle Ankömmlinge unterschiedslos eingesperrt, bis zu 18 Monate. Selbst Traumatisierte kommen oft erst nach einem halben Jahr aus den überfüllten Internierungslagern heraus, von denen eine UN-Komission sagt, die Zustände gefährdeten die geistige Gesundheit der Insassen. Am Ende der Tortur erweist sich, dass viele Eingesperrte wirklich schutzbedürftig waren: 60 Prozent der Asylsuchenden erhalten zumindest den UN-Flüchtlingsstatus.

Am schlimmsten ist es in Libyen. Von Oberst Muammar al-Gaddafi wurde das Land einst für ganz Afrika geöffnet, heute ist es gespickt mit sogenannten Auffanglagern. In Libyen treffen sich fünf Migrationsrouten; das bewog die Berlusconi-Regierung schon 2003, bevor die Sanktionen gegen Libyen fielen, zum ersten Abkommen mit Gaddafi.

In dem italienischen Dokumentarfilm "Come un uomo sulla terra" (Wie ein Mensch auf der Erde) berichten äthiopische und eritreische Flüchtlinge, was bisher nur aus zweiter Hand bekannt war: Die Offshore-Lösung europäischer Migrationsbekämpfung wird mit schweren Menschenrechtsverletzungen bezahlt.

Im Norden Libyens, in Tripolis oder Bengazi aufgegriffen, werden Flüchtlinge wie Vieh in unbelüfteten Containern 1 500 Kilometer durch die Wüste nach Kufrah transportiert; die Reise dauert zwanzig Stunden, der stockdunkle Container heizt sich auf wie ein Ofen, es gibt keinen Halt und kein Wasser, alle sitzen in Erbrochenem, Kot, Urin, Kinder schreien bis zur Erschöpfung. Nach Monaten der Haft in Kufrah werden sie dann von der libyschen Polizei an die Grenze zum Sudan gebracht - genauer gesagt: Sie werden in einem eingespielten Deal für 20 bis 30 Euro pro Kopf an sudanesische Schlepper verkauft, die den Flüchtlingen gegen etwa 500 Dollar helfen, zurück an die libysche Küste zu kommen. Dort wieder verhaftet geht es zurück nach Kufrah - und so weiter. Manche wurden fünfmal, siebenmal hin und her transportiert, bis ihnen endlich die Flucht nach Italien gelang.

Die Behauptung, in Libyen werde gefoltert, hätte früher kaum einen europäischen Politiker zum Widerspruch gereizt. Nun muss man es so formulieren: Die EU ermuntert zur Folter.

Auf welcher Bedrohungsanalyse basiert eine Politik, die ein humanitäres Desaster für einen akzeptablen Preis hält?

Die EU-Kommission arbeitet offiziell mit einer Ziffer von 4,5 bis 8 Millionen Illegalen in der EU. Wissenschaftler am Hamburger Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) haben sich die Mühe gemacht zurückzuverfolgen, auf welchen Quellen die behaupteten 8 Millionen basieren. Die Beweiskette sah so aus: Ein Arbeitspapier der Kommission von 2007 berief sich auf die Studie einer Unternehmensberatung, diese berief sich auf eine irische Stiftung, und diese wiederum berief sich auf einen Artikel in Le Figaro aus dem Jahr 2004.

Wie viele irreguläre Migranten aus welchen Ländern sich mit welchen Absichten wo in Europa aufhalten - über all das weiß man erstaunlich wenig. Es gibt nur Schätzungen, oft waghalsige, die auf immer mehr EU-Mitgliedstaaten hochgerechnet werden.

Ein internationales Forscherteam, federführend dabei das HWWI, sucht nach einer solideren Grundlage. Im Rahmen des "Clandestino"-Projekts(6) haben Wissenschaftler aus sechs EU-Ländern bisher die Daten aus zwölf EU-Mitgliedstaaten untersucht und wissenschaftlich bereinigt. Für die Gesamt-Union sind so erstmals Schätzwerte mit transparenten Quellen entstanden. Sie liegen unter den offiziell genutzten Zahlen, beziffern die Irregulären zwischen 2,8 und 6 Millionen. Dies wären 0,5 bis 1,5 Prozent der registrierten EU-Bevölkerung. In Deutschland ist die Datenlage besonders schlecht; die Clandestino-Forscher versuchen nun zumindest für eine einzige Stadt, Hamburg, zu besseren Näherungswerten zu gelangen. Da Deutschland mit seinen 82 Millionen Einwohnern rund ein Sechstel der EU-Bevölkerung stellt, tra-

gen die hiesigen Unklarheiten viel zum unklaren Gesamtbild bei.

Die Clandestino-Forschung wird von der Europäischen Kommission finanziert, doch von der Mahnung der Forscher zur Besonnenheit lässt sich die Exekutive nicht aufhalten. In Deutschland wurde jüngst der kabinettsreife Entwurf einer "Visa-Einlader- und Warndatei" erst nach kirchlichen Protesten zurückgezogen. Wer einen visumpflichtigen Gast einlädt, sollte als potenzieller Schleuser zentral gespeichert werden.

Gepflegte Erschütterung und falsche Vorstellungen

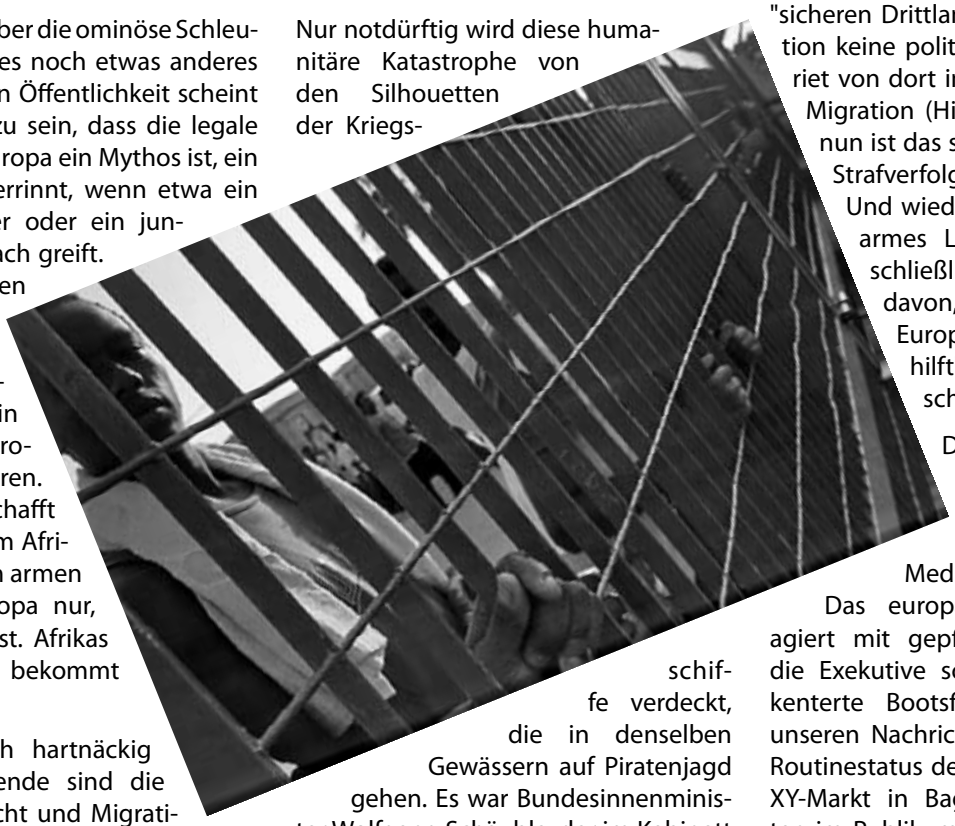
In der Debatte über die ominöse Schleuserdatei fiel indes noch etwas anderes auf. Der hiesigen Öffentlichkeit scheint nicht bekannt zu sein, dass die legale Einreise nach Europa ein Mythos ist, ein Trugbild, das zerrinnt, wenn etwa ein junger Afrikaner oder ein junger Araber danach greift. In weiten Teilen dieser Welt ist es nahezu unmöglich geworden, sich für ein Visum nach Europa zu qualifizieren. Allein Geld schafft Vertrauen. Einem Afrikaner aus einem armen Land traut Europa nur, wenn er reich ist. Afrikas Dekadenz, sie bekommt ein Visum.

Nach einer sich hartnäckig haltenden Legende sind die Folgen von Flucht und Migration "the white man's burden". Die progressive Version geht so: Der Zustrom vor allem aus Afrika sei als Strafe für den Kolonialismus zu akzeptieren.

Doch wer in Afrika flieht oder migriert, bleibt meist in Afrika(7). Allein in der Republik Südafrika halten sich laut Schätzungen des nationalen Innenministerium 7 Millionen "Illegale" auf, davon sind 3 Millionen aus Simbabwe. Südafrika beherbergt mit seinen 47 Millionen Einwohnern also ungefähr so viele Irreguläre wie die gesamte Europäische Union. Was sagte doch der italienische Innenminister über die 31 000 Ankömmlinge im Jahr 2008 auf Lampedusa? "Wir müssen ihnen sagen, dass in Europa kein Platz mehr ist."

Viel mehr Bootsflüchtlinge als auf Lampedusa kamen im armen Jemen an: 51 091 Menschen waren es im vergangenen Jahr, allein in den ersten drei Monaten diesen Jahres(8)waren es schon fast 20 000. Täglich versuchen Verzweifelte aus dem zerfallenden Somalia die gefährliche Überfahrt, täglich fahren Betreuer im Jemen die Strände ab und begraben angeschwemmte Tote. Der Golf von Aden hat vermutlich schon die Leichen von mehr als 2 000 somalischen Flüchtlingen verschlungen.

Nur notdürftig wird diese humanitäre Katastrophe von den Silhouetten der Kriegsschiffe verdeckt, die in denselben Gewässern auf Piratenjagd gehen. Es war Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der im Kabinett durchsetzte, dass die Bundeswehr ihre gefangenen Piraten in Kenia ablädt - würden sie in Deutschland vor Gericht gestellt, könnten sie Asyl beantragen. Das klingt nur im ersten Moment absurd: Nach dem Irak ist Somalia gegenwärtig das Herkunftsland der weltweit meisten Asylbewerber(.9)



So fügt sich am Horn von Afrika einiges zusammen: der Schutz von Schiffen und Eigentum des Nordens, die Verteidigung europäischen Territoriums gegen Failed-State-Migranten, die gewollte Blindheit gegenüber einer Flüchtlingstragödie - und die Konstruktion eines neuen Sonderrechts, das einem reichen Land das Entsorgen unliebsamer Häftlinge ermöglicht.

Kenia, weit davon entfernt, die Drahtzieher seiner ethnischen Pogrome nach den letzten Wahlen zur Verantwortung zu ziehen, bekam nun handstreichartig von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung "die Übernahme europäischer Maßstäbe der Strafverfolgung" attestiert. Nach dem Muster der neuen globalen Strukturpolitik ist damit wiederum ein Drittland geschaffen worden. Der Begriff wurde einst in der Asylrechtsdebatte geboren (in einem "sicheren Drittland" gibt es per Definition keine politische Verfolgung), geriet von dort in die Bekämpfung der Migration (Hilfspolizist Transitland); nun ist das sichere Drittland in der Strafverfolgung angekommen. Und wieder winkt ein Deal: "Ein armes Land wie Kenia trägt schließlich keinen Schaden davon, wenn es den reichen Europäern aus der Patsche hilft", meinte die Süddeutsche Zeitung sarkastisch.

Das Erzählen von den dramatischen Odysseen afrikanischer Flüchtlinge wird mit Medienpreisen belohnt. Das europäische Publikum reagiert mit gepflegter Erschütterung; die Exekutive schert das wenig. Gekenterte Bootsflüchtlinge haben in unseren Nachrichten mittlerweile den Routinestatus der Anschlagsopfer vom XY-Markt in Bagdad. Den Sensibelsten im Publikum bleibt ein Gefühl der Scham - und ein moralischer Reflex: die Idealisierung der Migration und die Heroisierung von Migranten. Zumal jener aus Afrika, deren Notlage man zweifelsfrei zu kennen glaubt. Die Reaktion ist verständlich, doch sie nährt sich von Mythen, und es sind dieselben Mythen, die bereits in den afrikanischen Herkunftsgesellschaften Schaden anrichten.

Wahlweise gelten Migranten als die "Besten", die "Stärksten" ihrer Gesellschaften, oder als die "Ärmsten", die "Verzweifeltsten". Weniges von diesen Superlativen hält Nachprüfungen stand.

Die Verzweifeltsten und Ärmsten sind jene, die niemals auch nur in die Nähe eines teuren Schlepperticketsnach Europa kommen; sie werden in die innerafrikanischen Flüchtlingstrecks gespült, ohne jede Entscheidungsmöglichkeit. Wer sich aus Subsahara auf die hochgefährliche Reise in den Norden macht, hat hingegen eine Entscheidung getroffen. Sie mag individueller oder kollektiver Natur sein - wenn die ganze Familie, das ganze Dorf das nötige Geld aufgebracht hat. Dass es hingegen die stumme Macht der Verhältnisse sei, die alternativlos in die Migration treibe, "weil wir sonst verhungern", ist eine Selbststilisierung für die Kameras weißer Fernsehteams.

Der Mythos, es seien die Stärksten und Besten, die weggehen, beleidigt ganz nebenbei all jene, die weiterhin jeden Tag mit der Hacke aufs Feld ziehen - also die Masse der Schwarzafrikaner. Und die Stilisierung schlägt ohne Gnade auf den Migranten selbst zurück, wenn er mit leeren Händen zurückkehrt. Trotz tausendfacher Abschiebungen und tausendfachen Ertrinkens wird ein glückloser Heimkehrer zu Hause als Versager behandelt. Um der sozialen Verachtung zu entrinnen, wird er sich, wenn es nur irgend geht, bald in den nächsten fatalen Reiseplan stürzen. Und niemand mit kühlem Kopf und moralischer Autorität stellt sich ihm in den Weg. Wo sind die afrikanischen Aufklärer, wo sind die Imame, die junge Leute davon abhalten, zu horrenden Schlepperkosten den Routen des Todes zu folgen?

Im muslimischen Westafrika ist die Migration für viele Marabuts, die lokalen muslimischen Autoritäten, ein einträgliches Geschäft. Sie verkaufen Fetische, die beim Überleben auf hoher See und in der Glut der Wüste helfen sollen. Nur ein Nebenaspekt? In Dakar trifft man auf einen jungen Senegalesen, der durch alle Höllen der Migration gegangen ist; dreimal hat er die Überfahrt zu den Kanaren gewagt, links und rechts von ihm starben Dutzende, er warf die Leiche seines besten Freundes über Bord. Am Ende antwortet er auf die Frage, wie er überlebt habe: "Ich hatte den stärksten Fetisch."

Der italienische Journalist Gabriele del Grande hat in seinen verdienstvollen Recherchen(10) die Lebensumstände gescheiterter Migranten rekonstruiert und in ihren Milieus nach den Gründen für die Ausreise geforscht. Er stieß auf ein Bündel von Motiven, keineswegs nur Armut. Oft ist es das Gefühl, Bleiben bedeute, "sein Leben wegzuwerfen, weil es keine Arbeit gibt, weil sich nichts bewegt". Über einen 22-Jährigen notiert del Grande: "Mit Afrika ist er fertig." Korrupte, unfähige Regierungen sehen

solche jungen Männer gern gehen: Migration statt Rebellion. So nährt eine verhängnisvolle Allianz die Sucht, bloß wegzukommen: ruchlose Schlepper, geldgierige Marabouts, larmoyante Oberklassen und eitle, kurzsichtige Dorfchefs, die endlich auch eine so große, prächtige Moschee aus Migrantengeld haben wollen, wie sie bereits im Nachbardorf steht.

Gewiss, Migration bewirkt viel Positives. Die Überweisungen der Migranten, mit weltweit 337 Milliarden US-Dollar(11) viel höher als die offizielle Entwicklungshilfe, ernähren Millionen Familien, lindern Armut, versorgen viele Dörfer mit dem Nötigsten. Aber es ist eine Hilfe ohne politisches Mandat, sie lindert, schafft keine kollektive, nachhaltige Perspektive für die nächste Generation. Und dass mehr staatliche Entwicklungshilfe Migration überflüssig machen würde, ist wiederum ein Mythos - gut gemeint, aber wissenschaftlich nicht haltbar. Migration nimmt mit steigendem Entwicklungsstand noch zu; ein Wendepunkt, der sogenannte Migrationsbuckel, ist erst bei einem Bruttonationaleinkommen von 4 000 US-Dollar pro Kopf erreicht; davon ist das subsaharische Afrika unendlich weit entfernt.

Europa hat der Migration den Krieg erklärt. Manche junge Migranten sehen sich reziprok als Kämpfer, als Soldaten in diesem Krieg. Ihre verunglückten Kameraden nennen sie "Gefallene". Doch aus der Parole "Europa oder der Tod!" spricht eine entsetzliche Resignation; sie ist eine Bankrotterklärung Afrikas. Die Schlacht müsste anderswo geschlagen werden. Wenn die jungen Leute mit der Kraft, dem Wagemut und der Hartnäckigkeit, die sie durch die Sahara und über die Meere treibt, ihren Regierungen entgegenträten. Um ein Leben zu fordern, das es wert ist, nicht auf See weggeworfen zu werden.

Fußnoten:

(1) www.cigem.org

(2) "Bisher gibt es keine Hinweise auf einen engen Zusammenhang zwischen der Zahl unterzeichneter Vereinbarungen und der Zahl zurückgeschickter irregulärer Migranten." International Organisation of Migration. Bericht "World Migration 2008", www.iom.int

(3) www.frontex.europa.eu/newsroom/news_releases/art40.html.

(4) Der „Frontex General Report 2008“ nennt 175 000 analysierte Grenzübertritte (eine noch nicht endgültig verifizierte Zahl), davon allein fast 40 000 an der griechisch-albanischen Grenze, wo Albaner routinemäßig deportiert werden, aber rasch zurückkommen.

(5) German Institute of Global and Area Studies, Giga Focus 8/2008.

(6) irregular-migration.hwwi.net.

(7) 83 Prozent von circa 10 Millionen afrikanischer Flüchtlinge bleiben auf dem Kontinent (UNHCR 12/2007).

(8) UNHCR 3/2009.

(9) 21 800 im Jahr 2008, nach: UNHCR Briefing Note 3/2009.

(10) Gabriele del Grande: „Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer“. Karlsruhe (Von Loeper) 2008. fortresseurope.blogspot.com.

(11) IOM-Bericht 2008, siehe Anmerkung 2.

aus Le Monde diplomatique Nr. 8907

Große Unruhe, kleine Unruhe

WanderarbeiterInnen in China zwischen Revolte und Krise

Anfang 2009 gingen Millionen chinesischer Wanderarbeiterinnen nach Fabrikschließungen und Entlassungen aus den Städten zurück aufs Land. Eine temporäre Rückwanderung ist an sich nicht neu. Zwischen ihren Jobs in der Stadt besuchen die Wanderarbeiterinnen ihre Familie, erholen sich kurzzeitig im Dorf, manche erledigen auch Landarbeit. Andere haben nicht mehr gelernt, Äcker zu bestellen und Vieh zu hüten. Sie wollen in der Stadt leben, permanent niederlassen dürfen sie sich aber dort nicht. Das verhindert das Registricrungsgesetz („hukou"), das die chinesische Bevölkerung seit den 1950er Jahren in Stadt- und LandbewohnerInnen spaltet.

Die Geschichte der aktuellen Migration in China ist gerade mal 30 Jahre alt. Bis Ende der 1970er Jahre verhinderte eine strikte staatliche Kontrolle die Landflucht. Der Urbanisierungsgrad blieb mit unter 20 Prozent konstant niedrig (heute fast 50 Prozent). Die Massen auf dem Land mussten Überschüsse für den sozialistischen Industrialisierungsprozess schaffen und nur die Minderheit der städtischen Arbeiterinnen kam in den Genuss der „Eisernen Reisschüssel", der vom Staat garantierten sozialen Versorgung von der Wiege bis zum Sarg. Auf dem Land hatten die Menschen Anspruch auf ein Stück Acker bzw. wurden Mitglied einer Volkskommune, mit minimaler sozialer Absicherung. Die Bedingungen auf dem Land waren (und blieben) wesentlich schlechter als in den Städten.

Mit dem Umbau der sozialistischen Planwirtschaft ab Ende der 1970er wurden die Volkskommunen aufgelöst und Landnutzungsrechte an bäuerliche Familien vergeben. Die landwirtschaftliche Produktivität stieg an. mit ihr die ländliche Überbevölkerung. Die ersten jungen Landbewohnerinnen zogen in die Städte und neuen Industriezentren. Das Regime vergab vorübergehende Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen an Landbewohnerinnen, die einen Arbeitsvertrag in der Stadt nachweisen konnten. Bis heute ähnelt die Situation der Wanderarbeiterinnen in den Städten der außereuropäischer MigrantInnen in der EU, mit allen Problemen: Ausschluss von vielen öffentlichen Dienstleistungen, Kontrolle durch Polizei und Behörden, Illegalisierung und mögliche Abschiebung.

In 30 Jahren 200 Millionen Wanderarbeiterinnen

Die Niederschlagung der Tian'anmen-Bewegung 1989 ebnete den Weg für weitere Reformen, Industrialisierung und Massenwanderung in den 1990er Jahren. Ab 1992 öffnete die KPCh das Land für ausländische Investitionen und begann den entscheidenden Angriff auf Kombinate und „Eiserne Reisschüssel". Ihre Interessen trafen sich mit denen des internationalen Kapitals: Nachdem die Profite in den Industriemetropolen in den Arbeiterkämpfen der 1960er und 1970er Jahre unter Druck geraten waren, wich das Kapital in periphere Regionen aus (Brasilien, Südkorea...). In den 1980ern gab es dort große Arbeiterunruhen, so dass eine erneute Verlagerung der Produktion, ein „räumlicher fix" (David Harvey), notwendig wurde: Jetzt wollte das Kapital die „billige" Arbeitskraft Chinas ausbeuten.

Mit Hilfe ausländischer Investitionen und des staatlich orchestrierten Ausbaus der Exportindustrien wurde China in den kommenden Jahren zum „Fließband der Welt" und entwickelte sich bis heute zur weltweit drittgrößten Volkswirtschaft, zum global Player mit zunehmender ökonomischer, politischer und auch militärischer Macht.

Für die Industrialisierung wurden massenhaft neue Arbeitskräfte gebraucht. Die KPCh organisierte den Nachschub, indem sie die Migration ankurbelte. Der Einsatz der Wanderarbeiterinnen hat für das ausländische Kapital wie auch für das chinesische Regime den Vorteil, dass sie diesen nicht dieselben Bedingungen bieten müssen wie städtischen Arbeiterinnen. Die Wanderarbeiterinnen arbeiten, wohnen und essen in den Fabriken und Wohnheimen und bekommen einen Lohn, der ansonsten nicht zum Leben in der Stadt reicht. Gleichzeitig können die Wanderarbeiterinnen als Drohung und Druckmittel gegen die im Sozialismus „privilegierten" städtischen Arbeiterinnen eingesetzt werden. Ab 1997 wurden vor allem kleine und mittlere Kombinate demontiert oder geschlossen, über 50 Millionen städtischer Arbeiterinnen entlassen.

Die Zahl der Wanderarbeiterinnen stieg bis heute auf geschätzte 200 Millionen, in etwa je zur Hälfte Männer und Frauen. Zum Teil sind sie ständig in der Stadt oder unterwegs, mit seltenen Besuchen „zu Hause" (Fabrikarbeiterinnen). Es gibt aber auch saisonale Wanderung mit zwischenzeitlicher Landarbeit (Bauarbeiter). In der Regel sind WanderarbeiterInnen junge Leute aus den ländlichen Regionen des chinesischen Hinterlandes, die mit 16 oder 17 Jahren in nahe Kleinstädte oder in die Exportzonen und Großstädte der Ostküste ziehen.

Dort machen die Wanderarbeiterinnen alle schlecht entlohnten, dreckigen, langweiligen und gefährlichen Jobs: in Fabriken, auf dem Bau, als Sexarbeiterinnen und Hausangestellte, in Hotels, Restaurants, Wachdiensten, als Kleinhänd-

lerInnen. Ihre Arbeitsbedingungen sind geprägt von einer Mischung aus sozialistischem Disziplinierungsregime und tayloristischen Produktionsmethoden („Fabrikdespotismus"), niedrigen Löhnen, Lohnrückständen, langen Arbeitstagen, Stress und Übermüdung, Unfällen und giftigen Arbeitsumgebungen, schlechten Wohnheimbedingungen und schlechter Verpflegung. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen Sweatshops und hochmodernen Fabriken, sklavereiähnlichen Verhältnissen und relativ hohen Löhnen für Arbeiterinnen mit besonderen Fähigkeiten.

Die erste Generation der WanderarbeiterInnen, die in den 1980er oder 1990er Jahren in die Städte und Industriezonen kam, musste sich erst zurechtfinden. An den ersten beiden Kampfzyklen der Reformära war sie kaum beteiligt: den Streiks und Mobilisierungen in den Städten in den 1980er Jahren mit der Zuspitzung 1989; und den Bewegungen gegen Entlassungen und die Umstrukturierung der Kombinate in den Rostgürteln Ende der 1990er Jahre.

Die zweite Generation beginnt zu kämpfen

Die zweite Generation der WanderarbeiterInnen begann, sich zu wehren. Auslöser der Konflikte kann alles sein, was den Arbeiterinnen stinkt: Die Ohrfeige des Vorarbeiters, Ungeziefer im Kantinenessen, Stromausfall im Wohnheim, das Ausbleiben der anstehenden Lohnzahlung. Oft sind es gar nicht die beschissenen Bedingungen an sich, sondern eine Verletzung der Würde der Arbeiterinnen, die das Fass zum Überlaufen bringen.

Ab 2003 stieg die Zahl der Kämpfe, vor allem dort, wo viele Arbeiterinnen zusammen schuften und ihre Durchsetzungsmacht größer ist: in der Fabrik, auf dem Bau. Sowohl formal legale Konflikte nahmen zu (Vorsprachen bei der staatlichen Arbeitsbehörde, Petitionen, Gerichtsverfahren) als auch „illegale" Kampfformen: Sabotage, Bummelstreiks, Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden. Oft beginnen die Kämpfe mit Aktionen im Betrieb, mit konkreten Forderungen nach Verbesserungen. Wenn das nicht erfolgreich ist, gehen die Arbeiterinnen zur Arbeitsbehörde und verlangen, dass sie in ihrem Sinne eingreift. Da die Arbeitsbehörde Teil des lokalen Staates ist und damit den Kapitalisten nahe steht, bringt das meist nichts ein. Das gilt auch für die lokale Gerichtsbarkeit, an die sich manche Arbeiterinnen danach wenden. Viele Konflikte enden hier, weil den ArbeiterInnen die finanziellen Mittel und der lange Atem fehlen, die sie hier brauchten. Aber etliche Auseinandersetzungen eskalieren auch, führen zu Streiks, in manchen Fällen zu Randale und Polizeieinsätzen.

In den Konflikten bilden sich auf betrieblicher und lokaler Ebene AktivistInnen heraus. Sie lernen aus der Dynamik der Kämpfe, der Konfrontation mit Managern und Staatsvertretern. „Große Unruhe bringt große Lösung, kleine Unruhe bringt kleine Lösung", sagen sie: Wer sich durchsetzen will, muss so viel Unruhe stiften, dass der Staat einspringt und eine Lösung herbeiführt. Sie wissen, was sie wagen können und was nicht, welche Kampfformen zu einer gewollten Eskalation führen und welche zur entschlossenen Repression seitens des Staates.

Die offene politische Organisierung ist weiter blockiert und die meisten Streiks finden nur in einem Betrieb statt. In manchen Fällen überwinden die Arbeiterinnen aber den „zellularen Aktivismus" (Ching Kwan Lee). Es kommt zu Kämpfen, bei denen Leute von Konflikten in anderen Städten hören und dann selbst loslegen („copycats", wie bei den Taxifahrerinnen 2008) und Domino-Streiks in mehreren Fabriken eines Industriegebiets. Aber das sind bisher Ausnahmen.

Neuer Sprengstoff durch die Krise?

Die Wanderarbeiterinnen konnten mit den Kämpfen zwischen 2005 und 2008 etwa 30 Prozent höhere Löhne durchsetzen, begünstigt durch eine Arbeitskräfteknappheit. Das Regime weiß, dass bloße Repression keine willige Arbeitskraft erhalten kann. Seit den Erfahrungen mit den Bewegungen der städtischen Arbeiterinnen nach 1997 hat es seine Rhetorik verändert und spricht von „Harmonischer Gesellschaft". Er versucht, den sozialen Sprengstoff zu entschärfen, um seine Macht zu erhalten. Die Mittel dazu sind Zugeständnisse und Versprechungen, der Einsatz der staatstreuen Gewerkschaften, Schlichtungs- und Petitionsverfahren.

Mit der Krise, mit Fabrikschließungen und Entlassungen haben sich die Vorzeichen verändert. In den Exportzonen sind die Jobaushänge abgelöst worden von Miet- und Kaufanzeigen für Fabrikflächen und Wohnheime. Die Zahl der arbeitslosen Wanderarbeiterinnen soll heute zwischen 20 und 40 Millionen liegen. Dazu kommt wachsende Unterbeschäftigung, Tagelöhnerarbeit, Kleinstselbstständigkeit. Die Löhne sind um 20 Prozent gefallen. Viele Firmen, die gar nicht von der Krise betroffen sind, drücken ebenso Löhne und Bedingungen und die Nichteinhaltung der Arbeitsgesetze nimmt zu.

Die Frage der Rückwanderung ist weiter offen. Eine Umkehrung der Urbanisierungstendenz ist unwahrscheinlich, zu groß ist der Unterschied zwischen dem Lebensniveau auf dem Land und in der Stadt. Zwar sind viele WanderarbeiterInnen Anfang 2009 (wie jedes Jahr vor dem chinesischen Neujahrsfest) in die Dörfer zurückgekehrt, aber dort finden sie auch keine Arbeit und haben keine Perspektive. Auf dem Land gibt es viele Probleme: Die Auspressung durch die lokale Parteimafia, Landvertreibung und Armut führen zu Kämpfen und Aufständen. Viele ArbeiterInnen sind schon wieder auf Wanderschaft.

2008 und Anfang 2009 hat die Zahl der Petitionen, Gerichtsverfahren, Streiks und Demonstrationen weiter zugenommen. Noch mehr als bisher geht es um Lohnrückstände, um Abfindungen nach Entlassungen. Der Staat reagiert weiter mit Versprechungen, Drohungen und Repression. Wie lange das eine Welle „großer Unruhe" verhindern wird, ist offen.

aus ak 540 Juni 2009

Die Rückkehr der »Erdbeerpflücker«

Rumänien, Drehkreuz der Migration

Zum Jahreswechsel platzt der Flughafen Bukarest-Baneasa aus allen Nähten wie eine zu eng gewordene Jeans. Schon im Normalbetrieb hat der Airport für Billigfluglinien ein enormes Passagieraufgebot, nun sind die Grenzen der Kapazität weit überschritten. Endlose Schlangen, unbestimmte Wartezeiten und stickige Luft. Die meisten Menschen, die sich hier durch die Halle schieben, quetschen und drängeln, sind im Ausland arbeitende RumänInnen: capsunari, Erdbeerpflücker, wie sie in Rumänien genannt werden, egal, ob es sich dabei um Bauarbeiter in Bologna, Altenpflegerinnen in Paris, Hafenarbeiter in Rotterdam oder LandarbeiterInnen in Andalusien handelt. Schätzungsweise arbeiten 10-20 Prozent der rumänischen Bevölkerung - bis zu fünf Millionen Menschen - permanent oder vorübergehend im Ausland, vor allem in Italien und Spanien. Die Feiertage am Jahresende verbringen die meisten »zuhause« in Rumänien. Und so kann man zum Jahreswechsel auf den Busbahnhöfen und Flughäfen im Land eine der größten innereuropäischen Migrationsbewegungen beobachten.

Die Auswanderung hat Unternehmen im Inland schon seit einiger Zeit vor massive Probleme gestellt. Laut einer Studie von *Manpower* war Rumänien 2008 weltweit das Land mit der höchsten Arbeitskräfteknappheit. [1] Besonders stark betroffen waren das Baugewerbe, wo die Hälfte der Arbeitsplätze nicht besetzt werden konnte, die Tourismusbranche und die Schuh- und Textilindustrie.

Obwohl das Lohniveau in Rumänien in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist, liegt es im EU-Vergleich noch immer an letzter Stelle. In den Textilfabriken wird auch heute landesweit nur etwas mehr als der gesetzliche Mindestlohn gezahlt. [2] Zu diesen Löhnen ist kaum noch jemand bereit, in der Fabrik zu schuften. Bemühungen der Firmen, mehr Leute vom Land zu rekrutieren, scheiterten immer wieder an mangelnder Qualifikation, häufigen Fehlzeiten und unmotivierter Haltung der ArbeiterInnen gegenüber der Fabrikarbeit. Um die übriggebliebenen einheimischen Beschäftigten zu halten, kommen ihnen viele Unternehmen entgegen und gewährend für die Saisonarbeit im Ausland neben dem regulären Urlaub zwei weitere Monate unbezahlten. Doch auch damit ließ sich der Arbeitskräfteschwund nicht aufhalten, der zudem durch die Abwanderung in neue Betriebe der Autozulieferer- und Elektronikindustrie verstärkt wurde, wo höhere Löhne gezahlt werden.

Die Arbeitskräfteknappheit sollte schließlich durch den Import von Arbeitskräften aus Asien gelöst werden. Dabei kam es von Anfang an zu Konflikten und Widerstandsaktionen der migrantischen ArbeiterInnen aus China, Indien, Pakistan, Vietnam, Bangladesch und von den Philippinen.
Dazu zwei Beispiele aus der Textilindustrie:

Dem Bekleidungshersteller *Mondostar* in Sibiu waren von 1200 einheimischen Beschäftigten weniger als 350 geblieben. Um nicht in den Konkurs zu gehen, stellte die Firma im Mai 2008 zunächst 95 philippinische Textilarbeiterinnen ein. Der Arbeitsvertrag mit einer Vermittlungsagentur in Manila sicherte den Philippinas einen Basislohn von 400 USD, 100 Prozent Überstundenzulagen sowie freie Kost und Logis. Aufgrund dieser Zusagen gingen die Frauen das Risiko ein, sich für die anfallenden Vermittlungsgebühren inklusive Reisekosten mit je 2500 USD zu verschulden.
Mit einem zweiten Vertrag, den sie nach ihrer Ankunft in Sibiu unterschreiben mussten, versuchte *Mondostar* die vertraglichen Bestimmungen zu unterlaufen, ein Maximum an Leistung aus ihnen herauszupressen und die eigenen Kosten zu senken. Bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche erhielten die philippinischen Frauen 235 USD Lohn am Monatsende! Von dem vereinbarten Basislohn wurden ihnen 165 USD für Essen und Unterkunft abgezogen, die Überstunden überhaupt nicht bezahlt. Die philippinischen Frauen sahen sich in einer Zwangslage: ihr Aufenthaltsrecht in Rumänien war an den Arbeitsvertrag gebunden, sollten sie den Job aufgeben, warteten in den Philippinen horrende Schulden auf sie.
Die meisten von ihnen haben langjährige Arbeitserfahrungen in Textilfabriken in Taiwan, Japan, Südkorea, Namibia, Südafrika oder Brunei, oder als Hausangestellte in Hongkong und Singapur. Sie können Bedingungen vergleichen und wissen sich zu organisieren. Nach zwei Monaten begannen sie einen Überstundenboykott und stellten der Firmenleitung ein Ultimatum. Mit ihrer Beschwerde bei der philippinischen Botschaft bewirkten sie einen Einstellungsstopp weiterer Arbeitskräfte von den Philippinen für die Firma *Mondostar*. Als Reaktion kündigte die Firma sechs Frauen wegen »mangelnder Disziplin«, darunter den vier von den Arbeiterinnen gewählten Sprecherinnen, und kürzte den Lohn noch weiter mit der Begründung, die Näherinnen hätten die betrieblich vorgegebene Norm nicht erfüllt. Im September fassten daraufhin 78 Arbeiterinnen den Entschluss, sich nicht weiter verarschen zu lassen und kündigten ihren Arbeitsvertrag mit *Mondostar*.
Zurück auf den Philippinen gehen sie mit Unterstützung einer Wohlfahrtsorganisation für die OFW [3], die auch für die Rückflugkosten aufkam, gerichtlich gegen die Vermittlungsagentur in Ma-

nila und gegen *Mondostar* vor. Einen ersten Erfolg hat das Verfahren gebracht: die Arbeiterinnen müssen nicht für die 2500 USD Vermittlungsgebühren aufkommen.

Die Voraussetzungen, unter denen die migrantischen ArbeiterInnen für eine Verbesserung ihrer Bedingungen kämpfen, sind keineswegs günstig. Ihr Aufenthaltsrecht ist an den Arbeitsvertrag gebunden. Damit haben die Arbeitgeber ein wichtiges Druckmittel in der Hand. Die TextilarbeiterInnen sind in der Regel in Wohnheimen auf dem Fabrikgelände untergebracht und dadurch leichter kontrollierbar. Weiter erschwert wird der Kontakt zu einheimischen KollegInnen dadurch, dass sie innerhalb der Produktion meist getrennt von diesen arbeiten. Hinzu kommen sprachliche Barrieren.

Welche Ausmaße die Repressionen der Unternehmer gegenüber migrantischen ArbeiterInnen annehmen, zeigt das Beispiel des italienischen Textilfabrikanten Gamba, der in Bacau zwei größere Werke betreibt, *Sonoma* und *Wear Company*. Er hatte vor drei Jahren als erster Unternehmer in Rumänien eine Lizenz für 1000 chinesische Näherinnen beantragt. Wenige Monate später, im Januar 2007, wurde die *Wear Company* international bekannt, als 400 chinesische Frauen in einen spontanen Streik traten, da ihnen die versprochenen Löhne nicht gezahlt wurden. Ein Teil der Frauen kehrte nach dem Streik nach China zurück, ob auf eigenen Wunsch oder abgeschoben, ist bis heute nicht bekannt.
In der *Wear Company* startete Gamba einen neuen Versuch, diesmal mit 500 Kontraktarbeitern aus Bangladesch. Doch auch hier ließ sich die Unzufriedenheit der Arbeiter nur durch massive Einschüchterung und Repressionen unterdrücken. Als im Sommer 2008 mehrere Textilarbeiter aus Bangladesh nicht in die Fabrik zurückkehrten, wurden ihre Kollegen zwei Monate lang auf dem Fabrikgelände eingesperrt. Weitere Arbeiter verließen die Fabrik und kamen nicht wieder. Wieder wurden die verbliebenen Arbeiter eingesperrt, dieser Zustand wurde zur Regel. Obwohl die rumänischen Medien und das für arbeitsrechtliche Fragen zuständige *Inspectorat Teritorial de Munca (ITM)* über diese Tatsachen informiert waren, ging niemand dem Fall nach. In der englischsprachigen Presse aus Bangladesch erschien Anfang Januar 2009 ein Artikel, demzufolge von den insgesamt 800 in Rumänien beschäftigten Kontraktarbeitern aus Bangladesch, bereits die Hälfte ihren Job verlassen habe und über die Grenze in andere europäische Länder gegangen sei. Auch wird ein einwöchiger Streik von 200 Arbeitern aus Bangladesch in einer rumänischen Textilfarbik erwähnt. [4] Über die aktuelle Situation der verbliebenen Arbeiter in der *Wear Company* ist nichts bekannt. Bekannt ist aber, dass der Texilunternehmer Gamba das Amt des Generalkonsuls für Bangladesch in Rumänien anstrebt.

Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise

Die weltweite Krise wird die sozialen Verhältnisse in dem jungen EU-Land drastisch verändern. Ein Wirtschaftswachstum von 9,3 Prozent, wie 2008 verzeichnet, Lohnerhöhungen um 25 Prozent und eine Arbeitslosenquote unter vier Prozent - diese Dynamik dürfte vorerst gebrochen sein. Derzeit gibt es in größerem Ausmaß Kurzarbeit und erstmalig seit Jahren Einstellungsstopps auf dem rumänischen Arbeitsmarkt. In der Automobilindustrie und bei ihren Zulieferern, in der Stahl- und der Chemiebranche stehen Entlassungen bevor.
Die Textilindustrie ist aufgrund des Wegfalls der Importquoten [5], der steigenden Löhne und der Arbeitskräfteknappheit bereits auf dem Rückzug aus Rumänien. Der rumänische Textil-Unternehmerverband kündigte an, dass diese Tendenz nun durch den Mangel an Aufträgen verschärft wird. Wahrscheinlich wird der Import von Arbeitskräften, der über eine Experimentierphase noch nicht hinausging, ein rasches Ende finden.

Das Drehkreuz der Migration kann auch für die «Erdbeerpflücker« in naher Zukunft die Richtung ändern. In Spanien ist aufgrund der weltweiten Krise der Immobilienmarkt und damit die Baubranche zusammengebrochen. 500 000 rumänischen Bauarbeitern droht nun die Arbeitslosigkeit. Werden die Flughäfen und Busbahnhöfe in Rumänien bald mit Rückkehrern überfüllt sein? Welche Perspektiven haben sie? Werden sie, an deutlich höhere Löhne gewöhnt und über neue Erfahrungen verfügend, bereit sein, sich erneut den in Rumänien herrschenden Bedingungen von langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen zu unterwerfen?

Ana Cosel, Februar 2009
aus der Wildcat Nr.83

Warten auf Arbeitsvisa in Bukarest

Endnoten:
[1] Manpower-Studie veröffentlicht am 22. April 2008, derzufolge 73 Prozent der in Rumänien befragten Unternehmen angaben, nicht genügend Arbeitskräfte finden zu können.
[2] Zwischen 2000 und 2008 hat sich der gesetzliche Mindestlohn von 35 Euro auf derzeit etwa 135 Euro vervierfacht. In den Textilfabriken werde selten mehr als 200 Euro Lohn im Monat gezahlt.
[3] OFW = Overseas Filipino Workers, mehr Informationen dazu unter http://en.wikipedia.org/wiki/OFW
[4] In der rumänischen Presse erschien Ende 2008 lediglich die Meldung, dass von den 500 in Bacau arbeitenden Bangladeshi 100 verschwunden seien. Die Polizei bitte um Mithilfe.
[5] Seit Januar 2005 gibt es keine Importquoten für Textilien mehr. Davon profitierte vor allem die Textilindustrie in China und Indien, da ihre Produkte billiger auf den US-amerikanischen und den europäischen Markt eingeführt werden konnten. Mit dieser neuen Konkurrenz konnten Textilfirmen in Rumänien schwer mithalten.

STAATSSTREICH IN HONDURAS

HINTERGRÜNDE ZUR MACHTÜBERNAHME DER MILITÄRS

In Honduras haben sich das Militär und die alte rechte Elite an die Macht geputscht. Zugleich hat sich dort erstmals eine breite gesellschaftliche Bewegung zusammengefunden, die gegen die Putschisten demonstriert.

»Wir werden den Präsidenten schützen, wenn er nach Honduras zurückkehrt«, sagt Lorena Delaya, eine Aktivistin des Bloque Popular, des wichtigsten Zusammenschlusses linker Basisbewegungen und Gewerkschaften. »Wir verfügen nicht über Waffen, aber der Mut und die Entschlossenheit der Menschen auf der Straße ist beeindruckend.« Seit der amtierende Präsident Manuel »Mel« Zelaya am Morgen des 28. Juni von Militärs verhaftet und nach Costa Rica ausgeflogen wurde, herrscht in dem kleinen zentralamerikanischen Land in zweierlei Hinsicht der Ausnahmezustand. Mit nächtlicher Ausgangssperre, zahlreichen Straßenkontrollen und einer faktischen Nachrichtensperre versucht die Armee, die neu gewonnene Macht zu sichern. Gleichzeitig haben sich sämtliche zivilgesellschaftlichen Kräfte zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen und sind fest entschlossen, den Putsch rückgängig zu machen.

»Ich war keine Anhängerin des Präsidenten, aber jetzt kämpfe ich um das, wofür er steht: für die Idee, dem Volk eine Stimme zu geben«, sagt Lorena Delaya. Als Kandidat der Liberalen Partei von Honduras (PLH) hatte Manuel Zelaya am 27. November 2005 die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden können. Wie die gesamte politische Elite gehört auch er der herrschenden Oligarchie aus Großgrundbesitzern und Unternehmern an, pflegte als konservativ geltender Politiker gute Kontakte zu den USA und der deutschen FDP. Doch nach der ersten Hälfte seiner Amtsperiode bekannte er sich unerwartet zu linken Positionen. Hatte er sich bereits im ersten Amtsjahr durch den Beitritt von Honduras zu Hugo Chavez' Petrocaribe-Projekt pragmatisch an die venezolanische Regierung angenähert, um eine Kostensenkung für Erdöl zu erreichen, so setzte er 2008 den Beitritt von Honduras zur Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerika (Alba) durch. Dieses wirtschaftspolitische Bündnis bildet das Gegenprojekt zur von der US-Regierung propagierten Freihandelszone Alca, die von Alaska bis Feuerland reichen soll. Dadurch kam es für Zelaya nicht nur zum Bruch mit der eigenen Partei – der politische Kurswechsel versetzte die alte Oligarchie in Panik.

Am Tag des Putsches sollte eine rechtlich unverbindliche Volksbefragung zeigen, ob die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung Unterstützung finden würde. Dafür waren zuvor knapp eine halbe Million Stimmen gesammelt worden. Eine Verfassungsänderung sollte vor allem die Wiederwahl des Präsidenten ermöglichen und damit eine dauerhafte politische Wende in Honduras garantieren, denn im Januar 2010 wäre die Amtsperiode Zelayas offiziell beendet gewesen. Diese der Politik Hugo Chávez' nachempfundenen Maßnahmen wurden von sämtlichen staatlichen Institutionen als »Gefahr für die Demokratie« eingestuft. »Gerüchte waren im Umlauf über Enteignungen und sogar über eine generelle Abschaffung des Privateigentums im Zuge einer neuen Verfassung«, berichtet Lorena Delaya kopfschüttelnd.

Schon in der Woche vor der angekündigten Volksbefragung gab es ernstzunehmende Anzeichen für einen Umsturzversuch des Militärs. Wenige Tage vor dem Putsch trat der gesamte Führungsstab der honduranischen Streitkräfte nach Auseinandersetzungen mit Zelaya geschlossen zurück, nachdem dieser den Oberbefehlshaber der Streitkräfte abgesetzt hatte. Dieser hatte sich geweigert, die für die Volksbefragung vorgesehenen Stimmzettel herauszugeben. Mit einem spektakulären Go-in holte Zelaya diese mit einigen tausend Anhängern aus einem Luftwaffenstützpunkt. Am Vortag des Putsches ließ der Kongress unter Vorsitz von Roberto Micheletti dann als letzte Gegenmaßnahme eine Untersuchung vor dem Obersten Gericht einleiten, ob der Aufruf zur Volksbefragung verfassungskonform sei. Das Gericht entschied, dass die Volksbefragung ein Verfassungsbruch sei. Die Militärs, die den amtierenden Präsidenten in den Morgenstunden festnahmen, waren also mit einem offiziellen Haftbefehl ausgestattet.

Sobald die Militärs Zelaya aus dem Bett geholt und nach Costa Rica verfrachtet hatten, begannen erbitterte Straßenkämpfe vor dem Präsidentenpalast. Schon einen Tag nach dem Putsch wurde von den Gewerkschaften, allen voran von der Lehrergewerkschaft und dem Bloque Popular, der Generalstreik ausgerufen. 60 Gruppen und Bewegungen schlossen sich zur Nationalen Widerstandskoordination zusammen: Gewerkschaften, Bauernorganisationen, Umweltorganisationen, Frauengruppen, Studierendenverbände, linke Splitterparteien sowie Gruppen von Indigenen und Garifunas, der schwarzen Minderheit der Karibikküste. In Bussen und sogar zu Fuß sind Delegationen aus dem ganzen Land auf dem Weg in die Hauptstadt im Landesinneren. »Dabei herrscht eine unglaubliche Desinformation vor, es gibt lediglich einige wenige Radiosender, die immer wieder gewaltsam von Soldaten eingenommen wer-

den, weil sie andere Informationen als die offiziellen und eindeutig propagandistischen Nachrichten senden«, berichtet Lorena Delaya. »Die staatlichen Medien sind abgestellt, die privaten Kanäle gleichgeschaltet, dort wird Micheletti kommentarlos mit ›unser verehrter Herr Präsident‹ angeredet.«

Bekannte Oppositionelle sowie die Angehörigen von Zelayas Kabinett sind wohlweislich untergetaucht, gegen 600 Personen liegen Haftbefehle vor. Mindestens drei Personen, ein Abgeordneter, ein Angehöriger der Telekommunikationsbehörde und ein Demonstrant, wurden bisher vom Militär ermordet. Verschiedene Personen, wie etwa der bekannte Karikaturist Allan McDonald sowie zahlreiche Journalisten, wurden zeitweise entführt oder gelten noch als verschwunden.

In Honduras sind es vor allem Graswurzelbewegungen, die die Organisationsform und Ideologie der radikalen Linken prägen. Denn wegen der stets starken Repression von autoritären Zivil- und Militärregierungen konnten sich keine traditionell kommunistischen Strömungen herausbilden, wie sie in den Nachbarländern Guatemala, El Salvador und Nicaragua stets die Basis der jeweiligen Guerilla bildeten. Bauernorganisationen wie Via Campesina und die radikale Umweltorganisation Madre Tierra sind in Honduras Vorreiter im Protest gegen Freihandelsabkommen und neoliberale Umstrukturierungen. Diese Bewegungen haben Zelaya maßgeblich bei der Organisation der geplanten Volksbefragung unterstützt.

»Die staatliche Repression wiegt schwer. Hunderte von Soldaten stehen mit Panzern und Tränengas den nur mit Steinen bewaffneten Demonstranten gegenüber«, berichtet Juan Almendarez, der im Jahr 2005 Präsidentschaftskandidat der linken Partei der Demokratischen Union (UD) war. »Eine neue Ära der Gewalt ist in Honduras angebrochen. Die vorhandene strukturelle Unterdrückung, die vorherrschende Armut, die soziale Unsicherheit, horrende Arbeitslosigkeit, die unangetasteten Machtverhältnisse im Land werden nun mittels direkter militärischer Gewalt aufrechterhalten. Zahlreiche Rechte sind außer Kraft gesetzt.«

Juan Almendarez sagt, die Macht sei nach dem Putsch zwar an den vormaligen Kongressvorsitzenden Roberto Micheletti abgegeben worden, doch würden sämtliche staatlichen Einrichtungen de facto von Angehörigen des Heeres geleitet. Roberto Micheletti ist gewiss keine charismatische Führungskraft, selbst parteiintern konnte er sich bei den Liberalen keine Basis von Anhängern schaffen. Er dient bei diesem Putsch offenbar nur als vorgeblich demokratisches Aushängeschild einer Militärdiktatur, die zugunsten der traditionellen rechten Oligarchie die Macht an sich reißt.

Wer nicht zu dieser Oligarchie gehört, ist hoher sozialer Unsicherheit ausgesetzt. 80 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Auf den Straßen, die sich durch die Wohnviertel auf den Hügeln Tegucigalpas schlängeln, sitzen tagsüber fast alle jungen Männer gelangweilt auf der Straße. Wer hier einen Job hat, ist eine Ausnahme. In Honduras herrscht eine kollektive Depression, jeder sucht Arbeit, doch alle wissen schon, dass sie keine finden werden. »Alle wollen in die USA, der ›amerikanische Traum‹ ist allgegenwärtig«, beschreibt Edith Zavala vom Nationalen Migrationsforum Honduras (FONAMIH) den regelrechten Exodus der honduranischen Bevölkerung. »Man kann davon ausgehen, dass alle 15 Minuten ein Honduraner auswandert. Die Geldrücksendungen von Migrantinnen und Migranten aus den USA beliefen sich im vorigen Jahr auf rund 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts«, berichtet die junge Frau. »Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, aber auch die verstärkten Razzien in den USA haben nun eine Rückkehrerwelle ausgelöst. Diese Menschen strömen hier auf einen Arbeitsmarkt, der im Grunde genommen nicht vorhanden ist.«

»Wir sind eigentlich noch immer die gleiche Bananenrepublik wie vor 60 Jahren, als die United Fruit Company dieses Land regierte«, konstatiert Juan Almendarez, der als Arzt in Armenvierteln und indigenen Gemeinden im ganzen Land tätig war. »Heute sind es andere multinationale Unternehmen, wie Monsanto und Yamana Gold, die auf der Basis von Freihandelsabkommen die Menschen und die Bodenschätze ausbeuten.« Firmenkonsortien aus Kanada und den USA halten die Konzession über ein Drittel der Landfläche von Honduras. In offenen Tagebauminen wird Gold mithilfe hochgiftiger Chemikalien abgebaut. Die honduranische Regierung erhält einen winzigen Bruchteil des Gewinns. »In den Textilfabriken der Freihandelszonen, den Maquiladoras, herrschen sklavenähnliche Arbeitsbedingungen«, sagt Lorena Delaya. »Arbeitsrechte sind dort ein völlig unbekannter Begriff.«

Auch wenn Zelaya vielleicht nicht zu Unrecht unterstellt wird, dass er mit einer Verfassungsänderung vor allem seine Wiederwahl und die Sicherung seiner Macht verfolgt, hat die Aussicht auf eine Volksbefragung das Land jedenfalls schlagartig polarisiert. Seine Gegner haben präventiv zum gewaltsamen Gegenschlag ausgeholt. Seine Unterstützer jedoch, denen zuvor niemals ein Mitspracherecht zugestanden wurde, was die maroden wirtschaftlichen und politischen Zuständen im Land angeht, werden sich kaum mehr zum Schweigen bringen lassen. »Zelayas Verdienst ist es, dass er zum ersten Mal das Volk zum Dialog eingeladen hat«, sagt Juan Almendarez. Eine so politisierte und organisierte Bevölkerung hat es in dem kleinen zentralamerikanischen Staat jedenfalls nie zuvor gegeben.

aus: Jungle World 28/09

DIE MILITÄRREGIERUNG UND DAS INTERNATIONALE SCHWEIGEN

Der gestürzte honduranische Präsident Zelaya muss vorläufig im Exil bleiben. Die Putschisten versuchen, die Bevölkerung einzuschüchtern, und wollen Zeit gewinnen.

Die triumphale Rückkehr musste abgesagt werden. Nur einige hundert Anhänger begleiteten Manuel »Mel« Zelaya, als er am Freitag der vergangenen Woche die honduranisch-nicaraguanische Grenze überschritt. Der gestürzte Präsident ließ sich vor einem Schild mit der Aufschrift »Welcome to Honduras« fotografieren. Ein Großaufgebot von Soldaten hinderte ihn jedoch daran, den Grenzort Las Manos zu erreichen, und sorgte mit Straßensperren und Ausgangsverboten dafür, dass nur wenige Demonstranten an die Grenze gelangen konnten. Festgenommen wurde Zelaya allerdings auch nicht, obwohl ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. Er kehrte nach Nicaragua zurück und hat nun sein Lager im nicaraguanischen Grenzort Ocotal aufgeschlagen.

Auch diese neue Herausforderung konnten die Putschisten meistern. Sie sind nun seit mehr als einem Monat an der Macht. Der am 28. Juni im Schlafanzug nach Costa Rica abgeschobene Zelaya versuchte mehrmals vergeblich, in das Land zurückkehren, in dem er seit 2005 der gewählte Präsident ist. Doch die Putschregierung um Roberto Micheletti fand bislang nicht die internationale Anerkennung, die sie benötigt, um das kleine, wirtschaftlich am Boden liegende und von ausländischer Finanzhilfe abhängige Land dauerhaft zu regieren.

Heiß war es hergegangen in den Wochen seit dem Staatsstreich. Zunächst hoffte Zelaya, der den Zorn der Oligarchie durch eine Erhöhung des Mindestlohns und eine außenpolitische und ideologische Annäherung an Venezuela auf sich gezogen hatte, auf die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Doch die Putschregierung wollte sich deren Sanktionsgewalt nicht beugen, woraufhin Honduras am 4. Juli als erstes Land seit 1962 aus dem Staatenbund ausgeschlossen wurde. Am nächsten Tag versuchte Zelaya zum ersten Mal, nach Honduras zurückzukehren, doch trotz der Anwesenheit Zehntausender Demonstranten konnten Militärs die Landung seines Flugzeugs vereiteln.

Einige Tage später schien sich dann kurzfristig eine Verhandlungslösung abzuzeichnen, als Oscar Arias, Friedensnobelpreisträger und Präsident von Costa Rica, zwischen den von ihm ausdrücklich als »Präsidenten« bezeichneten Mel Zelaya und dessen illegitimem Gegner Roberto Micheletti vermittelte. Als dieser Versuch scheiterte, nahmen die EU und die Weltbank dies zum Anlass, Kredite für Honduras in Millionenhöhe einzufrieren. Oscar Arias lud erneut zu Gesprächen in Costa Rica.

Die Putschisten waren nicht zu Kompromissen bereit, hatten aber ein Interesse an den Verhandlungsrunden, weil sie Zeit gewinnen wollten. Nun aber sind die Anhänger Zelayas im In- und Ausland an der Reihe, Nachrichten über scheinbare und tatsächliche Versuche des Präsidenten, nach Honduras zurückzukehren, bereiten den Putschisten schlaflose Nächte.

»Kommt alle nach El Paraíso! Es sind nicht viele Soldaten, wir können es schaffen!« rief ein junger Mann über Radio Globo auf, das sich mehr und mehr zum Sender des Widerstandes gegen die Militärdiktatur entwickelt und über Internet zu empfangen ist. Nachdem Zelaya seine Rückkehr nach Honduras von Nicaragua aus angekündigt hatte, zogen Tausende von Menschen Richtung Grenze in den Bundesstaat westlich der Hauptstadt Tegucigalpa. Doch Militär und Polizei reagierten prompt und sperrten die Landstraße, die zu dem Grenzposten Las Manos führt.

Am Samstag wurde die im gesamten Land verhängte nächtliche Ausgangssperre im Bundesstaat El Paraíso auf 24 Stunden ausgeweitet. »Wir sind praktisch alle festgenommen«, berichtet ein Aktivist des Bloque Popular, der sich in der Landeshauptstadt Danlí aufhält. »Wir stehen auf der Straße und können weder vor noch zurück wegen dieser wahnwitzigen Sperrstunde.«

Ein Demonstrant wurde vom Militär erschossen, ein weiterer Oppositioneller mit offensichtlichen Folterspuren ermordet aufgefunden, nachdem er von der Polizei verhaftet worden war. Die vom Militär gestützte Putschregierung hat die individuellen Freiheitsrechte in Honduras außer Kraft gesetzt und versucht, Kritiker zum Schweigen zu bringen. Die internationale Menschenrechtskommission wurde am Freitag voriger Woche in Tegucigalpa von Polizeibeamten und Journalisten, die den Putsch unterstützen, vorläufig an der Veröffentlichung ihres Berichts gehindert.

»Ausländische Staatsangehörige werden in einem aggressiv-nationalistischen Ton öffentlich zu Staatsfeinden erklärt.

Und insbesondere Journalisten aus El Salvador, Nicaragua und Venezuela fallen willkürlichen Verhaftungen zum Opfer«, sagt Bertha Oliva vom Komitee der Angehörigen von Gefangenen und Verschwundenen in Honduras (Cofadeh) der Jungle World. »Die Informationsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung sind aufgehoben. Wer als Gewerkschaftsführer oder Menschenrechtler öffentlich bekannt ist, wird von zuhause abgeholt. Andere werden auf den Demonstrationen verhaftet; da lautet der Straftatbestand dann offiziell ›skandalöses Auftreten in der Öffentlichkeit‹«, erklärt die Vorsitzende der Menschenrechtsorganisation.

Fast 1 300 Menschen sollen mittlerweile festgenommen worden sein, und mindestens die Hälfte von ihnen soll in Tegucigalpa auf einem umfunktionierten Sportplatz festgehalten werden. Cofadeh berichtet von einer zunehmenden Militarisierung des öffentlichen Lebens unter Generalstabschef Romeo Vázquez Velázquez und der Reaktivierung der Todesschwadron Batallion 3-16, die in den achtziger Jahren berüchtigt war. Ihr Anführer Billy Joya Améndola gilt als enger Mitarbeiter des Putschpräsidenten Micheletti, der ihn zum »beratenden Minister« ernannte. Die Menschenrechtlerin Gladys Lanza, die auf Anweisung Joyas bereits in den achtziger Jahren eingesperrt und misshandelt worden war, erhielt erneut eine Todesdrohung von ihm. »Ich solle mich ruhig verhalten, ließ er mir ausrichten.«

Auch diejenigen, die nicht auf den Demonstrationen zu finden sind, haben Angst vor Repression. »Ich versuche, in scheinbarer Normalität zu leben«, sagt Karla, die in einer Nichtregierungsorganisation in Tegucigalpa arbeitet, im Gespräch mit der Jungle World. »Es sind viele Menschen auf der Straße, aber die meisten harren einfach aus, auch wenn sie gegen den Staatsstreich sind. Die Medien, die auf Seiten der Putschregierung stehen, führen derweil einen psychologischen Krieg gegen die Bevölkerung. Immer wieder heißt es, venezolanische Truppen stünden an der Grenze zu Nicaragua, bereit, in Honduras einzumarschieren.« Mehr möchte sie nicht sagen, sie hat Angst, dass das Telefon abgehört wird.

Nach der weltweiten Empörung über den Militärputsch beginnen sich nach einem Monat nun in der internationalen Politik die Fraktionen herauszukristallisieren. Der venezolanische Präsident Hugo Chávez und andere Staatsoberhäupter der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas (Alba) werfen mittlerweile der Regierung von Barack Obama offen eine Beteiligung am Putsch vor. Die US-Regierung kritisiert nun Zelaya, Außenministerin Hillary Clinton verurteilte seinen Grenzübertritt, der ohne Absprache erfolgt war, als »rücksichtslos«.

Die meisten Regierungen verhalten sich zögerlich, obwohl gerade jetzt, da die Putschregierung um Micheletti offensichtlich Zeit gewinnen will und hofft, dass die neuen Verhältnisse de facto akzeptiert werden, eine konkrete Stellungnahme vor allem der US-Regierung gegen die Putschisten unerlässlich wäre. Zwar haben die USA die Streichung von Finanzhilfen für Honduras in Höhe von 180 Millionen Dollar angedroht, doch blieb es bislang bei der Drohung. Zelaya hat in einem Brief Präsident Obama aufgerufen, nicht nur staatliche Hilfsgelder zurückzuhalten, sondern auch Sanktionen gegen die für den Putsch Verantwortlichen zu verhängen, ihnen keine Visa mehr auszustellen und Geldüberweisungen zu unterbinden.

Die Putschisten versuchen offenbar, bis zu den für November geplanten Wahlen durchzuhalten. Dann könnte die honduranische Oligarchie sich eine demokratische Legitimation verschaffen. Dass Zelaya sich für eine linke Politik entschied, kam überraschend, eine Basis in den etablierten Parteien hat der gestürzte Präsident nicht. Ohne eine Verfassungsänderung, die ihm eine Wiederwahl ermöglicht, gibt es im rechtskonservativen Zweiparteiensystem des Landes kaum Hoffnung auf eine radikale Änderung der Politik.

Sollte es Zelaya gelingen, zurückzukehren und das durch den Putsch vereitelte Referendum nachzuholen, dürfte das einen Aufstand auslösen, diesmal einen der Oberschicht. Doch fraglich ist, ob die »zehn Familien, die um ihre Pfründe bangen«, wie Zelaya seine politischen Gegner benennt, ihre Herrschaft stabilisieren können. Die Wirtschaftslage wird prekärer, mehr denn je bedarf Honduras ausländischer Kredite und Hilfszahlungen.

Überdies könnte der Widerstand gegen den Putsch die Linke stärken und die Unterschicht, die bislang von jeglicher politischer Mitbestimmung ausgeschlossen war, mobilisieren. Vielleicht wird die linke Demokratische Union (UD), die bisher nur einen Bruchteil der Stimmen erhielt, bei zukünftigen Wahlen größeren Erfolg haben. Ein korrupter und repressiver Staatsapparat, der sich als exklusiv begreift, steht ihr dabei entgegen. »Die Parteien in Honduras sind vielmehr politische Clubs, in denen zwischen einigen wenigen die wichtigen Posten im Land vergeben werden«, kritisiert eine deutsche Fachkraft in Tegucigalpa, die nicht beim Namen genannt werden will.

Sollte der eigentlich recht miserabel inszenierte Militärputsch in Honduras tatsächlich Erfolg haben, so könnte der Staatsstreich für die rechten Oligarchien Zentralamerikas wieder eine willkommene Alternative zu demokratischen Wahlen werden. Insofern dürfte die große Unterstützung, die Manuel Zelaya bei seinen Amtskollegen genießt, nicht ganz uneigennützig sein. Der salvadorianische Staatspräsident Mauricio Funes musste sich in den vergangenen Wochen immer wieder gegen offene Drohungen von Abgeordneten der ultrarechten Oppositionspartei Arena wehren, die er mit seinem Wahlsieg verstört hat.

aus: Jungle World 31/09

FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL...JETZT!

Nirgends ist es verzerrter als in der Schattenwelt der Gefängnisse, einer Welt in der Menschen zu Unpersonen verformt werden, eingesperrt in numerischen Schliessfächern, in denen das Leben stillsteht, einer Welt, die die Seele zerstört.

Mumia Abu-Jamal, in: ... aus der Todeszelle. live from death row

Mumia Abu-Jamal ist der derzeit bekannteste Gefangene in den Todeszellen der USA. 1982 wurde er in einem skandalträchtigen Prozess von rasstischen Richtern verurteilt, weil er angeblich einen Polizisten ermordet haben soll. Tatsächlich wurde er verurteilt, weil sein entschiedenes Engagement gegen Rassismus und politische Unterdrückung den Politikern und der Polizei in Philadelphia ein Dorn im Auge war. Bereits mit 15 Jahren trat Mumia der damals sehr starken Black Panther Party bei. Später arbeitete er als Radiojournalist, wurde Präsident der Association of Black Journalists und von seinen Hörer_innen die „Stimme der Unterdrückten“ genannt. Auch aus der Todeszelle heraus veröffentlichte er weiter kritische Kommentare, die im Radio gesendet oder in Zeitungen veröffentlicht wurden. Mumia ist Autor einiger Bücher, die er unter schwierigen Haftbedingungen in der Todeszelle schrieb.
Aktuell ist Mumia zum dritten Mal nach 1995 und 1999 von einer möglichen Hinrichtung bedroht. Täglich kann eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA kommen, in dem über den Antrag der Staatsanwaltschaft, die Todesstrafe gegen Mumia wieder in Kraft zu setzen, entschieden wird. Im Augenblick ist unklar, wann diese Entscheidung bekannt gegeben wird. Klar ist lediglich, dass das Gericht die Todesstrafe ernsthaft in Erwägung zeiht, und das trotz all der dokumentierten Rechtsbrüche gegen Mumia und der nie bewiesenen Schuld.

In Oldenburg hat sich Anfang August eine Gruppe gegründet, die sich mit dem „Fall Mumia“ beschäftigt und praktische Soli-Arbeit leisten will.
Kontakt: mumia-ol@riseup.net

Informiert Euch!
Werdet aktiv!

Wir zahlen nicht für Eure Krise?!

Aufruf zum großen Zahltag am 17. September 2009 in Oldenburg

Oldenburg – die Insel der Glückseligen?
Fast könnte man meinen, die Krise geht an unserer Stadt vorbei, und niemand hat überhaupt etwas gemerkt: Der Haushalt 2009 schließt voraussichtlich mit einem Überschuss, größere Entlassungswellen sind bisher nicht bekannt, die Arbeitslosenzahlen steigen nur sehr moderat. Aber während die ersten Meldungen über wieder steigende Exporte und das Ende der Krise in den Medien verbreitet werden, schwebt über uns eine diffuse Angst.

Milliarden Steuergelder sind in Banken und Konzerne gepumpt worden, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte sinken und die Große Koalition hat eine „Schuldenbremse" ins Grundgesetz geschrieben – was wird aus sozialen Leistungen, öffentlichen Einrichtungen und kommunaler Infrastruktur?

Die dicke Rechnung kommt noch?
Wir befürchten, dass die eigentliche Rechnung für die Finanz- und Wirtschaftskrise uns nach den Bundestagswahlen präsentiert wird. Die Parole heißt dann mal wieder: Es ist kein Geld da, wir müssen sparen! Nicht nur, dass Verzicht auf Lohn und Urlaubstage auf der Tagesordnung von Konzernen und Banken stehen:

Wird die Mehrwertsteuer auf 25 Prozent erhöht? Werden die Renten gekürzt? Werden die Regelsätze für HartzIV und Grundsicherung abgesenkt? Werden die Leistungen des Gesundheitssystems weiter eingeschränkt? Werden Gebühren für Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen, Nahverkehr, Schwimmbäder, Sportvereine usw. erhöht? Werden die Qualitätsstandards in der öffentlichen Versorgung abgesenkt?

Wir sind nicht allein...
In vielen Städten sind Bündnisse aktiv geworden, die sich mit Demonstrationen, Versammlungen und Aktionen für gute und gerechte Lebens- und Arbeitsbedingungen, für hohe Sozial- und Bildungsstandards und für eine ausreichendes Grundeinkommen einsetzen - für alle Menschen auf der ganze Welt, wo in vielen Regionen die Menschen schon heute mit Hunger, Tod und Vernichtung für die Krise des Kapitalismus bezahlen müssen. Sie alle rufen dazu auf, am 17. September in der ganzen Bundesrepublik einen Aktionstag zu organisieren, der unseren Protest und unsere Alternativen zeigen soll gegen eine Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung.

Wir rufen alle interessierten Gruppen und Personen auf, sich mit uns zusammen am bundesweiten Aktionstag am 17. September 2009 zu beteiligen.

Wir wollen in Oldenburg die Aktionsform „Zahltag" der Erwerbsloseninitiativen aufgreifen, aber über den unmittelbaren Protest gegen HartzIV, über gegenseitige Hilfe und Begleitung in der Behörde hinausgehen.

Wir wollen uns in Diskussionsrunden und workshops, in der „Volksküche" und beim Kaffee in und am Arbeitsamt mit der Krise und ihren Folgen auseinandersetzen, voneinander lernen und über ein Oldenburger Sozialbündnis nachdenken:

- Was sind die Ursachen der Krise, wie sieht die weitere Entwicklung aus?
- Wo drohen weitere Entlassungen in Oldenburg und Umgebung?
- Wie wird sich die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit in Oldenburg weiter entwickeln?
- 38 Mio. Euro weniger Einnahmen 2010? Wie entwickelt sich der Oldenburger Haushalt?
- Welche Alternativen können wir entwickeln?

September 09

Di.	1.9.	20:00	Ernesto alias Ernst - Film und Gespräch mit Ernesto Kroch
Fr.	4.9.	22:00	Mash up di place
Sa.	5.9.	22:00	Lesbischwule „Neue Deutsche Welle" Party
Di.	8.9.	20:00	Subklub: Blaubär
Do.	10.9.	21:00	Crush Hour Concerts: Maschinenfest + Sabotage au Supermarché
Fr.	11.9.	22:00	eat my noisy beats! - Live: Abraxas Apparatus & weitere
Sa.	12.9.	21:00	Punk-Rock-Konzert: Emoklopper & weitere
Di.	15.9.	20:00	Vorlesesubklub
Fr.	18.9.	22:00	Funny Cool Martini Party
Sa.	19.9.	22:00	Männerfabrik
Di.	22.9.	20:00	Subklub: La Strada – Filmarchiv
Mi.	23.9.	21:00	Crush Hour Concerts: Hombre Malo + Manni und die Schlägerjungs
Fr.	25.9.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	26.9.	22:00	Rosa Disco
Di.	29.9.	20:00	Finger ab! und Haare schön!

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenKneipe
2. Fr.	20:30	Alhambra-NutzerInnenplenum

Infoladen roter strumpf

Mo.	15h - 21h
Di.	geschlossen
Mi.	15h - 18h
Do.	15h - 21h
Fr.	15h - 18h

Wöchentlich

Mo.	19:00	Crush Hour Concerts
Mo.	19:30	Antira-Plenum OI/BI
Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Do.	20:00	Voki, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Oktober 09

Fr.	2.10.	22:00	Mash up di place
Sa.	3.10.	22:00	Homophilias - Party für Lesben und Schwule
Fr.	9.10.	22:00	Sputnik: Danger!Danger-Doc
Sa.	10.10.	22:00	Lesbischwule Techno-House-Party
Do.	15.10.	23:00	Black Metal Konzert: Heretic & weitere
Fr.	16.10.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	17.10.	22:00	Männerfabrik
Di.	20.10.	21:00	Crush Hour Concerts: Tone
Fr.	23.10.	22:00	[step forward] – Antifa-Soliparty
Sa.	24.10.	22:00	Filmmusikparty
So.	25.10.	21:00	Crush Hour Concerts: Sønderknust
Fr.	30.10.	23:00	Electro Sugar III
Sa.	31.10.	22:00	Rosa Disco